

Stenographischer Bericht

46. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

IV. Periode.

16. Juni 1933.

Inhalt:

Tagesordnung: Erstellung durch die Punkte 1 bis 16 der Verhandlungen und dringliche Behandlung derselben (786).

Personalien: Ersatzwahl in die Steuer-Berufungskommission (786);

Ersatzwahl in die Steuer-Schätzungskommissionen (787); Wahl eines Ersatzmitgliedes in das Kuratorium des Kriegsbeschädigtenfonds an Stelle Gföller (788).

Auflage: Die Beilagen Nr. 107 und 108 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 334 und 337 (786).

Zuweisungen: Immunitätsangelegenheiten Hornik und Oderschall (786);

die aufgelegten Beilagen und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge (786).

Verhandlungen: 1. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, E.-Zl. 295, des Landesrates Johann Leichin im Sinne des § 22 des LVB. über die Bekleidung einer Stelle als Verwaltungsrat der Lokalbahn Feldbach-Bad Gleichenberg. — Berichterstatter Oderschall (788). — Annahme des Antrages (788).

2. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, E.-Zl. 296, des Landeshauptmannstellvertreters Reinhard Machold im Sinne des § 22 des LVB. über die Bekleidung von Stellen als Verwaltungsrat der Steuweg und der Sulmtalbahn, sowie als Geschäftsführer beim Enns-Wasserkraftausbau. Berichterstatter Oderschall (788). — Annahme des Antrages (788).

3. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, E.-Zl. 298, des Landesrates Ludwig Oberzaucher im Sinne des § 22 des LVB. über die Bekleidung von Stellen als Verwaltungsrat der Steuweg, sowie als Geschäftsführer-Stellvertreter beim Enns-Wasserkraftausbau. — Berichterstatter Oderschall (788). — Annahme des Antrages (789).

4. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 102, Gesetz, betreffend die Heranziehung der Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und Realsteuereinzuschläge der Gemeinden in Steiermark durch das Land zur Deckung von Zahlungsrückständen der Gemeinden. — Berichterstatter Auzt (789). — Annahme des Antrages (789).

5. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 99, Gesetz, betreffend die Aufnahme von Darlehen durch das städtische Versch.- und Versteigerungsamt in Graz. — Berichterstatter Muchitsch (789). — Annahme des Antrages (789).

6. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anträge, E.-Zl. 325, des Kreisgerichtes Leoben wegen Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Eduard Pfortner. — Berichterstatter Auzt (790). — Annahme des Antrages (790).

7. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anträge, E.-Zl. 326, des Kreisgerichtes Wiener-Neustadt wegen Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Fritz Mahner. — Berichterstatter Pfortner (790). — Annahme des Antrages (790).

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 304, betreffend den Rechnungsabschluß des gewerblichen Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1931. — Berichterstatter Rottenmanner (790). — Annahme des Antrages (790).

9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 314, betreffend den Voranschlag des gewerblichen Fortbildungsschulfonds für Steiermark für das Jahr 1933. — Berichterstatter Rottenmanner (790). — Annahme des Antrages (790).

10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 322, Bericht über die Abschreibung der Genossenschaftsanteile und Darlehensschulden der Landeszentralmolkerei, reg. Gen. m. b. H. Berichterstatter Hartleb (790). — Annahme des Antrages (791).

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 327, Bericht zur Entschließung des steiermärkischen Landtages vom 23. Februar 1932, Beschluß Nr. 306, betreffend den Erfaß der Lohn-, Gehaltsabgabe durch die Warenumsatzsteuer. Berichterstatter Hartleb (791). — Annahme des Antrages (791).

12. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 328, betreffend die Überschreitung des im Landesvoranschlag 1932 unter Kapitel 2, Landesverwaltung, Rubrik 17, „Steuern“ vorgesehenen Kredites. — Berichterstatter Hartleb (791). — Annahme des Antrages (791).

13. Mündliche Berichte der Finanzausschusses in Personalangelegenheiten:

zu E.-Zl. 316, 324, 329 und 301: Berichterstatter Arenn (791). — Annahme der Anträge (792);

zu E.-Zl. 299: Berichterstatter Gudenus (792). — Annahme des Antrages (792);

zu E.-Zl. 320: Berichterstatter Dr. Enge (792). — Annahme des Antrages (792).

14. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 84, Gesetz, betreffend den Gebietsumfang und die Wahlkreiseinteilung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsvertretungen in Steiermark. — Berichterstatter Ferner (792). — Annahme des Antrages (792).

15. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 87, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Anfangs 1932 vorgenommenen Überprüfung der Gebahrung der Landeshauptstadt Graz im Jahre 1930. — Berichterstatter Auzt (823). — Annahme des Antrages (823).

16. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 93, betreffend den Rechnungsabschluß des steierm. Landesfonds und der anderen Fonds des Landes für das Jahr 1931 und Beilage Nr. 104, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Überprüfung der Gebahrung des Landes Steiermark für das Jahr 1931 auf Grund des Rechnungsabschlusses und Bemerkungen der Landesregierung zu diesem Bericht. — Berichterstatter Hartleb (823). — Annahme des Antrages (824).

Anfragen: 1. Wolf, Nr. 32, an den Landeshauptmann wegen des Verbotes der Verbreitung einer Flugchrift und von Broschüren gegen die Nationalsozialistische

Arbeiterpartei durch den Regierungskommissär Doktor Schiefl in Leibnitz. — (Siehe 44. Sitzung.) — Fortsetzung.

2. Mahner, Nr. 33, wegen Arbeitsbeschaffung. — (Siehe 44. Sitzung.) — Fortsetzung.

3. Mahner, Nr. 34, an den Landeshauptmann wegen Verschlechterung der Richtlinien zur 28. Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durch Erlass des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 8. April 1933. — (Siehe 44. Sitzung.) — Fortsetzung.

Beantwortung der Anfragen 1 bis 3 durch Doktor Rintelen (794). — Redner: Mahner (795), Mayszner (796), Elser (798), Schranz (799). — Annahme des Resolutionsantrages Mahner (800).

4. Dr. Süßler, Nr. 35, betreffend die verleumderische Heße gegen die nationale Beamtenschaft Österreichs durch eine dem ehemals feindlichen Ausland hörige Presse — an den Landeshauptmann (786). — Dringliche Behandlung (786). — Begründung Dr. Süßler (792).

5. Hornik, Nr. 36, an den Landeshauptmann wegen der grundlosen Verfolgung und Verhaftung besonders nationaler Führer und einer die öffentliche Ruhe schwer gefährdenden Parteipropaganda (786). — Dringliche Behandlung (786). — Begründung Hornik (800).

Beantwortung der Anfragen 4 und 5 durch Doktor Rintelen (802). — Redner: Mayszner (804), Gföller (804 u. 811), Zenz (807), Reichl (809), Ferner (812), Hornik (814), Hartleb (816 u. 822), Dr. Süßler (819), Machold (819). — Ablehnung des Resolutionsantrages Mayszner (822).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr 10 Minuten.

Präsident: Mitzuteilen habe ich:

Das Bezirksgericht Bruck a. d. M. hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Viktor Hornik zugestimmt wird. Diese Anfrage wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen.

Das Landesgericht für Strafsachen Graz hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Karl O perschall zugestimmt wird. Diese Anfrage wird ebenfalls dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen.

Es liegen mir vor 2 dringliche Anfragen:

1. Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Süßler, Reichl und Parteifreunde, betreffend die verleumderische Heße gegen die nationale Beamtenschaft Österreichs durch eine, dem ehemals feindlichen Ausland hörige Presse — an den Landeshauptmann.

2. Dringliche Anfrage der Abg. Hornik und Kameraden an den Herrn Landeshauptmann von Steiermark wegen der grundlosen Verfolgung und Verhaftung besonders nationaler Führer und einer, die öffentliche Ruhe schwer gefährdenden Parteipropaganda.

Beide Anfragen tragen die erforderlichen Unterschriften und entsprechen daher den Anforderungen der Geschäftsordnung. Ich werde dieselben im Sinne der Geschäftsordnung vor der 5. Tagesstunde zur Verhandlung bringen.

Bezüglich der heutigen Tagesordnung beantrage ich, im dringlichen Wege nachfolgende Punkte auf die Tagesordnung zu setzen (verliest die Punkte 1 bis 16 der Verhandlungen).

(Die dringliche Behandlung wird einstimmig angenommen.)

Aufgelegt wurden heute die gedruckten Beilagen Nr. 107 und 108 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge E.-Zl. 334 und 337.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

Beilage Nr. 107 zunächst der Landesregierung und hernach dem Landeskulturausschusse;

Beilage Nr. 108 dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse.

Da die Behandlung dieser Vorlage sehr dringend ist, wird zur Behandlung derselben nach Schluß der Sitzung eine zweite Sitzung anberaumt werden und ersuche ich den Gemeinde- und Verfassungsausschuß, sich sofort nach Schluß dieser Sitzung zur Behandlung dieser Vorlage und zur Beschlußfassung zu versammeln.

Ferner die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, und zwar:

E.-Zl. 334 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusse;

E.-Zl. 337 dem Finanzausschusse.

(Diese Zuweisungen werden beschlossen.)

Vor Eingehen in die Tagesordnung habe ich noch einige Wahlen durchzuführen, und zwar zunächst die Wahl in die Berufungskommission und die Schätzungskommissionen.

Zufolge Mitteilung der Finanz-Landesdirektion sind gemäß § 189 des Personalsteuergesetzes BVB. Nr. 307 aus 1924 einige, seinerzeit vom hohen Landtag gewählte Mitglieder bzw. Stellvertreter für die Steuerkommissionen, das sind die Berufungskommission für Steiermark, und die Schätzungskommissionen für die Veranlagungsbezirke mit Ablauf des Jahres 1932 ausgeschieden, die im Wege der Wahl durch neue Mitglieder bzw. Stellvertreter zu ersetzen sind. Hiezu sei folgendes bemerkt:

Nach § 183 Personalsteuergesetz sind die durch den Landtag in die Berufungskommission zu bewirkenden Wahlen nach den für die Wahl der Mitglieder der Landesregierung festgesetzten Bestimmungen vorzunehmen, und zwar nach dem d' Hondtschen Wahlverfahren, wobei die Wahl nicht auf Mitglieder des Landtages beschränkt ist. Demnach entfallen von 12 vom Landtag zu wählenden Mitgliedern der Berufungskommission unbestritten je 4 Mitglieder auf die christlichsoziale und sozialdemokratische Partei, 2 Mitglieder auf den Nationalen Wirtschaftsbund und Landbund und 1 Mitglied auf den Heimatblock. Bezüglich der Zuerkennung eines weiteren 12. Mandates an die christlichsoziale oder sozialdemokratische Partei ist im Hinblick auf die gleiche Anzahl der Abgeordneten im Landtag die Entscheidung durch das Los herbeizuführen.

Ich ersuche die Herren Schriftführer, die Vorbereitungen für die Entscheidung durch das Los zu treffen. Zwei Zettel, auf die „Sozialdemokratische Partei“ und „Christlichsoziale Partei“ zu schreiben sind, kommen in die Urne. Vielleicht hat Herr Abg. W i s n a n n als Unbeteiligter die Güte, die Ziehung vorzunehmen. (Geschickt.)

Das Los ist auf die sozialdemokratische Partei gefallen (Allgemeine Heiterkeit), daher erübrigt sich für

die christlichsoziale Partei ein diesbezüglicher Wahlvorschlag.

Da von den bisherigen, der sozialdemokratischen Partei angehörigen 4 Mitgliedern 2 ausgeschieden sind, während 2 bis zum Ablauf des Jahres 1935 verbleiben, wäre seitens der sozialdemokratischen Partei ein Wahlvorschlag für 3 Mitglieder zu erstatten.

Das bisherige, dem Landbund angehörende Mitglied ist ausgeschieden und wäre daher von Seite dieser Partei ein Wahlvorschlag für 2 Mitglieder zu erstatten, für den Heimatblock ein solcher für 1 Mitglied.

Für die christlichsoziale Partei entfällt ein Wahlvorschlag.

Ich führe zuerst die Wahl in die Berufungskommission durch. Also für die christlichsoziale Partei entfällt ein Wahlvorschlag. Von Seiten der sozialdemokratischen Partei wären 3 Mitglieder vorzuschlagen.

Es sind vorgeschlagen: Hugo K ö n i g, Vizebürgermeister in Walfendorf bei Graz, Ruckertberggasse 19, Johann J a s c h k e, Ingenieur, Graz, Kindermannsgasse 14, und Franz S a g e r, Beamter i. R., Graz, Freiheitsplatz Nr. 4.

Von Seiten des Nationalen Wirtschaftsblockes und des Landbundes sind vorgeschlagen: Heinrich K r e i n e r, Grundbesitzer und Gemeinderat in Gösting bei Graz, und Ökonomierat Josef R e g u l a in Niederschöckl bei Mariatrost.

Von Seiten des Heimatblocks wird für die Berufungskommission in Vorschlag gebracht: Kommerzialrat Albin L e c h n e r in Graz, Hauptplatz Nr. 17. (Diese Wahlvorschläge werden ohne Wechselrede en bloc einstimmig angenommen.)

Bezüglich der Schätzungskommissionen sind von den einzelnen Parteien Wahlvorschläge ebenfalls bereits erstattet worden, jedoch ist seitens der Finanzlandesdirektion festgestellt worden, daß nicht alle vorgeschlagenen Kandidaten mangels Einkommensteuerverpflichtung wählbar sind. An Stelle dieser wurden nun von den Parteien neue Wahlvorschläge dem Landtagspräsidium übermittelt, jedoch sind noch nicht alle Wahlvorschläge von Seite der Finanzlandesdirektion als überprüft zurückgekommen. Ich möchte daher beantragen: mit der Wahl der noch ausstehenden Mitglieder bzw. Stellvertreter wird die Landesregierung beauftragt und bringe daher nur jene Wahlvorschläge zur Verlesung, die von der Finanzlandesdirektion hinsichtlich der Wählbarkeit bereits anerkannt sind, wogegen hinsichtlich der übrigen, noch von der Finanz-Landesdirektion einlangenden Wahlvorschläge die Landesregierung mit der Durchführung dieser Wahl von Seite des Landtages zu betrauen wäre.

Es sind vorläufig von den Parteien für diese Schätzungskommissionen in den einzelnen Bezirken vorgeschlagen und von der Finanz-Landesdirektion bereits anerkannt, und zwar von der christlichsozialen Partei:

Für den Bezirk Feldbach als Mitglieder Ökonomierat Franz S t o d e r, Großgrundbesitzer in Übersbach bei Söbäu, Ökonomierat Alois W a l l n e r, Grundbesitzer in Kirchbach, und Alois W e i n h a n d e l, Mühlenbesitzer, Dirnbach bei Straden, als Stellvertreter;

für den Bezirk Hartberg als Mitglied Franz G r u b e r, Gastwirt in Pöllau, als Stellvertreter Franz R o m i r e r, Grundbesitzer in Puchegg bei Vorau;

für den Bezirk Leibnitz als Mitglied Johann E d e r, Grundbesitzer und Schuhmacher in Stocking bei Wildon, als Stellvertreter Alexander E n g e l, Obmann der Friseurgenossenschaft Leibnitz, Hauptplatz;

für den Bezirk Liezen als Mitglied Alois M a n d l, Kaufmann in Gröbming, und als Stellvertreter Johann E i n g a n g, Grundbesitzer in Altfirdning;

für den Bezirk Deutschlandsberg als Stellvertreter Alois M u c h i t s c h, Bauer in Stameregg bei Ebiswald; das Mitglied selbst muß erst von der Finanzlandesdirektion anerkannt werden;

für den Bezirk Radkersburg als Mitglied Franz K n i p p i t s c h, Grundbesitzer in Dornau, als Stellvertreter Josef W i e d n e r, Oberlehrer in Tieschen, und Leopold P u n t i g a m, Grundbesitzer in Hummersdorf;

für den Bezirk Weiz als Mitglied Franz M a u r e r, Grundbesitzer in Nitsche bei Gleisdorf, als Stellvertreter Johann P e i n s i p p, Grundbesitzer in Perndorf, und Jakob D o p p e l h o f e r, Grundbesitzer in Rafften.

Von Seite der sozialdemokratischen Partei sind für die Schätzungskommissionen vorgeschlagen:

Für den Bezirk Bruck a. d. M. als Mitglied Franz E i s e n b e r g e r in Bruck, Anton-Alfritsch-Gasse 3;

für den Bezirk Deutschlandsberg als Mitglied Bruno B ö g n e r, Rechnungsführer in Deutschlandsberg;

für den Bezirk Umgebung Graz als Mitglied Josef F r i z, Bäckereileiter in Eggenberg, Karl-Morre-Straße 6, als Stellvertreter Franz W a d n a l, Beamter in Liebenau bei Graz, Hauptstraße 81;

für den Bezirk Judenburg als Mitglied Thomas K r e i n i g, Eisenbahner in Streifweg bei Judenburg, als Stellvertreter Hans Z i n t l, Rechnungsführer in Judenburg, Neubaugasse 8, und Michael S t e c h e r, Eisenbahner i. R. in Judenburg, Martiniplatz 3;

für den Bezirk Leoben als Mitglied Ferdinand S c h w a r z, Malermeister in Leoben, Masenberg-Siedlung B/7, und Klaudius L ö f s c h n i g, Bankbeamter in Leoben, Krottendorferstraße 5, als Stellvertreter Franz J u r e k, Gastwirt in Judendorf bei Leoben Nr. 60;

für den Bezirk Liezen als Mitglied Josef P r ü l l e r, Bundesbahnangestellter in Selztal, als Stellvertreter Anton S c h r i m m e r, Werkschmied in Schindlhof bei Rottenmann.

Von Seite des Nationalen Wirtschaftsblockes und Landbundes sind vorgeschlagen für den Bezirk Umgebung Graz als Mitglied F r i z S c h ä g l e, Direktor in St. Gotthardt, Post St. Veit ob Graz, als Stellvertreter Bürgermeister Simbert W e h i n g e r in Thal bei Gösting;

für Hartberg als Mitglied Anton D i a b l, Grundbesitzer in Kopling bei Raindorf;

für Leibnitz als Mitglied Ökonomierat Franz A l t e n b a c h e r, Wolfsberg im Schwarzaual, als Stellvertreter Inspektor i. R. Bruno J r g o l i t s c h in Aflenz bei Leibnitz.

Von Seite des Heimatblocks sind für die Schätzungskommissionen vorgeschlagen für Bruck als Stellvertreter Dr. Roderich Hammer in Kapfenberg, für Leoben als Mitglied Gremialsekretär Herbert Slatsek in Leoben.

Die noch ausstehenden Wahlvorschläge werden, wie gesagt, von der Landesregierung durchgeführt werden.

(Die Wahlvorschläge sowie der Antrag, die Landesregierung mit der Durchführung der noch ausstehenden Wahlvorschläge zu betrauen, werden in getrennter Abstimmung einstimmig angenommen.)

Es ist weiters durchzuführen eine

Wahl in das Kuratorium des Kriegsbeschädigtenfonds.

Die Funktionsdauer der Mitglieder des Kuratoriums des Kriegsbeschädigtenfonds beträgt nach § 8 des Gesetzes vom 18. Dezember 1919, StGBL. Nr. 573, fünf Jahre.

Da das Ersatzmitglied Herr Abg. Gföller in Graz, den der steiermärkische Landtag in seiner Sitzung vom 13. Juni 1928 in das Kuratorium entsandte, am gleichen Tage des laufenden Jahres ausscheidet, ist über Ersuchen des Präsidenten des Kriegsbeschädigtenfonds vom 3. Mai 1933, Zl. P-192/196, die Neuwahl eines Ersatzmitgliedes des Kuratoriums des Kriegsbeschädigtenfonds durch den steiermärkischen Landtag im Sinne des § 7 des obbezogenen Gesetzes in der Fassung des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1922, StGBL. Nr. 416, einzuleiten.

Nach der bezogenen Gesetzesbestimmung besteht das Kuratorium aus je einem von jedem Landtage gewählten Kuratoriumsmitgliede, welches aber nicht Landtagsabgeordneter sein muß. Für jedes Mitglied des Kuratoriums ist auf gleiche Weise ein Ersatzmann zu bestellen. Angestellte des Kriegsbeschädigtenfonds können nicht Mitglieder des Kuratoriums sein.

Von Seite der sozialdemokratischen Partei wurde mir mitgeteilt, daß wieder Herr Abg. Gföller als Ersatzmitglied in das Kuratorium des Kriegsbeschädigtenfonds vorgeschlagen wird.

(Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.)

Ich schreibe nunmehr zur Tagesordnung.

Mit Zustimmung des hohen Hauses möchte ich mir erlauben, in der Tagesordnung einige Umstellungen vorzunehmen in dem Sinne, daß ich die Punkte, die voraussichtlich eine kürzere Zeit zur Behandlung beanspruchen werden, zuerst in Behandlung nehme, hernach die dringlichen Anfragen und am Schlusse nach denselben die beiden Punkte der Tagesordnung, die voraussichtlich in der Behandlung eine längere Zeit beanspruchen werden. (Nach einer Pause.) Ein Einspruch seitens des hohen Hauses wird nicht erhoben, ich betrachte daher meinen Vorschlag als genehmigt.

Als 1. Punkt kommt zur Verhandlung:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, E.-Zl. 295, des Landesrates Johann Leichin im Sinne des § 22 des LWG. über die Bekleidung einer Stelle als Verwaltungsrat der Lokalbahn Feldbach—Bad Gleichenberg.

Berichterstatter ist Herr Abg. Karl Operschall.

Berichterstatter Operschall: Hohes Haus! Der Herr Abg. Leichin hat dem Landtage die Anzeige erstattet, daß er bei der Lokalbahn Feldbach—Bad Gleichenberg die Stelle eines Verwaltungsrates bekleide.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit dieser Anzeige befaßt und hat einstimmig beschlossen (liest):

„Die Bekleidung einer Stelle als Verwaltungsrat der Lokalbahn Feldbach—Bad Gleichenberg durch Landesrat Johann Leichin wird genehmigt.“

Ich bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 2 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, E.-Zl. 296, des Landeshauptmann-Stellvertreters Reinhard Machold im Sinne des § 22 des LWG. über die Bekleidung von Stellen als Verwaltungsrat der Steweag und der Sulmtalbahn, sowie als Geschäftsführer beim Enns-Wasserkraftausbau.

Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abg. Operschall.

Berichterstatter Operschall: Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhard Machold hat dem Landtage zur Kenntnis gebracht, daß er bei der Steweag und in der Sulmtalbahn-N.-G. die Stelle eines Verwaltungsrates und beim Enns-Wasserkraftausbau die Stelle als Geschäftsführer in Vertretung des Landes Steiermark bekleide.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat dieses Schreiben beraten und schlage ich dem hohen Hause folgenden Antrag vor (liest):

„Die Bekleidung von Stellen als Verwaltungsrat der Steweag und der Sulmtalbahn, sowie als Geschäftsführer beim Enns-Wasserkraftausbau durch Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhard Machold wird genehmigt.“

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 3:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, E.-Zl. 298, des Landesrates Ludwig Oberzaucher im Sinne des § 22 des LWG. über die Bekleidung von Stellen als Verwaltungsrat der Steweag, sowie als Geschäftsführer-Stellvertreter beim Enns-Wasserkraftausbau.

Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abg. Operschall.

Berichterstatter Operschall: Herr Landesrat Oberzaucher hat ebenfalls dem Landtagspräsidium die Anzeige erstattet, daß er bei der Steweag die Stelle eines Verwaltungsrates und beim Enns-Wasserkraftausbau die Stelle eines Geschäftsführer-Stellvertreters bekleide.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich auch mit dieser Anzeige befaßt und schlägt folgenden Antrag zur Annahme vor (liest):

„Die Bekleidung von Stellen als Verwaltungsrat der Stewag sowie als Geschäftsführer-Stellvertreter beim Enns-Wasserkraftausbau durch Landesrat Ludwig Oberzaucher wird genehmigt.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 4:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 102, Gesetz, betreffend die Heranziehung der Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und Realsteuerzuschläge der Gemeinden in Steiermark durch das Land zur Deckung von Zahlungsrückständen der Gemeinden.

Berichterstatter ist Herr Abg. Aufst.

Berichterstatter Aufst.: Hohes Haus! Ich habe über die Beilage Nr. 102 zu berichten.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich eingehend mit dieser Vorlage der Landesregierung befaßt und beantragt, dieses Gesetz mit einigen Abänderungen zum Beschlusse zu erheben. Die Abänderungen sind (liest):

„Im Titel des Gesetzes ist vor dem Worte „Realsteuerzuschläge“ das Wort „der“ einzufügen.

Im § 1, Punkt 3, ist nach „Nr. 63“ anzufügen „sowie der ebenfalls vorschußweise vom Landesfonds für die Landesschulkinder gemäß § 11 des genannten Gesetzes ausgelegten Pflegekosten“.

Im § 1, Punkt 4, ist nach „Nr. 15“ einzufügen „aus 1924“.

Im § 1, Punkt 5, hat es statt „2. Dezember“ zu lauten „22. Dezember“.

Hinsichtlich der Festsetzung des Hunderttages im § 1, letzte Zeile, wird auf den Beschluß des Gemeinde- und Verfassungsausschusses vom 16. Juni 1933 verwiesen.“

Ich bitte das hohe Haus, diese Regierungsvorlage mit den vor mir vorgetragenen Abänderungen zum Beschlusse zu erheben.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Wir kommen zum Punkt 5:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 99, Gesetz, betreffend die Aufnahme von Darlehen durch das städtische Verschaff- und Versteigerungsamt in Graz.

Berichterstatter ist Herr Abg. Muchitsch.

Berichterstatter Muchitsch: Hohes Haus! Namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses habe ich zu beantragen die Annahme des Gesetzes, betreffend die Aufnahme von Darlehen durch das städtische Verschaff- und Versteigerungsamt in Graz. (Verliest die §§ 1 und 2 aus Beilage Nr. 99.)

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz hat diesen Gesetzentwurf einstimmig zum Beschluß erhoben. Das städtische Verschaffamt soll ermächtigt werden, statt wie bisher 1,5 Millionen Schilling bis zum Höchstbetrag von 2 Millionen Schilling private Einlagen zu übernehmen.

Ich bemerke hiezu, daß diese Geldeinlagen beim städtischen Verschaffamt den Zweck haben, das Verschaffamt in die Lage zu versetzen, die Pfänder, die dem Verschaffamt übergeben werden, zu belehnen. Das Verschaffamt ist eine Stiftung; mit der Verwaltung dieser Stiftung ist die Stadtgemeinde Graz betraut worden. Für den Fall, daß sich aus der Gebarung des städtischen Verschaffamtes irgend welche Überschüsse ergeben sollten, haben diese stiftungsgemäß dem städtischen Altersheim zuzufließen. Ich erwähne ausdrücklich, daß die Stadtgemeinde Graz durch die Verwaltung dieser Stiftung nur eine Belastung übernommen hat und damit für die Stadtgemeinde keinerlei Vorteile verbunden sind. Es wird, ich möchte das bei dem heutigen Anlasse erwähnen, vielfach über die Höhe der Zinssätze, die das städtische Verschaffamt einhebt, geklagt, ich muß aber hiezu bemerken, daß das städtische Verschaffamt in Graz keine höheren Zinssätze einhebt, als irgend eine gleichartige Anstalt in Österreich, insbesondere keine höheren als das „Dorotheum“ in Wien, und daß diese Zinssätze bedingt sind durch die Schwierigkeiten der Manipulationen, die mit der Entgegennahme und Belehnung von vorgelegten Pfändern verbunden sind. Diese Manipulation könnte vereinfacht und verbilligt werden, wenn für das städtische Verschaffamt ein anderes, ein Zweckgebäude, zur Verfügung stehen würde, und wenn dieser Betrieb sich nicht in dem alten Hause in der Bürgergasse abwickeln müßte, das selbstverständlich nicht für diesen Zweck erbaut wurde. Da ergeben sich ganz bedeutende Schwierigkeiten nicht-rationaler Gebarung und dann entstehen auch höhere Kosten, was nicht der Fall wäre, wenn für diesen immerhin großen und umfangreichen Betrieb ein Zweckgebäude zur Verfügung stehen würde. Aus diesem Grunde strebt der Gemeinderat von Graz schon seit längerem an, ein solches Gebäude zu errichten. Mangels Mittel in der gegenwärtigen Zeit konnte dieses Projekt aber nicht verwirklicht werden. Heute sind die Schwierigkeiten in der Verwaltung dieser Stiftung größer denn je, weil infolge der Not und des Elends der Andrang zum Verschaffamt naturgemäß viel größer ist. Es sind daher viel größere Mittel notwendig, die die Stadtgemeinde Graz nicht aufbringen konnte. Infolgedessen ist die Führung dieser Stiftung durch die Stadtgemeinde Graz nur möglich, wenn dem Verschaffamt die Bewilligung erteilt wird, statt der bisher 1,5 Millionen insgesamt die Summe von 2 Millionen Schilling als Einlagen entgegennehmen zu können. Hinsichtlich der Verzinsung dieser Einlagen ist das Verschaffamt in der neuesten Zeit gebunden an die Notverordnung der Regierung. Sie hat solche Zinsbeträge zu vergüten, wie sie durch diese Verordnung bestimmt worden sind.

Ich bitte das hohe Haus namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, die früher verlesene Gesetzesvorlage anzunehmen.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 6 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anfrage, E.-Zl. 325, des Kreis-

gerichtes Leoben wegen Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Eduard Pfortner.

Berichterstatter ist der Herr Abg. Aufst.

Berichterstatter Aufst.: Hohes Haus! Das Kreisgericht Leoben hat mit Zuschrift vom 13. April 1933 an das Präsidium des steiermärkischen Landtages die Anfrage gerichtet, ob der Landtag bereit sei, den Landtagsabgeordneten Herrn Eduard Pfortner, wohnhaft in Rottenmann, wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach § 297 des Strafgesetzes und wegen Übertretung nach § 39 des Presseggesetzes auszuliefern.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat mit Mehrheit beschlossen, dieses Auslieferungsbegehren abzulehnen. Ich bitte den hohen Landtag, in diesem Sinne Beschluß zu fassen.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Präsident: Punkt 7 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anfrage, E.-Zl. 326, des Kreisgerichtes Wiener-Neustadt wegen Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Fritz Mahner.

Berichterstatter ist Herr Abg. Pfortner.

Berichterstatter Pfortner: Das Kreisgericht Wiener-Neustadt hat eine Anfrage wegen Auslieferung des Herrn Abg. Fritz Mahner, und zwar wegen Vergehens nach §§ 335 und 337 des Strafgesetzes, an den Landtag gerichtet. Der Herr Abg. Mahner hat im März dieses Jahres einen Motorradzusammenstoß zwischen den Ortschaften Dunkelstein und Waldendorf gehabt und wird verfolgt. Der Herr Abg. Mahner hat selbst seine Auslieferung beantragt.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat beschlossen, folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Dem Begehren des Kreisgerichtes Wiener-Neustadt vom 22. April 1933, Zl. Nr. 453/33, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Fritz Mahner wird Folge gegeben.“

Ich bitte, diesem Antrage stattzugeben.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 8 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 304, betreffend den Rechnungsabchluß des gewerblichen Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1931.

Berichterstatter ist Herr Abg. Rottenmanner.

Berichterstatter Rottenmanner: Vorlage der steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Rechnungsabchluß des gewerblichen Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1931. Der Rechnungsabchluß weist auf: für die Schulausschüsse eine Gesamteinnahme (Abstattung) von 430.542 S 84 g, eine Gesamtausgabe (Gebühr) von 432.007 S 26 g, daher einen Abgang von 1464 S 42 g auf.

Für den Fortbildungsschulrat wird ausgewiesen eine Gesamteinnahme (Abstattung) von 410.812 S 85 g, eine Gesamtausgabe (Gebühr) von 456.394 S 37 g, verbleibt ein Abgang von 45.581 S 52 g.

Namens des Finanzausschusses stelle ich folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der vom gewerblichen Fortbildungsschulrate für Steiermark vorgelegte Rechnungsabchluß des gewerblichen Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1931 wird genehmigt.“

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Präsident: Punkt 9 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 314, betreffend den Voranschlag des gewerblichen Fortbildungsschulfonds für Steiermark für das Jahr 1933.

Berichterstatter ist Herr Abg. Rottenmanner.

Berichterstatter Rottenmanner: Namens des Finanzausschusses habe ich über E.-Zl. 314 zu berichten, und zwar werde ich nicht über die einzelnen Zahlen, die ja den Abgeordneten vorliegen, sondern nur über die Gesamtsummen berichten.

I., Schulausschüsse, Einnahmen 346.000 S, ein Weniger gegen das Jahr 1932 von 64.000 S, Ausgaben ebenfalls 346.000 S und ebenfalls weniger um 64.000 S gegen das Jahr 1932.

II., Fortbildungsschulrat, Einnahmen 30.000 S, weniger um 3300 S gegen das Jahr 1932, und Ausgaben von 367.700 S, das bedeutet gegen 1932 ein weniger von 77.600 S.

Von den Ausgaben von 367.700 S ab die Einnahmen von 30.000 S, verbleibt ein Abgang von 337.700 S, daher wäre der 60prozentige Landesbeitrag in der Höhe von 202.620 S, der 40prozentige Beitrag für das Gewerbe 135.080 S. Nachdem aber das Land nur einen Beitrag von 190.000 S zur Verfügung stellt, so entfällt auf das Gewerbe ein Betrag von 126.668 S. Der unbedeckte Abgang von 21.032 S wird aus dem Reservefonds gedeckt.

Namens des Finanzausschusses erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der vom gewerblichen Fortbildungsschulrate für Steiermark vorgelegte Voranschlag für das Jahr 1933 wird genehmigt.“

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Der Punkt 10 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 322, Bericht über die Abschreibung der Genossenschaftsanteile und Darlehensschulden der Landeszentralmolkerei, reg. Gen. m. b. H.

Berichterstatter ist Herr Abg. Hartleb.

Berichterstatter Hartleb: Hoher Landtag! Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 3. Jänner 1931 unter Beschluß Nr. 53 eine Reihe von Ermächtigungen an die Landesregierung erteilt. Die Landesregierung hat von diesen Ermächtigungen Gebrauch gemacht und sie durchgeführt. Auf Grund dieser Ermächtigungen wurden Abschreibungen vorgenommen und Kreditübertragungen an andere Genossenschaften. Nunmehr legt die Landesregierung den Bericht über diese Durch-

führung vor. Ich glaube von der Verlesung Abstand nehmen zu können, weil der Bericht allen Abgeordneten übermittelt worden ist. Ich stelle lediglich namens des Finanzausschusses folgenden von ihm mit Mehrheit gefaßten Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung über die Abschreibung der Genossenschaftsanteile und Darlehensschulden der Landeszentralmolkerei wird genehmigend zur Kenntnis genommen.“

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Präsident: Punkt 11 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 327, Bericht zur Entschließung des steiermärkischen Landtages vom 23. Februar 1932, Beschluß Nr. 306, betreffend den Ersatz der Lohn-, Gehaltsabgabe durch die Warenumsatzsteuer.

Berichterstatter ist Herr Abg. Hartleb.

Berichterstatter Hartleb: Der Finanzausschuß hat sich auch mit dieser Vorlage beschäftigt und möchte ich kurz mitteilen, daß der Bericht der Landesregierung befaßt:

Der steiermärkische Landtag hat in der Sitzung vom 23. Februar 1932 eine Entschließung gefaßt, womit die Landesregierung aufgefordert wurde, ehestens mit der Bundesregierung über einen Ersatz der Lohn-, Gehaltsabgabe durch die Warenumsatzsteuer und eine entsprechende Entschädigung des Landes, der Bezirke und Gemeinden zu verhandeln und hierüber dem hohen Landtage bis zur Behandlung des Voranschlags 1933 zu berichten.

Die steiermärkische Landesregierung hat in dieser Frage mit dem Bundesministerium für Finanzen Fühlung genommen und erhielt nun von diesem mit Note vom 4. November 1932, Zl. 67.447/32, die Mitteilung, daß ein Ersatz der Fürsorge(Lohn)abgabe durch Erhöhung der Warenumsatzsteuer schon im Hinblick auf die Einführung des 100prozentigen Zuschlages zur Warenumsatzsteuer und der Widmung des Ertrages dieser Erhöhung für die Deckung des Krisenaufwandes der Arbeitslosenversicherung nicht mehr in Frage kommen kann.

Die steiermärkische Landesregierung stellt zufolge Sitzungsbeschlusses vom 10. Mai 1933 den Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der in E.-Zl. 327 niedergelegte Bericht der steiermärkischen Landesregierung zum Landtagsbeschlusse vom 23. Februar 1932, Nr. 306, betreffend den Ersatz der Lohn-, Gehaltsabgabe durch die Warenumsatzsteuer, wird zur Kenntnis genommen.“

Der Finanzausschuß hat diesen Antrag einstimmig angenommen und ersucht auch das Haus um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 12 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 328, betreffend die Überschrei-

lung des im Landesvoranschlage 1932 unter Kapitel 2, Landesverwaltung, Rubrik 17, „Steuern“, vorgesehenen Kredites.

Berichterstatter ist Herr Abg. Hartleb.

Berichterstatter Hartleb: Der im Landesvoranschlag 1932 unter Kapitel 2, Rubrik 17, „Steuern“, vorgesehene Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung des Erfordernisses der Realsteuern für die in den Amtsgebäuden in Graz vermieteten und verpachteten Räume.

Vorgesehen war unter dem erwähnten Voranschlagsansatz ein Jahresbeitrag der Realsteuern. Infolge des Bargeldmangels konnten die entfallenden Realsteuern für 1931 erst im Jahre 1932 bezahlt werden. Durch Kompensation ist im Jahre 1932 jedoch auch die Steuer-schuldigkeit für 1932 zur Abstattung gelangt, so daß infolge der Belastung mit dem zweifachen Jahreserfordernis der erwähnte Voranschlagsansatz um 19.046-57 S überschritten wurde.

Wegen der weitgehenden Kürzung der Kredite der Landesverwaltung war ein Ausgleich dieser Überschreitung mit Ersparungen innerhalb desselben Gebahrungszweiges nicht möglich, weshalb die Landesregierung in ihrer Sitzung am 10. Mai 1933 im Sinne des § 32, Absatz 2, des Landesverfassungsgesetzes beschlossen hat, zur Bedeckung der Überschreitung einen Mehrertrag an Landesverwaltungsabgabe (Landesvoranschlag, Abschnitt III, Titel 5, § 2, Bedeckungsrubrik 1) in der gleichen Höhe zu binden und dem steiermärkischen Landtag hierüber zu berichten.

Die steiermärkische Landesregierung stellt demnach folgenden Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung, betreffend die Überschreitung des im Voranschlag 1932 unter Kapitel 2, Landesverwaltung, Rubrik 17, „Steuern“, vorgesehenen Kredites um 19.046 S 57 g und die Bedeckung dieser Überschreitung durch den Mehrertrag der Landesverwaltungsabgabe wird genehmigend zur Kenntnis genommen.“

Der Finanzausschuß hat sich diesem Antrage angeschlossen; ich bitte um Annahme desselben.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Nunmehr gelangt zur Verhandlung Punkt 13:

Mündliche Berichte des Finanzausschusses in Personalangelegenheiten.

Zu E.-Zl. 316, 324, 329 und 301 ist Berichterstatter Herr Abg. Krenn.

Berichterstatter Krenn: Hohes Haus! Dem Finanzausschuß sind Bittschriften der Frau Verta Schwegger, verwitwete Herz, um Weiterauszahlung des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Sieglinde, der gemessenen Arbeitslehrerin Albine Lenk um Gewährung einer Gnadengabe und eine Bittschrift des Schulfates i. R. Gustav Pipek um Weiterbewilligung seiner Zulage während des Ruhestandes vorgelegen.

Bezüglich der ersten Bittschrift der Verta Schwegger wird folgender Antrag gestellt (liest):

„Die Bittschrift der Verta Schweiger, verwitwete Herz, um Weiterauszahlung des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Sieglinde ab 1. April 1933 wird abgelehnt.“

Bezüglich der Bittschrift der Albine Lenk stelle ich folgenden Antrag (liest):

„Die Bittschrift der gewesenen definitiven Arbeitslehrerin Albine Lenk um Gewährung einer Gnadengabe wird abgelehnt.“

Bezüglich des Schulrates i. R. Gustav Pipeš lautet der Antrag folgendermaßen (liest):

„Die Bittschrift des Schulrates i. R. Gustav Pipeš um Weiterbewilligung seiner Zulage wird abgelehnt.“

Bezüglich einer Regierungsvorlage, betreffend Zuerkennung einer Gnadengabe an den ehemaligen Hausarbeiter Valentin Gießauf wird folgender Antrag gestellt (liest):

„Dem ehemaligen Hausarbeiter Valentin Gießauf wird nach Maßgabe der vorhandenen Bedeckung vom 1. Mai 1933 angefangen eine Gnadengabe von 55 S (fünzigfünf Schilling) monatlich auf Lebensdauer bewilligt.“

Ich ersuche um Annahme dieser Anträge.

Hornik: Ich stelle den Antrag auf getrennte Abstimmung hinsichtlich der Bittschrift Schweiger.

(Dem Antrage wird stattgegeben.)

In getrennter Abstimmung werden die Anträge zu E.-Zl. 316 und 301 mit Mehrheit, die zu E.-Zl. 324 und 329 einstimmig angenommen.)

Präsident: Nunmehr erfolgt die Berichterstattung über E.-Zl. 299. Berichterstatter ist Herr Abg. Gudenus.

Berichterstatter **Gudenus:** Hohes Haus! Ich habe zu berichten über E.-Zl. 299, Bittschrift der Thusnelda Rybitchka, welche schon des öfteren uns hier beschäftigt hat. Es handelt sich in diesem Fall nur um die Weiterbelassung der ihr bis zum Ende des Jahres 1932 gewährten Gnadengabe von 55 S monatlich. Der Antrag lautet (liest):

„Die der gewesenen Lehrerin Thusnelda Rybitchka mit dem Landtagsbeschlusse vom 8. Juni 1931 für das Jahr 1931 und mit dem Landtagsbeschlusse vom 30. Mai 1932 auch für das Jahr 1932 aus Landesmitteln gewährte Gnadengabe von monatlich 55 S wird auch für das Jahr 1933 weiter bewilligt.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Zu E.-Zl. 320 ist Berichterstatter Herr Abg. Dr. Enge.

Berichterstatter **Dr. Enge:** Hohes Haus! Mit Eingabe vom 23. März 1933 ist Emma Hanfer, 1880 geboren, nach Graz zuständig, beim Landtage um eine Gnadengabe bittlich geworden. Sie ist Waise nach einem Landesbeamten, vollständig erwerbsunfähig und bezieht von ihrer Zuständigkeitsgemeinde, der Landeshauptstadt Graz, nur eine monatliche Unterstützung von

5 S. Dem Finanzausschuß, der sich mit den näheren Umständen und den Verhältnissen der Gesuchstellerin beschäftigt hat, sind die berücksichtigungswürdigen Gründe so maßgebend gewesen, daß er folgenden Antrag angenommen hat (liest):

„Der Landesbeamtenswaise Emma Hanfer wird eine monatliche Gnadengabe ab 1. Juli 1933 in der Höhe von 20 S (zwanzig Schilling) auf die Dauer von drei Jahren unter der Voraussetzung bewilligt, daß sich in dieser Zeit ihre Vermögensverhältnisse nicht ändern.“

Ich bitte um Annahme dieses Ausschußbeschlusses.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Nunmehr gelangt zur Verhandlung Punkt 14:

Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 84, Gesetz, betreffend den Gebietsumfang und die Wahlkreiseinteilung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsvertretungen in Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Abg. Ferner.

Ferner: Hohes Haus! Ich habe zu berichten über Beilage Nr. 84, Vorlage der steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Gebietsumfang und die Wahlkreiseinteilung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsvertretungen in Steiermark.

Das Gesetz lautet (verliest die Gesetzesvorlage aus Beilage Nr. 84.)

Ich ersuche das hohe Haus, dieses Gesetz anzunehmen.

(Das Gesetz wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Nunmehr gelangen zur Verhandlung die dringlichen Anfragen.

Als erste Anfrage die dringliche Anfrage der Abg. Dr. Häbler, Reichl und Parteifreunde, betreffend die verleumderische Heße gegen die nationale Beamtenschaft Österreichs durch eine dem ehemals feindlichen Ausland hörige Presse — an den Herrn Landeshauptmann.

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Dr. Häbler das Wort.

Ich mache im vorhinein aufmerksam auf die Bestimmung des § 58, Absatz 5, unserer Geschäftsführung, wonach bei Begründung einer dringlichen Anfrage und in der Wechselrede kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Dr. Häbler: Hohes Haus! Ich habe mir erlaubt, an den Herrn Landeshauptmann der Steiermark eine Anfrage zu richten, die notwendig geworden ist durch Ereignisse, die in der letzten Zeit unser öffentliches Leben in Österreich erschüttern. Wenn 2500 Verhaftungen in Österreich erfolgt sind von Männern, die ihrem Berufe, ihrem Stande, ihrer Bildung, ihrer Vergangenheit nach alles andere als subversive Elemente sind, so hat eine Presse in Österreich den Rat dazu erteilt, das Tempo dieses Vorgehens förmlich der gegenwärtigen Bundesregierung vorge-

schrieben, und mit dieser Presse möchte ich mich etwas eingehender beschäftigen. Es ist das eine Presse, die unsere Nationalen heute in Österreich zu österreichischem Patriotismus erziehen will, die für die vaterländische Front wirkt, für die die nationale Beamten-schaft und die nationale Bevölkerung Österreichs rechtlos und vogelfrei ist. Diese Presse, die ihren Sitz in Wien hat, teilt sich in zwei Gruppen. Das ist einmal die Presse, die dem tschechischen Orbisverlag angehört. Wenn ein Fremder nach Wien kommt und diese Presse in die Hand bekommt, hat er keine Ahnung über die Zusammenhänge dieser Presse. Die betreibt heute mit aller Energie Propaganda für die sogenannte vaterländische Front und die gegenwärtige Regierung. Es ist das der „Tag“, die „Stunde“, der „Morgen“, die „Börse“, die „Bühne“ und das Witzeblatt „Göz von Berlichingen“. Es hat seinerzeit Dr. Benesch, um sich hier in Österreich einen propagandistischen Stützpunkt zu schaffen, es zustandegebracht, auf diese Presse maßgebenden finanziellen Einfluß zu gewinnen. Die längste Zeit ist sie mit der tschechischen Propagandastelle in Prag, dem Orbisverlag, im Zusammenhang gewesen und nur ungeheure Angriffe in der Öffentlichkeit, die darauf hingewiesen haben, daß es unmöglich ist, daß in Österreich eine offizielle Presse des tschechoslowakischen Staates Politik macht, die Richtung vorschreibt, die eingeschlagen werden soll, hat dazu geführt, daß die offizielle Bindung zum Orbisverlag zum Teil gelöst und verschleiert wurde, die innere finanzielle Abhängigkeit besteht jedoch nach wie vor. Der zweite Teil dieser Presse, die zweite Gruppe, die wird vertreten durch eine Zeitung wie die „Freiheit“. Das ist jenes Blatt, das eigentlich die offizielle Politik des Herrn Sicherheitsministers Fey macht, beziehungsweise für ihn mit aller Entschiedenheit 100prozentig eintritt. Nun schauen wir uns einmal diese Presse an! (Gföller: „Ihre ehemaligen Bundesgenossen!“ — Hornik: „Aber Ihre jehigen!“) Von wem wird diese „Freiheit“ — ich bitte das hohe Haus, ich appelliere da an das Gefühl des steiermärkischen Landtages —, von wem wird diese Presse bedient und unterrichtet? Da ist ein Herr Hans Kager in Paris, der die „Freiheit“ direkt beeinflusst, unterrichtet, ihr laufender Korrespondent ist. Ich meine, das sind Verbindungen, die nicht geleugnet werden können, die auch ihre Hintermänner haben. Vielleicht interessieren sich Philatelisten für ein schönes Kuvert, das ich hier habe, mit einer französischen Marke, adressiert an die Redaktion der „Freiheit“, sogar der Absender steht darauf: „La mutualité d'Autriche 18, rue Cohas Paris Ve.“ Wenn wir nun im Pariser Adresskalender nachschauen, was ist diese „La mutualité d'Autriche“, das heißt: „Gegenseitiger Arbeitsdienst mit Österreich“, „L'association contre l'Anschluß“, das heißt: „Vereinigung gegen den Anschluß“, und in Klammern steht dann, es ist übersetzt mit: „l'Annexion de l'Autriche par l'Allemagne“, und wenn wir weiter schauen, wer steht dahinter? Dahinter steht als Ehrenpräsident, „Président d'Honneur: M. Raymond Poincaré, Ancien Président de la République“, Poincaré, der Vater des Friedens von St. Germain. Der ist Ehrenpräsident dieser Gesellschaft, und

Herr Hans Kager, auch im französischen Adresskalender angeführt, der ist Berichterstatter der „Freiheit“. (Hornik: „Bravo!“ — Kammerhofer: „Vaterländische Front!“) Und hier, meine Damen und Herren, habe ich nebenbei einen Artikel im „Tag“... (Hornik: „Eine saubere Gesellschaft!“ — Zwischenrufe Mikola und Praßl. — Lärm. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Hornik [zu Praßl]: „Fühlen Sie sich betroffen?“)

Hohes Haus, ich glaube, es gibt niemand in diesem Hause, der an diesen Tatsachen mit Witz oder höhnischen Bemerkungen vorbeigehen kann. Ich habe hier auch einen der vielen Gehärfikel, die im „Temps“ erschienen sind; den bedient auch die „Freiheit“ laufend. Meine Damen und Herren, weshalb ich dies gesagt habe, das hat seinen Grund darin: Diese Presse hat gewiß die moralische Berechtigung, irgend jemand in Österreich des Hochverrates zu zeihen, diese Presse, die ruft nach Konzentrationslagern, die schreit laut nach Beamtenentlassungen, nach Einkerkierung, der sind keine Zwangsmaßnahmen scharf genug. Und hinter dieser Presse, die die vaterländische Front mitbildet, hinter dieser Presse, die so stolz sagt, das könne man nicht ableugnen, daß sie in erster Linie hinter der vaterländischen Front stehe, hinter dieser tschechischen oder französischen Presse in Österreich — anders kann man sie nicht nennen... — (Meyßner: „Steht das jüdische Finanzkapital!“), diese Presse hat die moralischen Qualitäten und den ethischen Rückhalt, irgend jemanden in Österreich Patriotismus lehren zu wollen! Aber was genügt nicht bei dieser Presse schon, um nach dem Kerker zu schreien? Dort heißt es: „Anschlußgegnung, das ist Hochverrat.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sind wir alle Hochverräter. Was heißt das, Anschlußgegnung? Ich erinnere daran, daß die provisorische und konstituierende Nationalversammlung feierlich den Beschluß gefaßt hat, daß Österreich ein Bestandteil der deutschen Republik ist, und dann — das hat kürzlich Minister Schuschnigg in einer Rede selbst erwähnt —, die Regierung habe den Friedensvertrag von St. Germain nur unter Protest unterzeichnet, das heißt: Gewalt von außen hat das gemacht, hat die Durchführung des Anschlusses verhindert. Die Willensmeinung des österreichischen Staates, die staatspolitische Tendenz, ist durch keine legale gesetzgebende Körperschaft, durch keine einzige legale Willenskundgebung des vaterländischen österreichischen Volkes aufgehoben oder in das Gegenteil verkehrt worden. (Gaf: „Nur der Herr Hitler hat sie annulliert!“)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen etwas sagen: Wir Großdeutschen haben unter einem sozialdemokratischen Reichskanzler Anschlußpolitik betrieben, wir haben das unter einem Zentrumskanzler getan, und nun soll der Anschlußgedanke Hochverrat sein, weil ein nationaler Kanzler im Reich ist! Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo nehmen Sie die moralische Berechtigung her, in diesen Chor einzustimmen: In den Kerker, in Konzentrationslager mit den Anschlußmännern? (Gaf: „Durch den Presseattaché Wasserbäck!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren... (Großer Lärm, Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe. Ich mache die Galerie allen Ernstes darauf aufmerksam, daß jedwede Einmischung in die Verhandlungen des Hauses strengstens verboten ist. Ich werde jeden Dawiderhandelnden sofort aus dem Saale weisen lassen. (Kammerhofer: „Sie hat sich ja gar nicht eingemengt!“)

Dr. Hübler (fortfahrend): Ich habe es vermieden, mich in parteipolitische Betrachtungen einzulassen und ich möchte nur sagen: Der Anschlußwille unserer Bevölkerung läßt sich vom Tage des Beschlusses unserer provisorischen Nationalversammlung verfolgen bis in die jetzigen Tage der Verfolgung jedes Anschlußwillens, und ich erinnere daran, daß hier in diesem Hause Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen sein Amt als Landeshauptmann zurückgelegt hat in jener Sitzung, wo unter dem Drucke von außen die Volksabstimmung in Steiermark unterjagt worden ist, und ich erinnere daran, daß auch ein Kanzler, der der christlichsozialen Partei angehört hat, Dr. Seipel, die Formel geprägt hat: „Jede Kombination mit Deutschland, aber keine ohne Deutschland.“ Auch das will ich hier anführen.

Und nun, meine Damen und Herren, nun wird von dieser Presse, nur weil die Beamten ihre Treue gegenüber der Anschlußgesinnung bewahren, nach Kerker, nach Verurteilung, nach Dienstentlassung gerufen, und das gegen die Beamten, die im Weltkriege für Österreich geblutet haben, die während des Umsturzes durch ihre Treue den Bestand dieses Staates erhalten haben und die — das möchten wir hier in aller Öffentlichkeit feststellen — an Vaterlandsliebe gegenüber Österreich und an Volkstreue keiner anderen Bevölkerungsgruppe zu weichen brauchen.

Meine Damen und Herren, das ist eine Presse, die dem Ausland hörig ist. Nun gibt es aber auch eine Presse, bei der man diese Zusammenhänge mit dem Ausland nicht so klar erkennt, die aber in das gleiche Horn stößt, die sogenannte Starhembergpresse, im Volksmund die Lirapresse genannt, weil man von ihr gesagt und ihr öffentlich vorgeworfen hat, daß diese Presseerzeugnisse, die niemand kauft, mit italienischem Gelde hinausgegeben werden. Sie stimmt in den ganz gleichen Ton ein, sie beweist ihre Verfassungstreue gegenüber der Regierung auf eine ganz merkwürdige Weise. Lesen Sie einmal die „Morgenzeitung“ oder die „Mittagszeitung“! Es wird interessanterweise immer nur von einer Regierung Dollfuß-Starhemberg in Österreich gesprochen, Vizekanzler Winkler, der dieser Presse wahrscheinlich nicht mehr ganz genehm ist, ist im Wege eines kalten Zeitungsputsches bereits abgesägt worden. Nebenbei möchte ich noch betonen, daß auch die „Österreichische Staatswehr“ in den gleichen Ton mit einstimmt.

Hohes Haus, wir haben an den Landeshauptmann von Steiermark diese Anfrage gestellt, weil wir der Auffassung sind, mag man über Einzelheiten parteipolitisch auseinandergehen, daß man doch in dem einem übereinstimmen sollte, daß eine Presse, die nachgewiesenermaßen vom Ausland abhängig ist, vom ehemals feindlichen Ausland, und die im Dienste dieses

Auslandes gegen alles, was deutschführend und volkstreu ist, heßt und geheißt hat — diese Presse wagt es, heute von Hochverrat zu sprechen, die in der Ara Schöber jeden Tag dem Ausland die Argumente geliefert hat, die man dann am Verhandlungstisch gegen uns ausgespielt hat, diese wagt es, von Hochverrat zu sprechen! Infolgedessen erlauben wir uns an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage zu richten:

1. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung dahin einzuwirken, daß diese verleumderische Heße der dem Ausland hörigen Presse unverzüglich abgestellt wird und daß diese Zeitungen, soweit sie nachweisbar dem ehemals feindlichen Ausland dienen, überhaupt eingestellt werden?

2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, dahin zu wirken, daß die ungerechten Verfolgungen und Drangsalierungen der nationalen Beamenschaft wegen ihrer volkstreuen Gesinnung unverzüglich eingestellt werden? (Beifall beim Heimatblock und den Großdeutschen.)

Präsident: Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen hat mir mitgeteilt, daß er vorher die in der letzten Sitzung des hohen Hauses an ihn gestellten Anfragen beantworten will und hernach erst die Anfrage des Herrn Abg. Dr. Hübler.

Dr. Rintelen: Mir ist mitgeteilt worden, daß noch eine zweite analoge Anfrage kommt und werde ich dann beide zusammenhängend beantworten; zuerst aber möchte ich die in der letzten Sitzung, wo ich nicht anwesend war, an mich gestellten Anfragen beantworten, die ich heute zu beantworten zugesagt habe.

Die eine ist die dringliche Anfrage der Abg. Wolf, Elser, Oberschall und Genossen, betreffend die Beschlagnahme eines Flugblattes in Leibnitz. Hierzu habe ich folgendes mitzuteilen: Sonntag vormittags am 21. Mai 1933 war in Leibnitz ein größeres Gendarmerieaufgebot zusammengezogen, da es an mehreren Sonntagen vorher dort zu Zusammenstößen von politischen Gegnern gekommen war. Am kritischen Tage wurden zur Zeit, als sich am Hauptplatze bereits eine große Menge von Kirchenbesuchern und sonstiges Publikum versammelt hatte, 500 bis 600 Stück des in Rede stehenden Flugblattes verteilt. Den Herren Interpellanten ist ja der Inhalt des Flugblattes bekannt, daher brauche ich ihn nicht zu wiederholen.

Nach § 1 der Plakatierungsverordnung und dem hiezu erlassenen Richterlasse des Bundeskanzleramtes kann bei Verbreiten von Flugblättern, welche die Ordnung an öffentlichen Orten zu stören „geeignet“ sind, der Verfall dieser Gegenstände ausgesprochen und zwecks Sicherung des Verfalles die Beschlagnahme dieser Gegenstände angeordnet werden.

Bei der in der Interpellation erwähnten Broschüre handelt es sich um das Druckwerk „Deutschland erwache“, dessen Verteilung ebenfalls bereits Anzeichen von Ruhestörungen im Gefolge hatten. Mit Rücksicht darauf wurde vom Vertreter der Bezirkshauptmannschaft die Einstellung der weiteren Verteilung verfügt. Gemäß Artikel IV, Punkt 3, des Einführungsgesetzes zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen sind die Be-

hörden der politischen Verwaltung berechtigt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die in ihren Wirkungskreis fallenden Maßnahmen, auch ohne vorausgegangenes Verfahren, zu treffen. Eine Beschlagnahme dieser Broschüre ist jedoch nicht erfolgt.

Der Beamte der Bezirkshauptmannschaft Leibnitz ging hiebei wegen der Ruhestörungen der vergangenen Sonntage von der Erwägung aus, alle Vorkehrungen zu treffen, um das Entstehen von Zusammenstößen zu verhüten.

Eine weitere dringliche Anfrage, die in der letzten Sitzung gestellt wurde, ist die dringliche Anfrage der Abg. Mañner und Genossen vom 27. Mai 1933. Zu dieser Anfrage in Angelegenheit der Arbeitsbeschaffungspläne der Bundesregierung und der Berücksichtigung Steiermarks bei diesen Plänen bin ich derzeit nur in der Lage, mitzuteilen, daß nach dem jetzigen Stande der Angelegenheit kein Anlaß zur Befürchtung besteht, daß das Land Steiermark bei den von der Bundesregierung eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsaktionen benachteiligt würde. Ich meine das sowohl bezüglich der Frage der Bundesstraßen, als auch der autonomen Straßen. Ich wende dieser für das Land Steiermark überaus wichtigen Angelegenheit selbstverständlich mein vollstes Interesse zu und hoffe, auch bald einen für Steiermark günstigen Bericht hierüber erbringen zu können.

Die Herren Abg. Mañner und Genossen haben noch eine weitere Anfrage gestellt. Sie beschäftigt sich mit der Frage der Verschlechterung der Richtlinien zur 28. Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durch den Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 8. April. Ich habe hiezu folgendes mitzuteilen: Der Bundesminister für soziale Verwaltung hat den Erlaß, mit welchem eine Reihe von Gemeinden aus der Zone A in die Zone B eingereiht wurden, in folgender Weise begründet: Die katastrophale Entwicklung der Wirtschaftslage in der letzten Zeit hat bei der Arbeitslosenfürsorge einen überaus starken Rückgang der Einnahmen bewirkt, so daß die vorhandenen Mittel nicht mehr ausreichen, um den Aufwand zu decken. Sparmaßnahmen, um das Gleichgewicht herzustellen, sind nicht mehr zu vermeiden. Die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Kostenbedeckung der Notstandsaushilfe zu leistenden Beiträge haben bereits das im Gesetze vorgesehene Höchstausmaß erreicht. Eine weitere Belastung dieser Beitragsfaktoren ist nicht mehr möglich. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat sich daher in die Zwangslage versetzt gesehen, Sparmaßnahmen bei den Leistungen zu verfügen. Die Auscheidung zahlreicher Gemeinden aus der Gruppe A hat natürlich nicht nur in Steiermark stattgefunden, sondern auch in allen anderen Bundesländern. Bei der geschilderten Zwangslage kann natürlich an eine Rückversetzung aller Gemeinden in die Gruppe A nicht gedacht werden. Ich habe es mir daher angelegen sein lassen, wenigstens dahin zu wirken, daß einzelne sachlich begründete und besonders berücksichtigungswürdige Fälle vom Bundesministerium für soziale Verwaltung einer Revision unterzogen werden.

Ich habe in dieser Angelegenheit erst neulich beim Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung interveniert. Ich bin selbstverständlich bereit, in dieser Angelegenheit auch selbst die entsprechenden Schritte, in Anbetracht der Bedeutung dieser Sache für die Gemeinden, zu unternehmen.

Mañner: Ich beantrage die Eröffnung der Wechselrede.

(Der Antrag wird entsprechend unterstützt.)

Mañner: Sehr geehrte Frauen und Herren! So sehr wir gerne annehmen, daß der Herr Landeshauptmann bei seiner Rücksprache im Bundesministerium sich bemüht hat, für die Interessen der betroffenen Arbeitslosen Erfolge zu erreichen, so sehr müssen wir feststellen, daß das, was in Aussicht genommen ist, leider viel zu wenig ist. Man muß sich über den Umfang der Frage klar werden, um zu wissen, auf welchem Vulkan heute alle Menschen leben, die noch das Glück haben, einen Verdienst zu haben, einem Vulkan, der aus der Verzweiflung der Menschen, die arbeitslos und auf die knappe Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind, entstanden ist. Ich muß in Erinnerung rufen, daß im vergangenen Jahre lange Wochen hindurch bei der Industriellen Bezirkskommission mit Unterstützung der Vertreter des Landes, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Beratungen stattgefunden haben, wo die notwendigen Ersparungsmaßnahmen getroffen werden sollten. Nach all' dem, was die Vertreter aller Interessengruppen geprüft hatten, kam eine Liste zustande, die 84 Gemeinden in das sogenannte A-Verzeichnis aufgenommen hat. In diesen Gemeinden wird den Notstandsempfängern die höchste Unterstützung ausbezahlt. Diese macht aber in vielen Fällen heute nur mehr 7 oder 9 Schilling in der Woche aus, und nun soll aus dieser Höchstunterstützung noch eine große Anzahl Arbeitsloser herausgerissen werden. Es sind Tausende in Steiermark, die dann 10 bis 15 Prozent weniger bekommen werden und auch diese geringere Unterstützung in zeitlich kürzerer Frist bekommen sollen. Es ist klar, daß diese Menschen, die zu Tausenden von der Verordnung Kenntnis erhalten haben, darum bangen, daß sie nunmehr mit ihren Familien noch mehr darben müssen als bisher, noch mehr als bisher in ihrem Haushalt das Elend einziehen wird. Es ist selbstverständlich, daß zuerst die Arbeiterkammer die Bürgermeister, ohne Ansehen der Partei, von den betroffenen Gemeinden zusammengerufen hat und diese den einheitlichen Beschluß faßten, die ohnedies gedrückte Finanzlage der Gemeinden nicht noch zu erschweren dadurch, daß die Notstandsunterstützungen wesentlich gekürzt werden, was gleichbedeutend wäre damit, daß diese Leute in ihrer Angst und Sorge zur Gemeinde laufen und dort Hilfe verlangen. Jedermann weiß, besonders wir im Landtage, daß die Gemeinden heute nicht mehr in der Lage sind, wesentlich zur Unterstützung der Arbeitslosen beizutragen. Wir wissen, daß Bund und Länder die Lasten, die die Gemeinden zu tragen haben, noch vermehren, weil die in der Gesetzgebung Stärkeren, der Bund und die Länder, auf Kosten der Gemeinden dafür sorgen, daß wenigstens ihr Haushalt ins reine kommt. Aber die Gemeinden haben nicht die Möglichkeit, durch erhöhte Einnahmen

das, was ihnen zugemutet wird, zu leisten. Es weiß jeder, daß die Gemeinden nicht in der Lage sind, diese vermehrten Lasten zu übernehmen, und es muß jeder, der einigermaßen ein Gefühl für die unbeschreibliche Not in diesen Kreisen hat, auf das ernsteste bestrebt sein, das Ungemach, das mit 1. Juli über diese Tausenden hereinbrechen soll, abzuwenden. Man darf sich da nicht damit begnügen, daß der Landesregierung versprochen wurde, eine Anzahl von Gemeinden zu streichen. Wenn wir hören, daß von den bisherigen 84 Gemeinden in der Gruppe A 52 gestrichen werden sollen, Gemeinden, die rein industriellen Charakter haben, die die Menschen nirgends unterbringen können, empfinden wir das als unmöglich, sich damit zu begnügen, daß vielleicht fünf oder sieben Gemeinden noch gerettet werden sollen. Wir erwarten, daß mehr vom Landtage aus geschieht als durch die Intervention des Herrn Landeshauptmannes. Auch die Deputation der Bürgermeister beim Bundesminister für soziale Verwaltung hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt.

Daher stellen wir den Resolutionsantrag, den wir in unserer Anfrage schon angeführt haben (liest):

„Der Herr Landeshauptmann wird ersucht, mit einer Deputation in den zuständigen Ministerien dafür zu sorgen, daß die Einreihung in die Gruppe A für jene Orte aufrechterhalten bleibt, welche ausgesprochenen industriellen Charakter haben, damit die verzweifelte Notlage der Arbeitslosen nicht durch eine neuerliche schwere Schädigung ihrer ärmlichen Existenz verschärft wird.“

Wir müssen bitten, daß Sie, meine Damen und Herren, diesem Antrage zustimmen, weil es nur durch Zusammenarbeit aller Parteien möglich ist, den Herren in Wien klarzumachen, daß das, was hier beabsichtigt ist, unmöglich zu ertragen ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Menzner: Wir möchten auch zu diesen drei dringlichen Anfragen, die hier vorgebracht wurden, Stellung nehmen, weil sie zum Teil auch einen Antrag beziehungsweise eine Vorlage betreffen, die wir das letztmal eingebracht haben und auch unsere letzte dringliche Anfrage, beziehungsweise auch eine dringliche Anfrage des Herrn Abg. Dr. Hübler und auch unsere heutige dringliche Anfrage betreffen. Ich möchte vor allem das Wichtigste herausgreifen, das ist die Arbeitsbeschaffung als solche, mit der ja meines Erachtens nach allein unsere Wirtschaft wieder hochzubringen ist. Wir haben jetzt bereits den halben Juni und von einer Arbeitsbeschaffung rührt sich eigentlich noch immer nichts. Man hat wohl versprochen, Geldmittel für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen, es war dies die Lausanner Anleihe, von der wir aber eben hören müssen, daß alle Gelder, die eventuell in dieser Form nach Österreich kommen sollten, lediglich zur Stützung der Nationalbank dienen werden. (Ing. Wiggan: „Es ist nie etwas anderes behauptet worden!“) Vorläufig feiert die Lausanner Anleihe die jährliche Nichtgeburt. Wir sind neugierig, ob sie kommen wird. (Riesch: „Sie haben sie ja bekämpft!“) Wir bekämpfen sie auch heute. Ich führe eben nur an, daß man versprochen hat, für Arbeitsbeschaffung als

solche im Wege dieser Anleihe — zuerst war zumindest davon gesprochen worden — die Gelder zu beschaffen. Von irgend einer Zustimmung zur Lausanner Anleihe kann auch heute von uns keine Rede sein, weil die Bedingungen weitaus zu hart sind.

Das zweite ist eine Innenanleihe, die man nun allerdings auf den Herbst verschob, weil die Herren, die in Österreich noch Gelder haben, im Sommer nicht zu erreichen sind. Ich finde es merkwürdig, daß man heute eine Innenanleihe aufzunehmen und sie von diesen Leuten aufzunehmen gedenkt, denen man vor kurzem Hunderte von Millionen gegeben hat und von denen wir eigentlich Gläubiger sind. Nun sollen wir bei diesen Leuten, die uns viel Geld schuldig sind, Gelder aufnehmen. Ich glaube, daß diese Sache nicht ganz stimmt. Ich erinnere mich an eine Wechselgeschichte zwischen der Bodenkreditanstalt und der Creditanstalt, wo man Wechsel hin- und hergeschoben hat, um die Bilanz etwas aufzufrischen. Das letzte, was uns vor Augen geführt wird zur Geldbeschaffung für die Arbeitsbeschaffung, sind die Schatzscheine, die man auflegen will, Schatzscheine, die man der Nationalbank gibt, um von dort die nötigen Gelder zu bekommen. Woher immer diese Gelder kommen mögen, sie werden eine neue Hypothek auf das Volksvermögen und die Arbeitskraft des Volkes sein. Wenn so eine Hypothek zur Arbeitsbeschaffung aufgelegt würde, hätten wir nicht einmal etwas dagegen, aber wir wollen nicht, daß die Raubburen durch ihre Raubzüge dabei ihren Verdienst haben. Es wäre ungerecht, wenn ich sagen wollte, daß man in unserem Staate gar nicht Arbeit beschafft hätte, da hat man tatsächlich die Arbeitsbeschaffung beim Kopf aufgepälm, hat eine Stelle gefunden für einen General der Infanterie, für einen Staatssekretär, für einen Minister und für einen Vizedirektor bei der Ravag, wahrscheinlich für den Heimatsdienst, für die Heimatstunde, die jetzt gehalten wird. Es mag vielleicht so recht sein. Unsere Arbeitslosen bekommen ihre Arbeitslosenunterstützung auf einen Dreiviertelmagen, die Notstandsunterstützung auf einen halben Magen, dann ein Drittel und schließlich auf einen Viertelmagen, dann hat sich so ein Arbeitsloser das Essen abgewöhnt, dann braucht er als österreichischer Ghandi kein Brot und keine Arbeit mehr. So stellen sich die Herrschaften die Arbeitsbeschaffung vor, die Hunderte von Millionen diesen Raubburen hinschmeißen, die unsere Wirtschaft zugrunde gerichtet haben, die dazu dienen, die Arbeitslosigkeit zu schaffen. Wir sind eben der Ansicht, daß man die Ghandizeit für andere Herren schaffen sollte.

Bezüglich der zweiten dringlichen Anfrage, betreffend die Verschlechterung der Richtlinien in der 28. Arbeitslosenunterstützungsnovelle in Form eines Ministerialerlasses, möchte ich bemerken, daß die soziale Fürsorge seit der glorreichen Diktatur mehrfach durchlöchert wurde. Ich kann vielleicht begreifen, daß eine Wirtschaft, ein Staat, derart zugrunde gerichtet ist, daß es ihm derart schlecht geht und daß er derart arm geworden ist, daß man auch dort zugreifen muß, wo es am unangenehmsten ist. Man sieht, daß das liberale Wirtschaftssystem als solches ungeeignet ist für eine Wirtschaft, ungeeignet ist, eine

Wirtschaft überhaupt aufrechtzuerhalten, daß dieser Erwerbsinn der Zügellosen es soweit gebracht hat, daß nur wenige in einem Staate leben, die anderen aber immer mehr und mehr dem Siechtum verfallen. Aber ich sage, ich würde es begreifen, daß man in einer schweren Notlage auch zu den unpopulärsten Dingen greift. Aber wir müssen uns wohl fragen, ob diese schwere Notlage als solche gegeben ist und ob man nicht Maßnahmen trifft, die man eigentlich nicht treffen sollte, nicht in eine gewisse Verbindung bringen sollte mit den Maßnahmen, mit welchen man dem ärmsten Teufel an den Kragen geht. Wenn man die Notverordnungen durchblättert, findet man welche, die das alte System als solches nicht beseitigen, sondern weiter unterstützen, das heißt, daß sie diesen Zinswucherern zu Willen sind, sie in gewisser Hinsicht unterstützen. Hat man sich doch sofort veranlaßt gesehen, den ganzen Creditanstaltsbetrug zu finalisieren. Das ist mit dem nötigen Krawall vor sich gegangen. In weiterer Folge hat man dann allerdings eine Gesellschaft zur Revision und treuhändigen Verwaltung geschaffen, wo wieder 140 Millionen Schilling hineinschickt sind. Dann hat man eine Goldklauselverordnung gemacht (Zwischenruf G a ß.) Ist Ihnen das unangenehm? Das kann ich mir denken. (G a ß: „Ihnen freilich!“ — Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Schreiben Sie lieber wieder einmal hinaus, daß die „Tagespost“ verboten werden soll. Wahrscheinlich schreien Sie jetzt so, weil sie Ihre Artikel nicht mehr annimmt. (G a ß: „Sie haben den Schober auf den Schild gehoben, der sich den Juden Redlich zum Finanzminister erhoben hat!“) Genau so war diese Goldklauselverordnung ein ganz gewaltiges Geschenk für diejenigen Leute, denen es noch weit besser geht, für die materiell Stärkeren, indem man diesen Leuten die Schulden aufgewerft hat. Ich kann begreifen, daß einer die Sorge hat, sein Geld zu verlieren, daß der Geldwert herabsinkt, daß das Geld nicht mehr seine frühere Kaufkraft hat. Aber unser Großhandelsindex ist in der heutigen Zeit nicht gestiegen (G a ß: „Das wissen Sie doch gar nicht!“), sondern gefallen, und heute kann man mit dem Schilling mehr kaufen, als man damit vor zwei oder drei Jahren kaufen konnte. Infolgedessen ist es nicht notwendig, daß diese Herren durch die Goldklauselverordnung Geschäfte machen und die wirtschaftlich Schwächeren herabdrücken. Genau so ist es bei den Pfandbriefen und Bankschuldverschreibungen, denen man gleich 20 Prozent zugeschrieben hat. Man hat allerdings gesagt, die Zinsen werden ermäßigt. Ich glaube, die Zinsen müssen auch in Goldschilling bezahlt werden und an der Erweiterung des Tilgungsplanes wird niemand besondere Freude haben, wenn er jetzt um drei bis vier Jahre länger zahlen muß als früher. (Ing. W i k a n y: „Wie sich der kleine Moritz das vorstellt!“) Man hat den Einlagenzinsfuß novelliert, das mag ja etwas sein, man hat aber nicht den Kreditzinsfuß angegriffen, und man hat erst in der letzten Zeit gelesen, daß Kreditinstitute gesagt haben, sie kommen ohne eine Spannung von 9 Prozent nicht aus. Wenn die Raiffeisenkassen mit 2 Prozent Spannung auskommen, so werden diese großen Institute auch

mit weniger auskommen können. So nebenbei haben sie auch noch 5 Prozent als Risikoprämie eingesezt. Ich glaube, daß es ein Risiko ist, von jemandem 12, 13 und 14 Prozent zu verlangen, da können sie das Geld freilich nie zurückbekommen, wenn nicht die Substanz angegriffen wird. Wir sehen da, wie auf der einen Seite diesen Leuten Vorschub geleistet wird und auf der anderen Seite so manche soziale Rechts- und Fürsorgeeinrichtungen zertrümmert werden. Man hat in die Banken hineingegriffen und hat den Bankbeamtenkollektivvertrag zertrümmert (M a h n e r: „Sie Heuchler, Sie!“) und hat diesen Beamten ihre Rechte genommen. Nun kann ich mir ja vorstellen, wenn eine Bank nicht geht, wenn sie heute keine Geschäfte mehr macht, wenn kein oder weniger Geld eingelegt wird, wenn kein Giro- oder Wechselverkehr geht, daß die Bank nicht soviel einnimmt, daß sie ihren Beamten nicht soviel wie früher zahlen kann. Mich wundert es aber nur, daß man die Herren mit Sondervertrag ausgeschlossen hat. Da hat man auf das Geldinstitutzentralengesetz verwiesen und das hat man mit einer Notverordnung verlängert, und in diesem Gesetz finden wir auch, wenn einer mit seinem Sondervertrag nicht zufrieden ist, kann er eine Abfertigung erhalten, die bis 100.000 S hinaufreicht, je nach den Jahren. (G a ß: „Jetzt ist aber der Heimatschutz fünf Jahre mit der Industrie und den Banken verbündet gewesen!“) Man ist denen also mehr entgegengekommen, als den armen Beamten. Da fügt man auch noch diese Zoneneinteilung ein. Dann haben wir noch die Notverordnung wegen der Überfunktinkürzung um 50 Prozent. Ich kann ja begreifen, wenn Not herrscht, daß man noch gegen diese notwendigen Dinge vorstößt und da herunterradert.

Aber ich möchte noch etwas sagen. In der letzten Zeit haben wir diese Propaganda der vaterländischen Front, haben wir die Deutschemeistermusik, die powidelnd in deutsche Orte kommt. (M i k o l a: „Machen Sie sich nicht lustig darüber! Schämen Sie sich!“ — Unruhe. — Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen. — G a ß: „Das ist kein Heimatschützer! Sie haben fünf Jahre mit der Industrie gepackelt!“) Setzen Sie sich nieder! (G a ß: „Sie Schwächer, Sie, Sie waren österreichischer Offizier, schämen Sie sich!“) Ich habe für die Republik gekämpft und bin im Burgenland angeschossen worden. Was Sie da machen, das ist ein Mißbrauch der historischen Uniform für Parteipropaganda, das ist ein Mißbrauch der historischen Uniform und nichts anderes. Wir haben unsere Uniform in Ehren gehalten. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Wer hat dem letzten österreichischen Kaiser nicht einmal das Asylrecht gegeben, sondern hat ihn draußen elendlich zugrunde gehen lassen? (Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Ing. W i k a n y: „Da schauf ihn an!“) Wir haben unser Wort nicht gebrochen, aber wir sind nach seinem Tode frei geworden. (W o l f: „Umlernen auf Nazi!“ — H o r n i k: „Mein lieber Herr Abg. W o l f, Sie hätten schon längst Zeit dazu!“) Jedenfalls kostet diese Propaganda Geld, und ich habe erst kürzlich erfahren, daß dieser Heimatdienst

eine öffentliche Stelle ist und diese hat kürzlich erst an einzelne Industrien hinausgeschrieben, sie mögen Geld für Propaganda schicken. Man hat gehört, daß das 1.000.000 S kostet. (Mikola: „Sie nehmen ja Geld von der Industrie! Reden Sie nicht von den anderen!“) Geben Sie lieber acht, Frau Abg. Mikola, daß Sie nicht dafür stimmen, daß Gelder aus dem Landeshaushalt für den Handgranaten-Kinder-garten in der Ungergasse verwendet werden. Jedenfalls hat man erfahren, daß diese Industrien direkt besteuert worden sind. Man hat ihnen freigestellt, daß sie vielleicht mehr geben können, als sie Vorschrift erhalten haben, aber wenn auf der einen Seite die Wandzeitungen Geld kosten und auf der anderen Seite drei Viertel der Bevölkerung hinter der vaterländischen Front stehen — wir sehen allerdings vor der vaterländischen Front höchstens drei Polizisten stehen —, so müssen wir sagen, daß diese Beiträge wahrscheinlich für die Exekutive werden Verwendung finden, und die 50prozentige Herabradierung der Überstunden wahrscheinlich in einem gewissen Konnex steht mit der Neubesteuerung für den Heimatdienst, und jeder Arbeitslose kann sich vor der Wandzeitung stolz auf die Brust schlagen und stolz sagen, daß er sein Scherflein und seinen kargen Lohn beige-steuert hat, damit von der Bundesregierung mit öffentlichen Geldern reine Parteipropaganda gemacht wird. Das wollte ich feststellen, daß hier reine Parteipropaganda betrieben wird und man dazu noch öffentliche Gebäude und Schulen mißbraucht. (Reisch: „Das ist eine Gemeinheit!“) Denn das ist eine reine Parteipropaganda und keine Propaganda, die den wirklichen Staatsgedanken in sich trägt. Wir haben nichts dagegen, daß die Herren nach Wien gehen und dort bei der Regierung vorsprechen wollen, aber wir erwarten uns nichts davon, denn meine Ausführungen haben gezeigt, daß man für andere Leute mehr Interesse hat. Aber wir wollen nicht störend wirken und wir werden daher für den Antrag stimmen, daß eine Deputation bei der Bundesregierung vorspricht.

Nun das dritte, das ist die dringliche Anfrage wegen Beschlagnahme von Flugblättern. Ich möchte nur sagen, daß der Beamte dort unten in Leibnitz ein weißer Rabe ist. Das ist einmal eine Ausnahme von der Regel, die sonst vorherrscht, daß ein Flugblatt beschlagnahmt wird, das die Greuelpropaganda bringt. Ich würde wünschen, daß der Greuelpropaganda mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde, da sie unserem Volke schweren wirtschaftlichen Schaden bringt.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Menzner (fortfahrend): Ich bin sofort fertig. Ich möchte nur noch einmal bekanntgeben, daß wir jedenfalls dafür zu haben sind, daß wegen der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung vorgesprochen wird. Wir haben auch einen Antrag eingebracht bezüglich der Arbeitsbeschaffung. Wir werden diesen Antrag auch weiter aufrechterhalten und auch noch darüber sprechen, denn wir sind sicher, daß es noch einiger Torpedos bedürfen wird, um die Arbeitsbeschaffung in Fluß zu bringen.

Was mich angeht, so muß ich sagen, ich verbinde mich mit den 31.000 Juden, die in Wien eingebürgert worden sind, nicht. (Beifall beim Heimatblock.)

Elfer: Hohes Haus! Wir haben hier schon einmal ausgeführt, daß die Arbeitsbeschaffung eines der wichtigsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Es braucht nicht auseinandergelegt zu werden, daß die Arbeitslosen in erster Linie Arbeit wünschen und erst in zweiter Linie, erst dann, wenn ihnen keine Arbeit gegeben werden kann, von dieser kapitalistischen Wirtschaft begehren können, daß man sie nicht verhungern läßt, ihnen also eine Unterstützung geboten werden muß.

Wenn man heute dem Herrn Landesrat Meyszner zugehört hat, aufmerksam, so muß man folgendes feststellen: Es wäre sehr begrüßenswert gewesen, Herr Landesrat, wenn Sie und Ihre Gruppe immer so sehr für die sozialen Rechte eingetreten wären, wie heute. (Meyszner: „Sind wir auch immer!“) Sie haben in Zehntausenden von Exemplaren Ihr Heimatschutzprogramm hinausgegeben und in Tausenden von Versammlungen erklärt, daß die Arbeitslosenunterstützung der Untergang des Bauernstandes, der Untergang der Wirtschaft sei. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie haben in Tausenden von Flugblättern und in Tausenden von Versammlungen erklärt, daß die karge Arbeitslosenunterstützung den Ruin der Wirtschaft bedeutet hat. (Meyszner: „Der spricht ja für die vaterländische Front!“) Dieselben Herrschaften wagen es nun als Retter der sozialen Rechte aufzutreten, wo sie durch ihre Politik in den großen Betrieben die Arbeiterklasse zersplittert haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch beim Heimatblock. — Hornik: „Sie bekommen den Nobelpreis für Romanschriftstellerei!“) Sie, die mit dem Gelde der Großindustrie nichts anderes getan haben, als die Widerstandsfront der arbeitenden Menschen zu zerbrechen! Dieselben Herren, die systematisch das getan haben, spielen sich heute als Sozialpolitiker auf. (Hornik: „Er kommt schon langsam darauf!“) Glauben Sie, daß wir vergessen haben, was Sie noch gestern getan haben? Jetzt allerdings, weil schließlich eine andere Front ausgerollt wird, weil Sie jetzt die soziale Demagogie der Nazi nachzumachen haben, jetzt auf einmal haben Sie eine ganz andere Haltung gegenüber den sozialen Rechten und Fragen. Nicht mit Unrecht hat ein Zwischenrufer von der rechten Seite darauf aufmerksam gemacht, daß Menschen, die mit dem Gelde des Kapitalismus, mit dem christlichen und jüdischen Großkapitalismus groß geworden sind, daß diese Menschen nicht das Recht haben, sich heute als Retter der Arbeiter aufzuspielen, während sie tatsächlich die Rechte der Arbeiter vernichten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Hornik: „Sie sind ein ausgesprochener Boselitz!“) Sie können belien, wie Sie wollen. Ich verweise auf die Dugende von Konferenzen Ihrer Alpinenfunktionäre, die davon zeugen, daß Sie es übernommen haben, im Parlament sozialfeindliche Anträge zu stellen. Im Auftrage der Herren der Alpinen haben Sie im Parlament sozialfeindliche Anträge gestellt. (Hornik: „Wir haben

weniger Verbindung mit ihr, wie Sie. Sie sitzen jeden Tag beim Generaldirektor der Alpine!“) Daher haben wir uns erlaubt, auf Ihre unerhörte demagogische Heuchelei aufmerksam zu machen. Das mögen Sie jemandem erzählen, der vielleicht sechs Jahre geschlafen hat, dann mag es sein, daß er auf Ihre Demagogie hineinfällt. Ihre Politik war es, die die Arbeiterklasse in Österreich schwer geschädigt hat. (Zwischenruf Hornik.) Sie sind Arbeiterverräter über Auftrag der Kapitalisten, das ist Tatsache. (Hornik: „Sie sind Kapitalistenschützer!“) Sie ernten jetzt die Früchte von dem, was Sie gesät haben. Sie haben gesehen, daß sich Ihre Früchte jetzt auf Ihre Kameraden in den Bergbauen so auswirken. Es wird so geerntet, wie Sie gesät haben. Heute gehen Sie nicht mehr hinaus zu den Bergleuten und erzählen dies oder jenes, weil Ihre Kameraden Ihre Demagogie und Ihren Verrat längst durchschaut haben. Heute wollen Sie mit anderen Mitteln herankommen. Zuerst haben Sie den Reaktionen gespielt, jetzt spielen Sie den Sozialdemagogen. (Hornik: „Regierungspartei!“ — Leichin: „Sie kommen ja auch noch dazu!“) Sehen Sie, das wird Ihnen ein zweites Mal nicht gelingen. Nun will ich Ihnen das eine sagen, nur derjenige hat das Recht, Arbeiterinteressen zu verteidigen, der jederzeit offen und ehrlich für die Interessen der Arbeiter eingetreten ist, aber nicht Sie, Sie sind in Wirklichkeit nicht Arbeitervertreter, sondern Sie sind ausgesprochener Arbeiterverräter und sind es seit jeher gewesen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Schranz: Hohes Haus! Schön sind die Worte des Herrn Gewerkschaftssekretärs Elser. Ich erinnere mich aber zurück an die Zeit, als wir in dieses Haus hineingegangen sind. Ich frage Sie heute im offenen Hause, was haben Sie für die Bergarbeiter unternommen und gemacht? (Hornik: „Arbeiterkreuzer hat er gestohlen!“ — Ruf von sozialdemokratischer Seite: „Gemeiner Kerl!“) Das ist die Frucht Ihrer gemeinen Parteipolitik. (Pfortner: „Verbrecher!“ — Jira: „Sie sind ein Zuchthauskandidat!“ — Hornik: „Das wäre eine Beleidigung für das Zuchthaus, wenn solche Kerle hineinkämen, wie Sie. Für Sie ist jeder Strick und jedes Zuchthaus zu gut!“ — Gföller: „Halten Sie den Mund, Sie Haderlump!“ — Hornik: „Eine Beleidigung für das Zuchthaus, wenn solche Kerle hineinkommen!“ — Regner: „Ich weiße Ihnen nach, was Sie für ein Lump sind! Sie haben etwas zu reden! Sind Sie froh, wenn Sie niemand anschaut!“ — Muchitsch: „Solche Ausdrücke muß man hier anhören!“ — Präsident (das Glockenzeichen gebend): „Herr Hornik, Sie haben nicht das Wort.“ — Zwischenruf Mahner. — Hornik: „Sie sind ein fiescher Vogel! Boselig! Genossenvertreter!“ — Jira: „Mandelst!“ — Hornik: „Boselig!“ — Präsident (das Glockenzeichen gebend): „Ich bitte, keine Zwiegespräche. Herr Hornik, Sie haben nicht das Wort!“ — Hornik: „Der Herr Mahner auch nicht!“ Gerade die Vertreter der freien Gewerkschaft haben es notwendig, sich überhaupt zu diesem Punkte zum Worte zu melden. Die größte Demagogie treiben Sie, wenn Sie heute den Herrn Landeshauptmann

auffordern, mit einer Deputation nach Wien zu gehen, obwohl Sie genau wissen, daß dabei nichts herauskommt. Eine solche Demagogie! Aber das eine muß ich sagen, wir stimmen Ihrem Antrage zu. (Zwischenrufe von sozialdemokratischer Seite.) Warten Sie, meine Herren! (Hornik: „Rot-schwarze Koalition. Fesch!“) Sie bringen einen Resolutionsantrag, obwohl Sie wissen, daß Sie damit nichts unternehmen können. Sie sind so demagogisch, daß Sie heute in diesem hohen Hause eine Deputation beantragen, wo Sie wohl als Bergarbeitersekretär am besten wissen werden, daß Hunderte von Deputationen schon nach Wien geführt wurden, nicht nur aus dem Stande der Bergarbeiter, sondern auch aus dem Stande der Gewerbetreibenden, der Bürger und Bauern, aus der Wirtschaft heraus, die in Wien vorgesprochen haben, und bis heute diese Regierung nicht imstande gewesen ist (Opershall: „Unter Führung der Alpine für die Arbeitslosen!“), irgend welche wirtschaftliche Rücksicht zu nehmen. Sie haben gar keinen Grund, uns Demagogie vorzuwerfen. Als Sie stark und fest in den Bergbauen drinnen gestanden sind als Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre, da haben Sie ganz anders gehandelt, da haben Sie sich für Betriebsratsitzungen als Gewerkschaftssekretäre für eine Fahrt von Johnsdorf nach Leoben, wie Greiner, ruhig mit 24 S bezahlen lassen. Das ist Demagogie. Wir Idealisten, wir Sozialdemokraten, wir sorgen für die armen Teufel in den Betrieben und hinten sitzen Sie dann mit Beutegier auf den Arbeitergroßen, um sich fett zu fressen. Meine Herren, daß Ihnen die Arbeiterschaft endlich den Rücken kehrt, ist eine Arbeit von langen Jahren gewesen, weil sie endlich zur Einsicht gekommen ist, daß Ihr Herren der freien Gewerkschaft mit jenen Mitteln seit Jahren arbeitet, daß es zum Zusammenbruch einerseits der Wirtschaft und zum Zusammenbruch der ganzen sozialen Gesetzgebung gekommen ist. Stück für Stück, Ihr Herren Gewerkschaftssekretäre der freien Gewerkschaft, haben Sie nachgegeben. (Zwischenrufe von sozialdemokratischer Seite.) Ich weiß es von Ihren Genossen im Köflacher Revier. Sie haben zugestimmt, wenn die Alpine etwas verlangt hat, und heute wollen Sie uns Demagogie vorwerfen. Sie haben nicht das Recht, Herr Abg. Elser, uns Demagogie vorzuwerfen. Schauen Sie hinaus. Auf der einen Seite, als das Parlament bestanden hat, hat einer Ihrer Abgeordneten gewettert gegen den inländischen Bergbau, man kann den Konsumenten nicht zwingen, inländische Kohle zu nehmen. (Elser: „Das ist nicht wahr! Das Gegenteil ist richtig!“) Gerade aus Ihren Kreisen ist aber andererseits eine Deputation nach der anderen von Seiten der Betriebsräte nach Wien geführt worden, um die Einfuhrsperrre zu erreichen. In den Betrieben wurde gesagt, wir haben die Betriebsräte hinausgeschickt um das Kontingent der Einfuhr zu drosseln. Die Arbeiterschaft hat sich durchgerungen, die armen Teufel der Arbeitslosen, die Sie heute noch auf Grund Ihres Geschreies zwingen, hinter Ihnen zu stehen. Es wird aber die Zeit kommen, wo sie daran denken werden, daß Sie höher gehängt werden sollen und müssen und wo sie eindeutig dafür

reif werden, um zu verstehen, was mit ihnen bisher für ein Mißbrauch getrieben wurde.

Präsident: Es wurde mir mitgeteilt, daß im Laufe dieser aufgeregten Debatte gegenseitig von mehreren Seiten schwere Beschimpfungen und persönliche Beleidigungen gefallen sind. Im allgemeinen Geschrei habe ich diese Worte leider nicht vernehmen können. Ich sehe mich veranlaßt, allen jenen Herren, die sich hinreißen ließen, diese Beschimpfungen zu gebrauchen, den Ordnungsruf zu erteilen.

Die Rednerliste in dieser Angelegenheit ist erschöpft. Ich bringe zur Abstimmung den Resolutionsantrag **M a z n e r** (liest):

„Der Herr Landeshauptmann wird ersucht, mit einer Deputation in den zuständigen Ministerien dafür zu sorgen, daß die Einreihung in die Gruppe A für jene Orte aufrecht erhalten bleibt, welche ausgesprochenen industriellen Charakter haben, damit die verzweifelte Notlage der Arbeitslosen nicht durch eine neuerliche schwere Schädigung ihrer ärmlichen Existenz verschärft wird.“

(Der Resolutionsantrag wird einstimmig angenommen.)

Ich erteile nunmehr zur Begründung der zweiten dringlichen Anfrage dem Herrn Abg. **Hornik** das Wort. Redezeit 20 Minuten.

Hornik: Hoher Landtag! Schon der Herr Abg. Dr. **Hübler** hat bei Begründung seiner dringlichen Anfrage einige historische Tatsachen festgestellt, die in der Gegenwart scheinbar immer und immer wieder vergessen werden. Ich möchte ergänzend das hohe Haus daran erinnern, daß sich vor ungefähr 20 Jahren in Ischl eine historische Tatsache abgespielt hat, damals, als zu dem greisen Kaiser des alten österreichischen Kaiserreiches das Staatsoberhaupt eines Weltreiches gekommen ist und ihm den eindeutigen Antrag gestellt hat, daß Österreich aus dem Dreibund austreten und sich in die Kette der Deutschland umschließenden Deutschlandgegner einreihen möge. Ich erinnere daran, daß der greise Kaiser damals die Bundestreue dem Deutschen Reiche gehalten hat, vielleicht zum Nachteile seiner Dynastie. Wenn ich weiter die geschichtlichen Ereignisse Revue passieren lasse und den Thronfolgermord in Sarajevo mir vor Augen halte und an das von Serbien abgelehnte Ultimatum und die Kriegserklärung Österreichs an Serbien erinnere, so wundert es mich, daß die Herren Funktionäre der jetzigen Bundesregierung diese geschichtlichen Tatsachen in das Gegenteil fälschen und erklären, Deutschland habe im Weltkrieg die erste Kriegserklärung abgegeben und Österreich sei schirmend oder schützend an Deutschlands Seite getreten. (**Gudenus:** „Für Deutschland ist der Krieg geführt worden!“) Wahrscheinlich wird auch nach Ihrer Meinung wegen Deutschland der Thronfolgermord in Sarajevo erfolgt sein, Herr Kollege!

Ich erinnere weiter daran — schon Herr Landesrat Dr. **Hübler** hat das ausgeführt —, daß in der konstituierenden und provisorischen Nationalversammlung ein einstimmiger Parteienbeschluß für den Anschluß an Deutschland gefaßt worden ist und daß alle

Parteien, die diesen Beschluß damals gefaßt haben, eindeutig in ihrem Parteiprogramm den Anschluß an Deutschland festgehalten haben. Wenn heute einige Parteien von diesem programmatischen Punkte abzurücken, so beweisen sie damit nur, daß sie Anschlußfreunde auf Kündigung sind, daß sie im Reiche des Anschlusses nur Alstermieter gewesen sind. (**Gudenus:** „Damals war kein Hitler!“) Also, Herr Abg. **Gudenus**, es hätte Ihnen nichts gemacht, sich unter einen sozialdemokratischen Präsidenten **Ebert**, unter eine sozialdemokratische Regierung, es hätte Ihnen nichts gemacht, sich in ein bolschewistisches Deutschland einzufügen! Sie beweisen damit, welcher Gesinnung Sie sind, und es ist für uns überaus wertvoll, daß wir das von Ihnen gehört haben, daß jetzt auch von einem Vertreter der christlichsozialen Partei festgestellt ist, daß es nur Hitler ist, daß es nur das von ihm durchgeführte Ausmerzen des bisherigen Systems ist, das unser ganzes Volk, Deutschland sowohl als auch Österreich, in Grund und Boden, in Elend und Not gewirtschaftet hat, daß es nur das Ausmerzen dieses Systems ist, was Ihre Gegnerschaft hervorbringt. Ich danke Ihnen herzlich dafür und freue mich, daß Sie sich damit auch sehr eindeutig gegen die Meinung und Überzeugung Ihres einstigen Führers und vielleicht auch größten Staatsmannes Dr. **Seipel** gestellt haben, der nicht nur einmal eindeutig erklärt hat, daß jede Lösung der österreichischen Frage nur mit Deutschland, aber keine ohne Deutschland denkbar sei. (**Mikola:** „Aber niemals unter Aufgeben der Selbstständigkeit Österreichs!“) Über die Selbstständigkeit Österreichs werden wir uns gleich unterhalten. einen Augenblick Geduld Frau Abgeordnete. Ich erinnere daran — und es klingt wie ein Märchen, wie ein schönes Märchen —, es war auch einmal ein österreichisch-deutscher Volksbund, in dem Christlichsoziale und Sozialdemokraten die führenden Stellen eingenommen haben. Ich habe schon vor einiger Zeit in diesem Hause meiner ernstlichen Besorgnis über die Ehrlichkeit des Anschlußwillens gewisser Herren Ausdruck gegeben, damals nämlich, als der Präsident dieses österreichisch-deutschen Volksbundes, der Reichstagspräsident **Löbe**, der von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestellt war, diesen Vorsitz niedergelegt hat. Ja, das war einmal, und jetzt wird jeder, der den Anschluß propagiert, der sich zum Anschluß an Deutschland bekennt, als Hochverräter und Vaterlandsverräter hingestellt und gestempelt und eingekerkert, als Hochverräter und Vaterlandsverräter der öffentlichen Verachtung preisgegeben; aber nicht nur das, sondern er wird auch noch mit ganz anderen Mitteln angegangen. Warum verfolgt man denn gerade die zwei Gruppen, den steirischen, deutschösterreichischen Heimatschutz und die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, warum sind es denn gerade die, denen man heute krassen Hochverrat, Staatsfeindlichkeit und Staatsgefährlichkeit Österreichs gegenüber nachsagt? Ich erinnere daran, daß es noch gar nicht lange her ist, daß auch der jetzige Regierungschef Dr. **Dollfuß** offen zugegeben hat, daß er mit diesen Hochverrättern und Vaterlandsverrättern in Verhandlungen stand, um sie eventuell in die Regierung auf-

zunehmen. (Hansmann: „Umgekehrt war es der Fall!“) Erkundigen Sie sich nur bei Ihrem Kanzler Dr. Dollfuß, es war nicht die Staatsgefährlichkeit und der Hochverrat schuld daran, sondern es waren nur die dem Herrn Dr. Dollfuß zu hoch erscheinenden Forderungen der Nationalsozialistischen Partei, die ihn bewogen haben, diese Verhandlungen abubrechen. Es hat sich lediglich nur mehr um die Zahl der Ministeritze und um das Eintreten verfassungsmäßiger Zustände damals gehandelt. Damals, also vor zwei bis drei Monaten, obwohl damals Hitler schon in Deutschland Ordnung gemacht hatte, obwohl die Programme des steirischen Heimatschutzes und der Nationalsozialistischen Partei seit Jahr und Tag unserer gesamten Bevölkerung und der Regierung bekannt waren und sich nicht geändert hatten, damals war diese unsere parteiprogrammatische Einstellung nicht zu schlecht, war kein Hindernis, die Nationalsozialisten zur Regierungsbildung heranzuziehen. Es hätte nur die Zustimmung gebraucht, lassen wir die verfassungswidrigen Zustände noch ein halbes oder ein ganzes Jahr ruhig hingehen und die Nationalsozialisten wären in der Regierung darin gewesen. (Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Dr. Enger: „Na, so war es doch nicht ganz und daher hat dann ihre staatsfeindliche Aktion eingesezt!“)

Ich komme jetzt natürlich zu der Staatsfeindlichkeit und Staatsgefährlichkeit der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und des steirischen Heimatschutzes. Worin besteht diese Staatsgefährlichkeit des steirischen Heimatschutzes, was hat dieser steirische Heimatschutz Staatsgefährliches und Vaterlandsverräterisches gemacht? (Leichin: „Den 13. September!“) Darauf habe ich gewartet. (Heiterkeit.) Ich kann ruhig sagen, wenn die sozialdemokratische Partei Österreichs jemals eine derartig vaterländische Tat zu sehen vermöchte, dann würde ich jede Hochachtung für sie haben und ihr zubilligen, daß sie auch für das Volk ein Interesse hat. Aber was die Sozialdemokraten für das Volk bis heute gemacht haben, das besteht darin, daß sie dieses Volk systematisch in Not und Elend heruntergewirtschaftet haben. Wir haben, um die Selbstständigkeit dieses Staates zu erhalten, von unserem Entstehen und vom Anfang unserer öffentlichen Tätigkeit an alles eingesezt. (Praßl: „Und dann aufgegeben!“) O nein, nur Ihr seid davongerannt. Wir lehnen es ab, für eine Selbstständigkeit Österreichs zu kämpfen und einzutreten, die darin besteht, daß Österreich immer nur das tun darf und alles jenes lassen muß, was Frankreich, Italien, die Tschechoslowakei oder Ungarn befiehlt oder anordnet. Ich glaube, der Beweis, den Herr Dr. Hübler gebracht hat über die Beziehungen der französischen Regierung, über die Beziehungen der französischen Exponenten zur österreichischen Publizistik, die jetzt für die Selbstständigkeit Österreichs kämpft, ist eindeutig genug. Wenn Sie sich von diesem Chok je erholen können, dann müssen Sie eiserne Nerven haben. Wir lehnen es ab, für eine Selbstständigkeit Österreichs einzutreten, die darin besteht, daß wir uns dem Diktate internationaler Bankjuden beugen, und weil uns dieses Diktat unerträglich ist, deswegen sind wir weit größere und ernster zu

nehmende Vaterlandsverteidiger in einem Sinn, der so manchen, die jetzt den österreichischen Menschen erzeugen und kreieren wollen, überhaupt nicht begreifbar ist. Man hat in den letzten Tagen über 2000 völkische Männer eingesperrt, man hat sie deswegen eingesperrt, weil man angeblich in den letzten Tagen und Wochen durch verschiedene Ereignisse die Beweise für ihre Staatsgefährlichkeit bekommen haben soll. Will man da etwa auf die Attentate anspielen, die in den letzten Tagen in Wien, Innsbruck usw. geschehen sind? Wir erklären hier ganz öffentlich, daß wir derartige Mittel, Attentate und Anschläge verurteilen und zurückweisen. (Meyzner: „Sehr richtig!“) Wir erklären, daß wir unser Ziel im offenen Kampf als deutsche Männer erreichen wollen, aber mit zivilisierten und nicht mit hinterhältigen Mitteln. (Mazner: „Siehe Hitler in Deutschland! Erinnern Sie sich an den Reichstagsbrand!“) Ich erinnere Sie an den 15. Juli 1927. Jetzt tut Ihnen das wehe, was Sie damals geleistet haben. Sie sind auch einer derjenigen, die mit den infamsten Mitteln dazu beitragen, die Menschen dem wirtschaftlichen Niedergang und Tod zuzuführen, damit sie sich dann selbst noch den leiblichen Tod geben müssen. (Zwischenruf Leichin.) Herr Abg. Leichin, Ihr Grinsen beweist, daß Sie einer der Oberführer dieser Clique sind. Und wenn Sie uns noch einen weiteren Beweis Ihrer Zugehörigkeit zur österreichischen Front geben wollen, so werden wir auch das noch anhören. (Zwischenrufe der Sozialdemokraten.) Daß Sie derartige Fragen mit einer solchen Frivolität behandeln, die eben Ihnen eigen ist, ist kennzeichnend für Ihre Einstellung. — Man hat diese Attentate, obwohl noch gar nichts bewiesen wurde, obwohl die Untersuchung noch läuft, obwohl die Täterschaft von der Polizei noch nicht einmal in der Form einer gewöhnlichen Verlautbarung angedeutet wurde, bereits in der Presse Ihrerseits auf das niederträchtigste ausgenützt, um die Nationalsozialisten und den steirischen Heimatschutz zu verdächtigen. Man hat von langer Hand her vorbereitet, daß man alles das, was sich zum Volk bekennt und nicht für die Bankjuden und für das Raubrittertum eintritt, als Freiwild behandelt. Man hat den Beamten einen Eid abgepreßt unter der Drohung der Broflosmachung. Aber wie sieht es denn eigentlich mit diesem angemessenen Rechten der Regierung aus? Man erfährt auf einmal, daß ein Fakultätsgutachten der Wiener juristischen Fakultät die ganze Tätigkeit der Wiener Regierung als verfassungswidrig bezeichnet hat und daß sich diesem Fakultätsgutachten der Wiener Fakultät auch die Rechtsfakultäten der Grazer und Innsbrucker Universität angeschlossen haben. Das ist interessant. (Leichin: „Sie sind doch nicht gleichgeschaltet!“ — Heiterkeit.) Sie sind aber von selbst und unabhängig voneinander zu dem gleichen Resultat gekommen. Um diesen neuen österreichischen Menschen zu schaffen und emporzubringen, wendet man verschiedene Mittel an, negativ und positiv wirkend. Man erläßt Aufmarschverbote mit Ausnahmen, man erläßt Uniformverbote mit Ausnahmen, Versammlungsverbote mit Ausnahmen und man erläßt natürlich noch ein Verbot der Zugehörigkeit der Staatsbeamten

zum steirischen Heimatschutz und zur Nationalsozialistischen Partei. Man geht sogar soweit, wie das heutige Abendblatt meldet, den Ruheständlern ebenfalls zu verbieten, dem steirischen Heimatschutz und der Nationalsozialistischen Partei anzugehören, als ob die Ruheständler ihre Pensionen nicht zum größten Teil selbst bezahlt hätten. Das würde natürlich die Machthaber auch nicht genieren, die von den Pensionisten selbst eingezahlten Beiträge nur deswegen den Leuten zu rauben, weil sie anderer Gesinnung sind, als man sie oben gerne sehen möchte. (Mahnert: „Er hat gar kein Recht so zu reden, dieser Mann!“) Die positiven Mittel, um diesen österreichischen Menschen zu schaffen, sind einmal die Deutschmeisterkapellen. Da war früher im hohen Hause eine große Aufregung. Das sind ja nur als Deutschmeister angezogene Musiker ganz verschiedener Herkunft. (Hansmann: „Böhmische!“) Jawohl! Es gibt ausgezeichnete böhmische Musikanten dabei, die sehr schlecht deutsch kennen, das ist eine Tatsache. Sie spielen zweifellos gut und vielleicht besser, als mancher Wiener Schurl spielen kann. Die schickt man hinaus ins Land. Aber glauben Sie, daß die Bevölkerung wirklich mit Hurra und Freude eine derartige Parteipropaganda sieht? Da gehen Sie einmal unter die Leute und fragen Sie sie. Es mußten in einer Stadt sogar Schutzbündler mit dem roten Taschentüchel, es war in Bruck, ausrücken, um die Deutschmeisterkapelle vor den Liebenswürdigkeiten der andern Bevölkerungskreise zu schützen. Ein weiteres positives Mittel sind die Radioreden. Man schaltet sich mit dem Reiche gleich, nur mit dem einen Unterschied, daß der Inhalt etwas merkwürdig klingt. Ich finde es merkwürdig, daß man die Überzeugungskraft dieser neuen vaterländischen Propaganda so hoch einschätzt, daß der Herr Parteiboss und Heeresminister Vaugoin das Standgericht als Besserungsmittel in Anspruch nehmen will. (Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe. Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte, sofort zu schließen.

Hornik (fortfahrend): Ich weise darauf hin, daß man mit Wandzeitungen, auf denen gegen das Antiterrorgesetz zum Boykott aller Andersgesinnter aufgefördert wird, wenig ausrichten wird, daß das keine Mittel sind, mit denen man die vaterländische Front schafft. Wenden Sie nur diese Lehrmittel weiter an. Hinein in die vaterländische Front, diese Parteitarnung, der Tagtag wird kommen.

Wir haben wegen aller dieser Tatsachen an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage gerichtet (liest):

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit

1. seinen Einfluß bei der Bundesregierung dahin geltend zu machen, daß grundlose oder nicht entsprechend begründete Verfolgungen und Verhaftungen, besonders von Personen, die nicht den Regierungsparteien angehören, sogleich rückgängig gemacht werden und in Zukunft unterbleiben, zumal, wenn sie aus parteipolitischen Gründen erfolgt sind;

2. zu veranlassen, daß die einer Parteipropaganda dienenden Wandzeitungen, die in Wirklichkeit nicht dem Staatsgedanken, sondern einer einseitigen

Parteipolitik dienen, sofort von den Landesgebäuden und aus den Schulen entfernt werden;

3. daß bewußte Provokationen durch Mißbrauch historischer Musikkapellen zum Zwecke der Parteipropaganda hintangehalten werden;

4. dafür Sorge zu tragen, daß wegen geringfügiger Verletzungen der öffentlichen Ruhe, ja oft nur wegen vermuteter Unwillensbezeugung gegen derlei Propaganda nicht Arrest, schon gar nicht 14 Tage Arrest, verhängt werden;

5. für eine Beruhigung der öffentlichen Meinung zu sorgen, die durch die fortgesetzten Drohungen des Heeresministers Vaugoin in besondere Beunruhigung versetzt wurde.“

Präsident: Zur Beantwortung der beiden dringlichen Anfragen erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelen das Wort.

Dr. Rintelen: Ich habe anlässlich der Interpellation wegen der Verhaftungen, die mir schon heute früh beziehungsweise gestern ein Abgeordneter mündlich vorgebracht hat, da es sich um eine Angelegenheit der mittelbaren Bundesverwaltung handelt, mich telefonisch mit dem Sicherheitsminister Fey in Verbindung gesetzt und teilte mir dieser nachstehendes mit: Bei den Hausdurchsuchungen wurde Material gefunden, das durch mündliche Aussagen ergänzt wurde, aus denen entnommen werden mußte, daß die verschiedenen Attentate und sonstigen Delikte, die in der letzten Zeit verübt wurden, Teile einer Gesamtkaktion gegen Regierung, Staat sowie gegen die Gesetze gewesen sind. (Peininger: „Hört!“) Der Umstand, daß bei diesen Attentaten auch Menschen schwer gefährdet beziehungsweise getötet wurden, veranlaßte die Regierung, nicht nur die unmittelbar mit den Attentaten nachweisbar im Zusammenhang stehenden Personen zu verhaften, sondern darüber hinaus auch einen weiteren Kreis von Personen festzuhalten, um die Tatbestände sicherzustellen beziehungsweise weitere Attentate zu verhindern.

Ich gehe gleichzeitig auf die übrigen Rekriminationen über, welche die Herren Interpellanten vorgebracht haben. Es wird die Frage der Bestrafung in Erörterung gezogen. Ich möchte da auf die Ereignisse der letzten Wochen hinweisen. Wenn man die Ereignisse hernimmt, wie sie tage-, fast wochenlang am Ring in Graz geherrscht haben, mußte man zur Erkenntnis kommen, daß diese Ereignisse nicht mehr eine geringfügige Verletzung der Ruhe und Ordnung waren, sondern das Bild der Stadt Graz in ein höchst ungünstiges Licht gerückt haben und geeignet waren, das Wirtschafts- und das Kulturleben zu gefährden, so daß der Zugang zum Theater kaum möglich war. Wir stehen an der Eingangspforte der Fremdenverkehrssaison. Auch in dieser Richtung besteht eine besondere Gefahr. Die Behörde hat sich in dieser Sache nicht anders helfen können, als durch energisches Eingreifen und durch Verhängung sofortiger Arreststrafen. Wenn diese Ereignisse aufhören, wird selbstverständlich auch die Praxis der Behörde eine Milderung erfahren.

Wenn von den Wandzeitungen gesprochen wird, muß ich es zurückweisen, wenn diesbezüglich Angriffe gegen die Polizeibehörde und Regierung erhoben

werden. Man darf nicht die Frage des sträflichen Insults allein in Betracht ziehen, sondern muß auf den Tatbestand zurückgehen, aus welchem sich die Strafsache als Reaktion darstellt. Das sind insbesondere die Unruhen und die schweren Angriffe, die erfolgt sind. Wenn führende Persönlichkeiten der Regierung, deren Autorität die Voraussetzung der Aufrechterhaltung für Ruhe und Ordnung im Staate ist, mit derartigen Schimpfworten, wie sie leider vielfach eingerissen sind, belegt werden, muß die Staatsgewalt hergehen und die verletzte Ruhe und Ordnung und auch die verletzte Autorität wieder herstellen. Es wird von Wandzeitungen gesprochen. Was diese anbelangt, so bemerke ich, daß ich nicht in der Lage bin, eine Verfügung zu erlassen, welche die Wandzeitungen von den öffentlichen Gebäuden beseitigt. Was die Wandzeitungen als solche anbelangt, so haben sie nicht den Zweck einer parteipolitischen Agitation, weil vaterländisches Empfinden nicht identisch ist mit parteipolitischer Agitation. Dazu kommt noch, was die rechtliche Seite anbelangt, daß die Gebäudeverwaltung in der Lage wäre, rein privatrechtlich Dispositionen zu treffen. Hier handelt es sich, nachdem die Wandzeitungen von öffentlichen Organen ausgehen, um einen öffentlich-rechtlichen Akt und dieser prävaliert gegenüber Verfügungen rein privatrechtlicher Natur. Ich möchte dabei insbesondere auf die Frage der Presse eingehen und möchte zu dieser Interpellation bemerken, daß ich zu verschiedenen Bemerkungen, die bezüglich einzelner Blätter gemacht wurden, nicht Stellung nehmen kann, denn die steiermärkische Landesregierung ist nicht kompetent dazu, zu Wiener Presseerzeugnissen Stellung zu nehmen. Das fällt nicht in ihre Kompetenz, so daß bezüglich der Forderung der Einstellung der Blätter nach der gegenwärtigen Gesetzgebung die Einstellung nicht verfügt werden kann.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auch auf die Frage der Musikkapelle zurückkommen, weil verschiedene Angriffe erhoben worden sind und weil ein Teil der Strafverfügungen im Zusammenhang damit erfolgt sind. Ich muß es zurückweisen, daß die Regierung damit parteipolitische Propaganda betreibt. Der äußere Tatbestand gibt keinen Anlaß zu dieser Annahme. Ich muß auch hier wieder darauf hinweisen, daß parteipolitische Propaganda nicht identisch ist mit dem Bestreben, gewisse historische, vaterländische Empfindungen auszulösen, Erinnerungen an jene Truppenkörper hervorzurufen, denen wir zu großem Danke verpflichtet sind. Auch der Herr Interpellant hat wiederholt in seinen Ausführungen uns historische Reminiszenzen vorgeführt, und ich möchte daher sagen, diese Musikkapelle soll die Erinnerung an alte Truppenkörper, die uns aus dem alten Österreich historisch und lieb sind, hervorrufen, und ich bedaure sehr diese Vorfälle, die sich beim Spielen dieser Kapelle ereignet haben, da sie vollständig unbegründet und geeignet waren, die historischen Empfindungen des größten Teiles der Bevölkerung schwer zu verletzen, so daß dem unbedingt entgegengetreten werden mußte.

Ich möchte aber auch auf andere Bemerkungen zurückkommen, die im Laufe der Debatte gefallen sind.

Es ist gegen die Goldklauselverordnung gesprochen worden. Diese Goldklauselverordnung ist nicht die Quelle, wenn der eine oder andere Schuldner einer Pfandbriefanstalt zahlen muß, nicht die Ursache, daß er in Gold zahlen muß. Nicht die Goldklauselverordnung ist daran schuld, sondern daß er freiwillig den diesbezüglichen Schuldschein unterschrieben hat. (Hartleb: „Das braucht der Herr Landesrat Meyßner nicht zu wissen. Er versteht es auch nicht!“ — Meyßner: „Da muß ich zu Ihnen kommen!“ — Hartleb: „Es gibt sehr wenig Gebiete, von denen Sie etwas verstehen!“ — Meyßner: „Sie verstehen von den Gebieten nicht viel, die Ihnen ureigentlich sind. Siehe Zentralmolkerei!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Herrn Landeshauptmann reden zu lassen.

Dr. Rintelen (fortfahrend): Dann kamen die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes, die die Unterschrift zur vollen Auswirkung gebracht haben in einer Weise, die den Schuldner schwer getroffen hat, und diese Goldklauselverordnung der Regierung hat bezweckt, die Wirkungen des Obersten Gerichtshofes einzuschränken (Hartleb: „Das braucht er auch nicht zu wissen. Der Oberste Gerichtshof existiert ja für Meyßner nicht!“), und zwar wesentlich einzuschränken, und für den Schuldner Übergangsbestimmungen zu machen. Ich betone nochmals, daß es nicht die Goldklauselverordnung war, sondern die feinerzeitige Unterschrift des Schuldners und die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, die gegenüber der Goldklauselverordnung eine wesentliche Milderung für den Schuldner bringt. (Hartleb: „Er weiß überhaupt nichts. Das Maul macht er so weit auf, sperrangelweit, wissen tut er gar nichts!“)

Was die Maßnahmen der Regierung in bezug auf die Kredit- und Zinsenfrage anbelangt, so bemerke ich, daß die Regierung eine Reihe von Normen getroffen hat, die die erste Voraussetzung dafür bilden, daß mit den Vorschriften über die Zinsbildung hinsichtlich der Schulden gegen die Sparkassen vorgegangen werden kann, denn wenn man diesbezüglich Maßnahmen trifft, so muß man zuerst diesen Instituten dazu die Möglichkeit geben, indem man Grundsätze für den Einlagenzinsfuß schafft. Da ist es eine der wichtigsten Normen dieser Verordnung, das bestimmt wurde, daß geheime Verabredungen mit den Einlegern bezüglich eines begünstigten Zinsfußes verboten werden. Das Geldinstitut zahlt zum Beispiel 4 Prozent und haben die kleinen Leute auch 4 Prozent bekommen. Nun kommt ein Mann mit einer Einlage von einigen 100.000 Schilling, der sagt, daß er das Geld nur dann einlegen werde, wenn er 6 Prozent bekommt. Es ist klar, daß jedes Geldinstitut trachtet, in dieser geldknappen Zeit möglichst viel Geld flüssig zu haben, und so wurden für solche große Einlagen durch besondere Vereinbarungen 6 Prozent gezahlt und daher ist es zu einem so hohen Zinsfuß gekommen. Es ist begreiflich, daß die Sparkassen, solange solche Vereinbarungen bestanden haben, mit dem Zinsfuß nicht herabgehen konnten. Man hat sich daher bemüht, diesem Zustande abzuhelpen durch eine Reihe von Normen, die nun

von den Herren Interpellanten beanstandet worden sind, die aber den primären Zweck verfolgen, die Kreditdeckung zu erleichtern. Das alles sind die Voraussetzungen gewesen und jetzt erst kann die Regierung darangehen, unter Umständen Bestimmungen zu treffen, die eventuell Beschränkungen in bezug auf den Einlagenzinsfuß aussprechen.

Es ist auch ein sehr wichtiges Gesetz herausgekommen, das ist die Norm über den Kreditwucher, das sich nicht in bestimmten Prozentsätzen ergibt, sondern relativ gefaßt ist. Das war heute schon möglich, das hat die Regierung veranlaßt und ist deshalb von Bedeutung, weil es eine rückwirkende Kraft hat.

Wenn ich meine Ausführungen nun beende, so halte ich mich am Schlusse für verpflichtet, die verschiedenen Angriffe und Vorwürfe, die gegen die Regierung oder einzelne Mitglieder derselben gefallen sind, zurückzuweisen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Kammerhofer: Ich stelle den Antrag auf Eröffnung der Wechselrede.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Menzner: Wir haben die ziemlich langen Ausführungen gehört, das Für und Wider dieser Parteipropaganda, die wohl heute der Urgrund der Unruhen ist. Wir können überall feststellen, daß, seitdem diese Parteipropaganda in so scharfer Weise durchgeführt wird, überall ganz besondere Sicherheitsmaßnahmen notwendig sind und damit alle diese Propagandamittel, soweit sie der Öffentlichkeit greifbar erscheinen, ganz besonders geschützt werden müssen. Man ersieht daraus ganz klar, wie gewaltig der Unmut gegen diese Parteipropaganda ist.

Man hat behauptet, daß man jetzt plötzlich zirka 2500 Leute deshalb hinter Schloß und Riegel gesetzt hat, weil Gerüchte vorliegen, daß sie strafbare Handlungen begangen hätten. Wo anders lagen aber auch Gerüchte vor, und zwar noch viel genauere. Erst vor zwei Wochen hat man in das Auto des Gauleiters der Nationalsozialistischen Partei, **Hofner**, hineingeschossen, man hat noch die Geschosspuren gefunden, und hat nur die eine Antwort gehabt, daß einem Heimatschützer oder Hilfspolizisten ein Schuß losgegangen sei, daß er nur ein Schreckschuß war. Da hat man keine Maßnahmen getroffen, obwohl man es begrüßt hätte, wenn man auch da diesen Leuten nachgeforscht und sie zur Verantwortung gezogen hätte. Denn wir sind, wie schon der Herr Abg. **Sornik** festgestellt hat, gegen solche Attentatspläne und gegen solche Dinge, die sich so auswirken. Aus dem sieht man, daß selbst bei solchen schweren Auswirkungen mit verschiedenem Maß gemessen wird, daß man die einen nicht verfolgt und auf sie losgeht, während man die anderen bei bloßen Gerüchten zu Hunderten und Tausenden hinter Schloß und Riegel setzt. Wenn man heute auch noch eine Prämie von 5000 S aussetzt, so muß ich sagen, daß das gerade kein Zeichen einer festen Herrschaft ist und daß man sich auf einer falschen Fährte befindet, die man da verfolgt. Ich mache da der Exekutive keinen Vorwurf. Als man einen Nationalsozialisten erstochen hat, hat

man den Täter sofort erwischt. Hier macht es mir schon den Eindruck, als ob man die Täter gar nicht erwischen wollte. Man darf sich nicht wundern, wenn dadurch die schwerste Beunruhigung in der Bevölkerung Platz greift, weil wir rechtlich chaotische Verhältnisse haben. Wenn man schon einen Putsch und einen Staatsstreich machen will, so soll man nicht die ganze Bevölkerung in Ungewißheit lassen und die Beamten einen Staatsseid leisten lassen, auf der einen Seite auf die Regierung und auf der anderen Seite auf das Recht, und darüber setzt man noch eine religiöse Klausel, was wir als Schändung der Menschen, der Religion und des Glaubens ansehen. Daß hier ein Verfassungsbruch vorliegt, haben wir von verschiedenen Seiten gehört. Warum sind die christlichsozialen Mitglieder aus dem Verfassungsgerichtshof davongelaufen? Warum haben alle drei juristischen Fakultäten das Gutachten abgegeben, daß die Notverordnungen verfassungswidrig sind? Warum hat man die Geschworenengerichte zurückgezogen? Alle diese Notverordnungen haben Gesetzwidrigkeiten gebracht. Alles das was heute auf Grund der Notverordnungen geschieht, ist schwerster Mißbrauch der Amtsgewalt, zu der man die Beamten anheißt und zwingt. Wir sehen aus diesem Ganzen, daß wir nicht so leicht zum Recht kommen werden, wenn oben nicht Einkehr herrscht. Aber wenn die Bundesregierung nicht darauf aus ist, die Rechtsverhältnisse in Ordnung zu bringen, so sind wird der Ansicht, daß sich die Länder selbst helfen müssen und daß der Herr Landeshauptmann in gewisser Hinsicht eingreifen könnte und wir ihn daher ersuchen und bitten, daß er endlich einmal in diese Dinge durch Vorsprache bei der Bundesregierung eine gewisse Ordnung bringt.

Wir möchten auch noch zu den Dingen, die der Herr Abg. **Sornik** vorgebracht hat, folgenden Antrag stellen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Mit Rücksicht darauf, daß die Wandzeitungen des Heimatsdienstes eine einseitige Propaganda darstellen, ist deren Anschlag oder Anbringung an Landesgebäuden und Landesschulen zu verbieten.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß Musikkapellen an öffentlichen Orten nur dort Verwendung finden, wo keine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Ruhe zu gewärtigen ist, somit auch keine besonderen Sicherheitsmaßnahmen veranlaßt werden müssen.

3. Das Präsidium des steiermärkischen Landtages wird beauftragt, der Bundesregierung bekanntzugeben, daß der steiermärkische Landtag die durch Seeresminister **Baugoin** erhobene Beschuldigung des Hochverrates gegen Beamte, Lehrer und Professoren nur deshalb, weil sie einer anderen Partei-richtung angehören, auf das schärfste als unbegründet zurückweist und verurteilt.“

Söllner: Hohes Haus! Es ist mir in 20 Minuten nicht möglich, ausreichend zu dem derzeitigen autoritären Kurs Stellung zu nehmen und unsere Auffassung darzulegen. Ich glaube auch, daß das nicht notwendig ist, weil wir das wiederholt besorgt haben und in der Öffentlichkeit wiederholt dazu Stellung genommen

haben und ohnedies noch Gelegenheit haben werden, mit dem sogenannten autoritären Kurs abzurechnen. Vielleicht ist aber etwas anderes notwendig. Es ist notwendig, zu unterstreichen, wer das Recht hat, sich über den gegenwärtigen autoritären Kurs zu beklagen und zu beschweren, und da möchte ich damit beginnen, daß ich diesen autoritären Kurs in Österreich bezeichnen möchte als eine schwächere Kopie dessen, was in Deutschland geschieht, und da muß ich sagen, daß der Heimatschutz am allerwenigsten das Recht hat, sich zu beklagen, weil er sich freiwillig der nationalen Herrschaft in Deutschland gleichgeschaltet hat, ob aus Angst vor dem kommenden Verlust der Mandate oder aus anderen Gründen, will ich nicht untersuchen.

Aber nun zu den einzelnen Angelegenheiten, vor allem zur Frage der Beamten. In dieser Frage steht es gerade den Kreisen des Professors Dr. Hübler und dem Heimatschutz, die gleichgeschaltet sind, am allerwenigsten zu, sich als Anwalt der öffentlichen Angestellten in Österreich aufzuwerfen. (Leichin: „Sehr richtig!“) Was geschieht unter der Führung Hitlers in Deutschland? Es war eine der ersten Handlungen dieses dritten Reiches die, daß Zehntausende von Beamten und Beamte in leitenden Stellungen nur deshalb entfernt wurden, weil sie das nationalsozialistische Parteibuch nicht gehabt haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unter der Führung Hitlers wurde im Wege eines Diktates am 8. April 1933 ein eigenes Beamtengesetz geschaffen, das unter anderem einen § 4 enthält, in dem die Bestimmung enthalten ist, daß Beamte, die keine Gewähr dafür bieten, daß sie rückhaltslos für den nationalsozialistischen Staat eintreten, entlassen werden können oder unter bestimmten Umständen entlassen werden müssen. Wenn man das Hitler-Regime nur in den paar Monaten gesehen hat, so weiß man, wie diese Stelle, „für den nationalsozialistischen Staat eintreten“, aufzufassen ist, das heißt, wer nicht nach der nationalsozialistischen Pfeife tanzt, der fliegt, der hat nichts mehr zu suchen im Staatsdienst in Deutschland. Ich möchte auch darauf verweisen, daß seitens dieser nationalsozialistischen Regierung in Deutschland Pläne bestehen, den Beamten die Gehaltsansätze um 40 Prozent zu kürzen. (Rottenmanner: „Was Ihr alles wißt!“ — Mägner: „Ist schon geschehen!“) Ich glaube also, daß diese Leute, die sich mit diesem Deutschland gleichgeschaltet haben, kein Recht haben, sich zum Anwalt der österreichischen Beamten zu machen.

Ich möchte auch zur Frage Italien, Frankreich etwas sagen. Es wird heute dem autoritären Kurs meiner Meinung nach mit Recht vorgeworfen, daß er vor allem zu sehr italienfreundlich ist. Wir stehen selbstverständlich auf dem Standpunkte, daß dieses Österreich in seiner heutigen Gestalt sich neutral erhalten soll, aber die Regierung Hitler, ihre Trabanten, ihre geistigen Nachläufer, haben kein Recht, der österreichischen Regierung einen derartigen Vorwurf zu machen, denn man sieht niemand mehr vor den Toren Bennisso Mussolinis Einlaß heischen, als die nationalsozialistischen Herren Minister von Deutschland, es vergeht fast keine Woche, in der nicht einer

der Herren nationalsozialistischen Minister in Deutschland per Flugzeug oder auf anderem Wege nach Italien fährt, um die Verbindung mit Rom immer wieder zu suchen und immer wieder um die Gunst des Herrn Mussolini zu betteln. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „So ist es!“) Ich möchte auch darauf verweisen, daß jene Gleichgeschalteten kein Recht haben, sich darüber zu beschweren, daß heute die autoritäre Regierung in Österreich den Anschluß an Deutschland scheut, daß mancherlei andere Kreise vom Anschlusse nichts wissen wollen. Denn kein anderer als ihr so gottbegnadeter Führer, der vorher einmal fast Feuer gespieen hat gegen Frankreich, gegen sämtliche Großmächte Europas, hat in der letzten Zeit auf Anraten seines Freundes Mussolini den Viermächtepakt unterschrieben, in dem vor allem festgelegt ist, daß zehn Jahre lang an den Grenzen Europas nicht gerüttelt werden darf (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Elser: „Früher wäre das Verrat gewesen, jetzt ist es eine nationale Tat, weil es Hitler macht!“), das heißt, daß der Versaillervertrag neuerdings freiwillig von Hitler bekräftigt worden ist, daß der Anschluß auf zehn Jahre verboten wurde. Wenn die Gleichgeschalteten sich darüber beklagen, daß unter dem autoritären Kurs in Österreich Unzukömmlichkeiten vorkommen und diese meiner Meinung nach mit Recht feststellen, dann haben aber eigentlich sie nicht dieses Recht, denn bei ihnen ist ja Brutalität politisches Prinzip. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Lesen Sie einmal die neue Bibel des dritten Reiches, lesen Sie einmal das Buch des Herrn Hitler, „Mein Kampf“, und Sie werden unter anderem folgende Stelle finden, zum Beispiel auf Seite 186 (liest): „Was aber mußte man nun tun?“ Dazu möchte ich aber noch sagen, daß dies einer abgeänderten Auflage des Buches entnommen ist, also einer schon gemilderten Fassung, und da heißt es (liest weiter): „Die Führer der ganzen Bewegung sofort hinter Schloß und Riegel setzen, ihnen den Prozeß machen und der Nation vom Hals schaffen.“ Was das heißt, haben wir leider mittlerweile erlebt. (Liest weiter): „Man mußte rückförslos die gesamten militärischen Machtmittel einsetzen zur Ausrottung dieser Pestilenz, die Parteien“ — mit Ausnahme der Nationalsozialisten natürlich — „waren aufzulösen, der Reichstag, wenn nötig, mit Bajonetten zur Vernunft zu bringen, am besten aber sofort aufzuheben.“ Auf Seite 189 der Auflage 1932 heißt es (liest): „Nur im Ringen zweier Weltanschauungen miteinander vermag die Waffe der brutalen Gewalt, beharrlich und rückförslos eingesetzt, die Entscheidung für die von ihr unterstützte Seite herbeizuföhren.“ Hitler ist aber mit seinen Methoden gegenüber dem Auslande gescheitert; aber umso konsequenter und rückförsloser wendet er diese Methoden im Innern an, in dem heute geeinigten Deutschland, gegenüber den eigenen Volksgenossen an, wenn sie anderer Parteimeinung sind, als es ihm behagt. Allerdings versuchen die Nationalsozialisten sich die Sache verdammt einfach zu machen, indem sie alles als Greuellegende darstellen, wenn im Auslande, wo die Presse noch nicht unterdrückt ist (Meyssner: „Erzählen Sie doch etwas von Auf-

land! Das ist viel gescheiter!"), darüber geschrieben wird, was in Deutschland heute vorgeht. In Deutschland gibt es nicht einmal eine zensurierte Presse, es gibt keine Konfiskationen mehr dort, man hat einfach die gegnerischen Parteizeitungen ausgerottet. (Meyßner: „Und in Rußland?“) Ist es zu verantworten, daß in Deutschland Duzende von Zeitungen gestohlen worden sind mit ihrem ganzen Vermögen (Meyßner: „Warum haben sie zugestimmt im Reichsrat? Da haben sie nicht geredet!“), das die sozialistische Arbeiterschaft aufgespeichert hat. Ist es kein Greuel, wenn man in Deutschland den ganzen Gewerkschaften in Form einer sogenannten Gleichschaltung die Gelder der deutschen Arbeiter gestohlen hat? Ist es vielleicht nicht Wahrheit, wenn man sagt, daß in Deutschland die Parteihäuser der Sozialdemokraten und der Kommunisten samt dem Vermögen dieser Parteien einfach gestohlen worden sind? (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Sehr richtig!“) Und ist es vielleicht auch nicht wahr, daß dieser große Bruder in Deutschland draußen aus Rache dafür, daß der autoritäre Kurs einmal mit sanften Pfoten auch die Nationalsozialisten berührt hat, eine Ausreisefare von 1000 Mark festgelegt hat, um so den deutschen Reiseverkehr nach Österreich zu unterbinden? Wollen Sie das auch Greuel nennen, dann haben Sie sicherlich recht. Es ist in der Geschichte Europas sicher bisher noch nicht dagewesen, daß ein großes, gleichsprachiges Bruderland mit solchen Mitteln der Brutalität einen politischen Druck auf den gleichsprachigen Nachbar ausüben wollte. (Ruf bei den Sozialdemokraten: „Eine Schande für das Deutschland!“) In 100.000 Exemplaren von Zündholzschachteln hat einmal die Südmarch oder der Deutsche Schulverein, aber jedenfalls ein nationaler Verein, den schönen Spruch verbreitet: „Den Brüdern im bedrohten Land, warnfühndendes Herz, hilfreiche Hand!“ Aber den Brüdern in Österreich, die heute von der Wirtschaftsnöte ernstlich bedroht sind, den Brüdern im bedrohten Land, die heute unter einem autoritären Kurs leiden, hat die Hitler-Regierung, die Regierung der nationalen Erhebung, noch in vielen Teilen des Landes den wirtschaftlichen Rest gegeben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte heute nicht davon reden, was alles im einzelnen in Deutschland geschehen ist. Wenn aber irgend ein Demonstrant in Österreich... (Pfortner: „Der Balbo und der Göring sind miteinander spazieren gegangen! Sie sind ja gemeinsam abgebildet!“) Mit dem italienischen Finanzminister vertragen Sie sich auch gut. Ich möchte nur daran erinnern, daß es sicherlich nicht Greuel genannt werden kann im Verhältnis zu dem, was in Deutschland geschieht, wenn in Österreich ein Demonstrant, was leider sehr oft in der letzten Zeit vorgekommen ist, mit Unrecht und gegen das Gesetz eingesperrt wird, wenn man aber einen Fall in Deutschland aufzuweisen hat, der nicht mehr abgeleugnet werden kann, weil der Vertreter Deutschlands selbst noch die Stirne hatte, den Fall zuzugeben, wie er war. Eine Frau Janowsky wurde nahezu zu Tode geprügelt, bis sie sich endlich bereit erklärte, das Lied „Deutschland über alles“ zu singen. Die Frau hat man dann aus der

S.-A.-Kaserne hinausgeworfen auf die Straße, wo sie von anderen Leuten aufgelesen wurde und nachher zugrunde ging. Und wenn dann auf die Frage eines Vertreters einer ausländischen Zeitung, ob dies wahr ist, die Antwort gegeben wird, „dieser Frau ist nur das geworden, was ihr gebührte“, dann hat man nicht mehr das Recht, sich über österreichische Verhältnisse zu beschweren. (Pfortner: „Das sind deutsche Männer!“ — Rufe beim Heimatblock: „Rußland!“) Rußland war in seinen schlimmsten Zeiten ein Paradies gegen das heutige Deutschland. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ein Land, das Zehntausende von politischen Gegnern nur deshalb in Konzentrationslagern sperrt (Meyßner: „Haben Sie von Sibirien nichts gehört!“), weil sie politische Gegner sind, weil sie anderer Ansicht über politische Fragen sind, selbst hinter elektrisch geladenen Stacheldraht setzt, hat nicht mehr das Recht, sich über Bedrückungen in anderen Ländern zu beklagen. (Hornik: „Jetzt sieht man die Verbindung!“) Es kommen heute Leute aus Deutschland, die mitteilen, daß nicht einmal die S.-A.-Leute mehr die Möglichkeit haben, nach eigenem Ermessen über ihre Person zu entscheiden, denn auch die S.-A.-Leute, die nicht einverstanden sind mit diesen Dingen der S. A. und aus der S. A. austreten wollen, kommen entweder in ein Konzentrationslager oder werden auf anderem Wege beiseite geschafft. Es wäre interessant für Österreich... (Meyßner: „Das sind Märchen!“ — Hornik: „Was bekommen Sie von den Juden für diese Propaganda?“ — Pfortner: „Frecher Kerl!“ — Hornik: „Ich habe Sie bisher immer für anständiger gehalten!“ — Pfortner: „Wir Sie nicht!“) Von Ihnen wundere ich diese Frage nicht, sie entspricht nur Ihrer politischen Einstellung. Sie können nichts anderes als fragen, zu einer Polemik reicht es nicht. Sie glauben, weil wir uns nicht gleichschalten lassen, sind die Dinge nicht wahr. Wenn Sie sich freiwillig einem solchen Deutschland unterordnen und kuschen, so ist das Ihre Angelegenheit, aber deshalb sind die Berichte der Neutralen, wenn ich so sagen darf, deshalb nicht weniger wahr, auch wenn man die politischen Gefangenen in den Konzentrationslagern zwingt, Bestätigungen zu unterschreiben, daß ihnen nichts geschehen ist, die dann den ausländischen Journalisten gezeigt werden. Ein Deutschland, in dem es zu solchen Methoden gekommen ist, hat nicht mehr das Recht, sich über die Bedrückung der Parteigenossen in anderen Ländern zu beklagen. Es ist leider nicht Greuelpropaganda, sondern leider wahr, daß heute in Deutschland viele Leute wegen politischer Gegnerschaft zu Tode ermordet worden sind (Widerspruch beim Heimatblock), ermordet worden sind, und dann hieß es in der Zeitung „auf der Flucht erschossen“ oder „einen Selbstmord verübt“, und die deutschen, gleichgeschalteten nationalsozialistischen Zeitungen haben selbst gelegentlich von der Wirklichkeit der Dinge verraten, und vor kurzem hat in einem Falle selbst eine nationalsozialistische Zeitung die Redewendung dabei gemacht...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist erschöpft.

Gsföller (fortfahrend): ... es liege „einwandfrei“ Selbstmord vor. Wenn die nationalsozialistischen Zeitungen selbst nicht annehmen, daß in anderen Fällen einwandfrei Selbstmord vorliegt, so läßt das tief blicken.

Ich werde mir aber im übrigen noch vorbehalten — ich habe das Recht, noch einmal zu sprechen — hierüber noch einiges zu erzählen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Jenz: Hoher Landtag! Es hat bisher in den Kreisen, denen die Herren Interpellanten angehören, immer als eine besonders glückliche und erfolgreiche Politik gegolten, wenn die Maßnahmen der deutschen Reichsregierung in Österreich ihre Wiederholung gefunden haben. Nun haben wir es in den letzten Zeiten erlebt, daß Maßnahmen der deutschen Reichsregierung, die etwas sonderbar angemutet haben, auch in Österreich eine teilweise Nachahmung gefunden haben. (**Meyßner**: „Als verfassungswidrig!“) Es haben die Herren Interpellanten sich darüber beschwert, daß in den letzten Tagen in Österreich etwa 2500 Verhaftungen vorgenommen und die inhaftierten Personen einer näheren Überprüfung unterzogen wurden. Es ist in der ganzen Welt bekannt, daß in Deutschland an 60.000 Personen interniert sind, sich in Konzentrationslagern befinden und daß über das Schicksal dieser Personen die Angehörigen durch Monate hindurch nicht das geringste erfahren und erfragen können. Es ist in der ganzen Welt bekannt, daß die Behandlung in diesen Konzentrationslagern grundverschieden ist von jener, welche die in Österreich Verhafteten erhalten, also, daß die Gleichschaltung nur eine teilweise ist. Es haben sich die Herren Interpellanten auch darüber beschwert, daß in Österreich eine Gesinnungsverfolgung stattfindet und von der Regierung eingeleitet worden wäre. Es ist in der ganzen Welt bekannt — und auch die deutsche Reichsregierung macht nicht das mindeste Geheimnis daraus —, daß es im Deutschen Reich überhaupt keine Gesinnungswahl mehr gibt und geben darf, daß die Gesinnung offiziell von der Regierung anbefohlen wird und daß Minister **Görring** einen Erlaß herausgegeben hat an die Beamten, daß die Gesinnung der Bevölkerung, aller Staatsbürger, genau zu überwachen und zu überprüfen ist, und daß schon dann einzuschreiten ist, wenn irgend ein Staatsbürger, nicht etwa eine gegenteilige Meinungsäußerung oder Gesinnung kundgibt, sondern wenn er es an Kundgebungen hinsichtlich seiner Zustimmung, an mangelnder Begeisterung usw., fehlen läßt. Es ist von Minister **Görring** ein wirklicher und förmlicher Schnüffelerlaß an die Beamten ergangen, demzufolge den Beamten aufgetragen wird, in der strengsten Weise die Gesinnung aller Staatsuntertanen zu überwachen und wo den Beamten bei etwaigen fahrlässigen Erhebungen Strafe angedroht wird, und wo bei Überschreitungen in diesen Verfahren von vornherein Straffreiheit zugesichert ist. (Rufe: „Hört!“ bei den Christlichsozialen. — **Praßl**: „Wo ist der Herr Abg. Dr. **Hübner** jetzt?“)

Ich muß mich darum verwundern, daß man wegen einiger gleichgearteter Maßnahmen in Österreich hier

im steirischen Landtage eine Interpellation einbringt. Man durfte nach der geistigen Einstellung der Interpellanten vielmehr erwarten, daß sie Beschwerde darüber führen, daß die österreichische Regierung in ihrer Nachahmung der deutschen Regierungsmaßnahmen nach der österreichischen Eigenart viel zu sanft, viel zu milde, viel zu vorsichtig und viel zu bedächtig vorgeht. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Diese Art der Interpellation hätte einen Sinn und wäre verständlich (Widerspruch beim Heimatblock), aber nach dem Gleichschaltungsverfahren und bei den gleichgearteten Bestrebungen der Herren Interpellanten ist sie ein Widersinn.

Es haben hier mehrere Herren die österreichische Regierung eines Verfassungsbruches beschuldigt, und diese Herren sind nun aufgetreten als Hüter der gegenwärtigen österreichischen Verfassung. Alle die Herren, die im steirischen Landtage heute hier zugegen sind, haben vor nicht ganz zwei Jahren aus dem Munde des Herrn Landesrates **Meyßner** gehört, daß die gegenwärtige österreichische Verfassung nicht anzuerkennen sei, und zwar deshalb — das waren die Worte des Herrn Landesrates **Meyßner** —, weil sie dem Volke gegen seinen Willen aufgedrängt worden wäre, ohne eine eigentliche Volksbefragung. (**Meyßner**: „Sicher!“) Seit dem 13. September 1931 hat keine Volksbefragung stattgefunden über die österreichische Verfassung; insgedessen ist die heutige Verfassung genau so wenig verbindend als vor zwei Jahren, oder sie war vor zwei Jahren ebenso bindend wie heute. Vor zwei Jahren hat Herr Landesrat **Meyßner** sie als nicht verbindend erklärt und heute beschuldigt er die österreichische Regierung, daß sie sich eines Verfassungsbruches schuldig macht, weil sie ein Gesetz unserer Verfassung in einer Weise gebraucht, wie es eine alte Forderung des Herrn Landesrates **Meyßner**, des Führers des steirischen Heimatschutzes, war, der immer gesagt hat: „Weg mit dem Nationalrat, dieser Quatschbude (Widerspruch beim Heimatblock. — **Ferner**: „Er ist halt so, wie das heutige Wetter!“), Aususchaltung der Gesetzgebung, Diktatur in Österreich!“ Es scheint, daß nur jene Diktatur eine Berechtigung hat, bei der er selbst mitmachen kann (Beifall bei den Christlichsozialen. — Heiterkeit), bei der er selbst zur Geltung kommt, wobei er, der Herr Landesrat **Meyßner**, die erste Rolle spielt (**Meyßner**: „Ich habe mich nie gerissen darum!“), daß aber jene Diktatur von ihm abgelehnt wird, bei welcher das nicht der Fall ist. (**Meyßner**: „Aber gar keine Spur davon, so sind wir nicht!“)

Wenn es nun abgelehnt wird, daß die Regierung gewissen Kreisen der Bevölkerung gegenüber von Hochverrat und Staatsgefährlichkeit spricht, so ist es doch bereits in ziemlich weiten Kreisen bekannt geworden, daß sich in Händen des Herrn Justizministers Dr. **Schuschnigg** Briefe befinden, welche an den bayrischen Minister Dr. **Franck** von einem steirischen Heimatschützer gerichtet worden sind (**Meyßner**: „Heraus mit dem Namen!“), worin die deutsche Hitler-Regierung aufgefordert wird, den Boykott über Österreich zu verhängen. (Schißko: „Pfui!“ — Zwischenrufe beim Heimatblock: „Mit dem Namen

heraus!“ — Unruhe.) Die Angelegenheit befindet sich noch im Zuge des Untersuchungsverfahrens und Sie werden rechtzeitig den Namen öffentlich erfahren, privat ist er Ihnen ja ohnedies bekannt. (Kammerhofer: „Mit dem Namen heraus!“) Sie werden ihn ja durch das Gericht erfahren; wie gesagt, die Briefe befinden sich in den Händen des Justizministers. (Kammerhofer: „Ein elender Verleumder sind Sie im Priesterkleide!“ — Großer Lärm. — Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Kammerhofer: „Nennen Sie den Namen, dann nehme ich das Wort zurück!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich erteile dem Herrn Abg. Kammerhofer wegen des Ausdrucks „Verleumder“ den Ordnungsruf. (Kammerhofer: „Den Namen nennen, dann nehme ich meine Worte zurück. Das ist eines Priesters unwürdig, so vorzugehen!“)

Zenz (fortfahrend): In diesen Briefen, die sich in Händen des Herrn Justizministers befinden, wird die deutsche Regierung aufgefordert ... (Kammerhofer: „Das stimmt ja nicht!“) Aber Sie reden ja gegen Ihre Überzeugung. (Kammerhofer: „Ich rede nicht gegen meine Überzeugung, aber Sie verraten Ihren Stand!“) Damit wollen Sie nur von der Sache ablenken. Mit so lächerlichen Dingen sollten Sie über so ernste Sachen nicht hinwegzukommen trachten. Es wird in diesen Briefen aufgefordert, bei den Handelsvertragsverhandlungen unzugänglich zu sein gegenüber Österreich, damit man Österreich wirtschaftlich in die Knie und zur Nachgiebigkeit zwingt. (Pfeifrufe bei den Christlichsozialen. — Großer Lärm. — Zwischenrufe beim Heimatblock. — Kammerhofer: „Heraus mit dem Namen!“) Wenn angesichts solcher Tatsachen die österreichische Regierung warnt vor einem solchen Treiben und einer derartigen Handlungsweise ... (Meyssner: „Wenn das ein Heimatschützer gewesen wäre, so wäre er längst eingesperrt. Wir haben aber gar keinen Heimatschützer, der hinter Schloß und Riegel sitzt. Warum sperrt der Justizminister den betreffenden Heimatschützer nicht ein?“) Wenn dagegen die österreichische Regierung auftritt, so erfüllt sie damit nur ihre Pflicht. (Zira: „Ihr werdet noch alle sitzen!“ — Roffenmanner: „Ihr seid in der Kaverne darinnen!“)

Was nun die Frage des Anschlusses anbelangt, so muß diese hochpolitische Frage mit Wirklichkeitsinn behandelt werden. (Kammerhofer: „Denken Sie an die christliche Nächstenliebe Ihres Standes, Leute beschuldigen und den Namen dann nicht nennen!“) Darüber habe ich Ihnen Antwort gegeben, Herr Abgeordneter. Die Frage des Anschlusses muß mit Wirklichkeitsinn behandelt werden und so sehr auch das Gefühl berechtigterweise heute mitspricht und mitsprechen mag, die Verstandestätigkeit darf dabei nie versagen. (Kammerhofer: „Das ist jesuitische Gesinnung!“) Was jesuitisch und was nationalsozialistisch ist, das verstehen Sie einfach nicht und derlei Begriffe kennen Sie ja gar nicht, Sie plärren einfach mit den anderen mit. (Kammerhofer: „Sie plärren ja auch!“) Die Frage des Anschlusses muß mit Wirklichkeitsinn behandelt werden, denn es

ist nun einmal eine Tatsache, daß durch den Friedensvertrag der Anschluß untersagt ist, und es wäre eine Vermessenheit und Unklugheit, sich auf den Justamentstandpunkt zu stellen: „Wir erzwingen die Möglichkeit der Durchführung des Anschlusses ohne Rücksicht darauf, was sich daraus ergeben mag.“ Ein solcher Justamentstandpunkt Österreichs wäre zum Verderben des deutschen Volkes (Dr. Süßler: „Aber das fällt doch niemandem ein!“), des Volkes in Österreich und des gesamten deutschen Volkes. Das Verhalten der auswärtigen Mächte, der Großmächte, ist in den letzten Jahren immer klarer zutage getreten, daß dermalen ein Anschluß nicht zu erzwingen und nicht durchführbar ist. Unmittelbar nach dem Friedensvertrage mag man sich vielleicht Hoffnungen hingegeben haben, daß man über diesen Widerstand hinwegkommt, aber nachdem nun vor aller Welt klargeworden ist, daß dermalen dieser Widerstand nicht zu überwinden ist, ist es Pflicht der österreichischen Regierung (Hornik: „Alle die einzusperrn, die dafür sind!“), vorläufig davon weniger zu reden und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates Österreich zu fördern und nicht zu gefährden. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Unser Volk muß leben, unser Volk will leben. Aber diese Justamentpolitik in dieser Frage entspricht jenem Geiste, der damals in den traurigen Zeiten des Krieges den Sieg im Hinterland in der Tasche herumgetragen hat, während draußen Tausende und Millionen geblutet haben, und der immer gesagt hat: „Wir werden siegen und wir müssen siegen“ und damit den rechtzeitigen Friedensschluß verhindert hat. Es hätte die Frage des Anschlusses bei einem rechtzeitigen Friedensschluß eine andere Behandlung erfahren, wenn nicht diese überhebliche Politik, die alles mit dem breiten Maul vermag, damals so unheilvoll sich ausgewirkt hätte. (Meyssner: „Wer hat es denn gemacht? Haben wir es vielleicht gemacht?“) Es ist bekannt, daß weit früher ein Friedensschluß möglich gewesen wäre, unter günstigen Bedingungen, daß ein solches Angebot abgelehnt worden ist durch ein Telegramm: „Lasset uns siegen“, und die Friedensmöglichkeit war dahin und das ganze Volk muß es büßen und büßt es durch Jahrzehnte hindurch, genau so, wie wirtschaftlich das österreichische Volk einen schweren Schaden davon fragen würde, wenn die gegenwärtige österreichische Regierung nicht Realpolitik betreiben würde in der Frage des Anschlusses, sondern lediglich nur mit dem Schlagwort „unbedingte Anschlußpolitik“, ohne Rücksicht auf die Möglichkeit, sich auf diesen Standpunkt stellen würde.

Ich habe gezeigt, daß die Herren Interpellanten in der gegenwärtigen Zeit und dem gegenwärtigen Augenblick eine ganz andere Haltung einnehmen, als sie vor kurzer Zeit, vor wenigen Jahren, noch eingenommen haben, sowohl in der Öffentlichkeit als auch hier im steiermärkischen Landtag. Es mag ja sein, daß bei der Gleichschaltung die Sicherung geschmolzen ist (Heiterkeit) und infolgedessen derart entgegengesetzte Äußerungen und Kampfmethoden nun Platz greifen, als wie sie noch vor zwei Jahren kaum bei Ihnen der Brauch gewesen sind. (Zwischenrufe.) Wenn Sie immer wieder das Wort von unserem Führer Seipel angeführt

haben: „Jede Lösung mit Deutschland, keine Lösung ohne Deutschland“, ist dieses Stichwort Seipels von uns durchaus nicht aufgegeben worden (Hornik: „Mit Arrest!“), es wird verfolgt als Ziel durch wirtschaftliche Förderung, Stärkung und Erhaltung Österreichs, bis der Tag gekommen ist, wo wir frei sind von äußeren Bindungen und wo es uns dann freisteht, eine solche Haltung einzunehmen, wie Abg. Hornik dem alten, verstorbenen Kaiser nachgerühmt hat, daß er ein Angebot — es war der englische König damals — (Hornik: „Jawohl! Sehr richtig!“), ein Angebot des englischen Königs hochherzig als treuer Verbündeter abgelehnt hat. Es ist nur ein Unterschied zwischen damals und jetzt. Damals war Österreich frei, hatte seine Entschlußfreiheit. Wir sind heute leider nicht frei (Hornik: „Ich habe gedacht, wir wollen diese Freiheit umbringen!“), so daß uns in Sachen des Friedens und des Anschlusses die selbsttätige Entscheidung gegeben wäre. Diesen Zustand hat Hitler anerkannt. Er hat in seiner Antrittsrede im deutschen Reichstage keine Silbe erwähnt von dem Anschluß Österreichs an Deutschland (Prahl: „Weil er vernünftiger ist als die!“), wir aber sollen fortwährend von dieser Sache schreien, von der Hitler schweigt. Durch den Viermächtepakt, der eben erst vor einigen Tagen unterschrieben worden ist, hat sich Hitler verpflichtet, am gegenwärtigen Zustand nicht zu rütteln, ja sogar als ein Verbündeter gegen Österreich strafweise vorzugehen (Widerspruch beim Heimatblock), wenn Österreich, die äußeren Umstände verkennend, den Anschluß erzkrohen wollte. Hitler mußte gegen Österreich strafweise vorgehen nach dem Vertrage. Er hat auf den Anschluß verzichtet, und jetzt verlangen Sie von uns, daß wir angesichts dieser Tatsache unsere Wirtschaft schädigen. (Menzner: „Wer sagt denn das?“) Es hat Ihnen früher Präsident Hartleb zugerufen, daß Sie überhaupt nichts verstehen und jetzt haben Sie dies wiederum bestätigt. Wenn Sie das nicht zu erkennen vermögen, daß dieses Verhalten unsere Wirtschaft schädigt, hört es sich auf, mit Ihnen zu reden, darum will ich schließen, damit ich nicht solch dummen Gegenrufen ausgesetzt werde. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Reichl: Hohes Haus! Meine beiden Herren Vordredner haben in ihren Ausführungen einen schweren logischen Fehler begangen. Sowohl Präsident Gföller als auch Landesrat Jenz haben in ihren Ausführungen heute die Zustände in Deutschland als jedem Recht widerstreitend bezeichnet, sie haben ausgeführt, daß Deutschland heute kein Rechtsstaat, sondern ein Willkürstaat sei, und Landesrat Jenz hat nun gesagt, daß die österreichische Regierung nichts anderes getan habe, als so einige Beispiele von diesem Willkürstaat nachzuahmen, und die beiden Redner haben nun diesen nachgeahmten Willkürstaat verteidigt. (Leichin: „Wir nicht!“) Ich werde mit Ihnen noch reden, was Sie gesprochen haben. Ich glaube, alle Damen und Herren dieses hohen Hauses, insbesondere jene Gruppe, die der Regierung nahesteht, wird doch die Behauptung aufrechterhalten oder aufrechtzuhalten versuchen, daß wir in einem Rechtsstaate leben. Ein Rechtsstaat darf aber Methoden eines anderen

Staates, der nur auf Willkür aufgebaut ist, nicht einmal experimentell teilweise nachahmen. Wenn Landesrat Jenz, ich muß wirklich bedauern, dieses Wort gebrauchen zu müssen, sophistisch erklärt hat, er wundere sich, daß die Interpellanten nicht begehrt haben und nicht dagegen Stellung genommen haben, daß man in Österreich zu wenig gleichgeschaltet, zu wenig von dieser Willkür herübergenommen hat, so glaube ich, daß dies dem Ernst der Sache, der Stunde der Zeit, in der wir stehen, gewiß nicht entsprochen hat. Präsident Gföller ist sogar noch weiter gegangen, er hat Rußland als ein Paradies bezeichnet gegenüber dem heutigen Deutschland. Ich weiß nicht, ob er dies aus eigener Anschauung weiß oder aus Märchen und Büchern. Jedenfalls hätte ich ihm so im Jahre 1917 gewiß nicht gegönnt, in Rußland zu leben oder dort gewesen zu sein, dann würde das Urteil, das er über Rußland heute fällt, gewiß anders lauten.

Der Herr Präsident Gföller hat sich darüber aufgehalten, daß einzelne Gruppen in diesem Landtage für die Beamten hier sprechen und hat der Meinung Ausdruck verliehen, diese Gruppen seien gar nicht berechtigt, gegen ein gewisses Unrecht oder gewisses Vorgehen den Beamten in Österreich gegenüber Stellung zu nehmen, weil man auch im Reich gegen die Beamten zu Unrecht mit Gewalt oder anderen Mitteln vorgegangen ist, die den bestehenden Bestimmungen widersprechen. Der Herr Präsident Gföller vergißt, daß die Stellung der Beamten im Reich und die Stellung der Beamten in Österreich in gewissen Belangen und Richtungen gar nicht zu vergleichen ist. Wir haben im Reich viel mehr der Vertragsangestellten wie in Österreich, und auch im Reich wurde, insbesondere als die sozialdemokratische Regierung seinerzeit in den Jahren 1918 und 1919 zur Herrschaft kam, eine ungeheure Menge der Parteibuchbeamten angestellt, mit denen eben jetzt im Staatsdienst Schluß gemacht worden ist. Ich bin nicht dafür, dieses amerikanische System zu verteidigen, weil ich der Überzeugung bin, daß dies dem Gang der Verwaltung, der Einheit der Verwaltung, insbesondere der Sicherheit bestimmt nicht förderlich ist. Aber sich darüber aufzuhalten, daß jetzt das wiederholt wird, was die Gruppe, die Herrn Präsidenten Gföller nahesteht, in den Jahren 1918 und 1919 getan hat, dazu, glaube ich, hat Präsident Gföller kein Recht. (Wolf: „Wo wurden Leute gewaltfam entfernt?“ — Mahner: „Das ist ein plumper Schwindel!“) Das ist kein Schwindel, wir haben uns das ganz genau angesehen. (Zwischenruf Rosenwirth.) Daß viele Beamte geschäft haben, weil sie im Kriege gefallen sind, viele Stellen frei waren und die Verhältnisse etwas anders waren als heute, ist richtig. Es wurde aber genau so brutal gearbeitet und auch Sie haben in Österreich versucht, die Beamten in rote Organisationen zu zwingen, und wenn Sie die Macht gehabt hätten, hätten Sie die anderen hinausgedrängt. Bei jedem Urteil bis ungefähr fünf Jahre nach dem Umsturz haben Sie, wenn ein Genosse verurteilt worden ist, von Schandurteil, von Klassenurteil gesprochen und haben verlangt, daß dieser Richter abgesetzt wird. Sie werden heute einsehen, daß Sie damals unrecht getan haben. Geschehen ist es aber.

Im Zuge von Revolutionen geschieht eben manches, was in ruhigen Zeiten sich gewiß nach und nach wieder einrenkt. Ich will aber über allgemeine politische Dinge nicht sprechen. (Wolff: „Das ist sehr schwierig!“) Sie haben das richtige Zeug dazu, Sie sind der patentierte Politiker. (Zwischenruf Wolff.) Die Notverordnungen haben, als sie gekommen sind, scheinbar verschiedenen Ständen etwas gebracht. Die Beamten haben selbstverständlich auch verlangt, daß für sie etwas geschieht, weil sie doch gesehen haben, daß Geld da ist oder scheinbar Geld da war, so daß etwas hätte geschehen können. Nichts ist geschehen, gar nichts ist den Beamten gegeben worden, obwohl sie nicht nur seit dem Umsturz, sondern schon früher während der ganzen Zeit restlos ihre Kräfte für den Staat zur Verfügung gestellt haben und auch, wenn es darum gegangen ist, Opfer für Opfer gebracht haben, um mitzuhelfen, diesen Staat lebensfähig zu erhalten und aufzubauen. Ich glaube, daß, wenn man an diesen Beamten zweifelt, daß sie patriotisch gesinnt sind, ist das eine derartige Beleidigung, welche die gesamte Beamtenschaft, gleichgültig, welcher Partei sie angehört, mit Entrüstung zurückweisen muß. Bei den Bauern macht auch der eine oder der andere etwas, was nicht recht ist, und deshalb wird man doch den Bauernstand hochhalten. Wenn wir nur nichts bekommen hätten, könnten wir uns noch darüber trösten, denn wir haben gelernt, mit leeren Taschen herumzugehen. Aber plötzlich hat sich die Regierung der Beamtenschaft erinnert. Es sind Erlässe über das Verhalten der Beamten in und außer Dienst gekommen, obwohl die Beamten bestimmt nichts getan haben, was in dienstlicher Beziehung den Zweifel an ihrer Objektivität und Zweifel an ihrer Pflichttreue hätte hervorrufen können. Ich glaube, es wurde in diesem Erlasse geradezu eine Prämie ausgesetzt für solche, welche ihre Kollegen anzeigen und Denunziation üben, und diese Denunziation hat auch leider, muß ich sagen, Früchte getragen. Ich werde es mir heute ver-sagen, die Namen jener Herren zu nennen, welche auf den Tisch der Minister Listen jener Kollegen gelegt haben, welche in einer gewissen Partei tätig sind und welche staatsfeindlich und welche man als nicht würdig, das Beamtenkleid zu tragen, bezeichnet hat. Aber damit war es nicht genug. Es wurde beschlossen, daß die Beamten einen Eid leisten müßten mit der Motivierung, daß die Beamten bisher nur ein Gelohnis und keinen Eid geleistet haben. Selbstverständlich konnte sich die Beamtenschaft gegen dieses Ansinnen aus rechtlichen Gründen nicht stellen, denn die Verfügung der Vereidigung ist Sache der Regierung, und die Frage, ob die Regierung dazu auf Grund der Notverordnung berechtigt war, wird seinerzeit in dieser oder jener Form geprüft, gelöst und beantwortet werden. Aber daß man hergeht und, obwohl man den Beamten erklärt hat, daß man bestimmt keinen Gefinnungsterror ausüben wird und es ihnen überläßt, ob sie dieser oder jener Gruppe angehören, und nun heimlich einen gewissen Druck auf sie ausübt, das ist ungehörig und dagegen stellen wir uns. Es sind uns Mitteilungen zugekommen, nach denen man Beamten den Beitritt zur vaterländischen Front zur Pflicht macht und sagt: Wenn du nicht unterschreibst, du

weißt, was geredet worden ist, draußen stehen Hunderte und Tausende, die darauf warten, daß sie eine Stelle bekommen. (Meyszner: „Erpressung!“ — Elser: „Alpine! Maul halten da drüben!“) Nach allem, was man heute in Erfahrung gebracht hat, ist die vaterländische Front nur eine Vertarnung für eine Neuaufmachung der christlichsozialen Partei. Es ist selbstverständlich das Recht jedes Beamten, der christlichsozial denkt, bei der christlichsozialen Partei zu sein, das wird ihm kein Mensch verübeln. Aber daß man unter diesem Vorwand und auf diese Art die Leute förmlich zwingt und bedrängt, in eine solche Front hineinzugehen, das halte ich für nicht richtig und erwarte von der christlichsozialen Parteileitung in Steiermark, daß sie dieses Vorgehen abschafft und jene Atmosphäre schafft, die einen modus vivendi zwischen den Parteien möglich macht. Nicht nur die Beamten selbst, sondern die ganze österreichische Bevölkerung war stolz auf die altösterreichische Beamtentradition, daß der österreichische Beamte die ihm anvertrauten Belange objektiv und sachlich durchführte, daß Beamtenbestechungen, Geschenkkannahme und andere Mißstände, die sich in östlichen und anderen Gegenden zufragen sollen, in Österreich einfach fremd sind. Vor nicht langer Zeit, es war am 2. Juni, hat die Grazer „Tagespost“ einen Artikel von alter Beamtenüberlieferung gebracht, der richtig das österreichische Beamtenproblem und die seinerzeitige Einstellung der österreichischen Beamten zu den Tagesfragen beleuchtet hat. Auch in der Kaiserzeit waren die Beamten in ihren Äußerungen außer Dienst viel freier, als sie es heute sind. Es hat keinem geschadet, wenn er Kritik im Rahmen des Zulässigen geübt hat, es hat keinem geschadet, wenn er seiner Meinung und politischen Überzeugung Ausdruck verliehen hat. (Oberzaucher: „Wann war das im alten Österreich?“ — Heiterkeit.) Das war im alten Österreich! (Oberzaucher: „Gute Witze machen Sie heute!“) Sie wissen es ja nicht, wie es im alten Österreich war, weil Sie niemals Beamter waren und sich nur manchmal herausnehmen, über Beamten-sachen zu sprechen. (Oberzaucher: „Wir haben ja die Maßregelungen mitgemacht!“ — Wolff: „Es ist eine merkwürdige Art für einen Beamten, wie Sie heute reden!“) Das mag Sie wundern. Ich spreche so, wie es meiner Überzeugung entspricht, ich habe sie nicht gewechselt, ich trete ein für die Beamtenschaft und für das Berufsbeamtentum, und ich werde mich daher soweit es möglich ist zur Wehr setzen, wenn man die Überzeugung des Berufsbeamtentums knebelt. Ich habe mich zur Wehr gesetzt, wie das von Ihrer Seite ausgegangen ist, und ich setzte mich auch zur Wehr, wenn es von einer anderen Seite ausgeht. (Wolff: „Im Namen von Adolf Hitler!“) Ich habe von Adolf Hitler nicht gesprochen, ich habe mich nur dagegen gewehrt, daß Sie die Methoden in Rußland als paradiesische bezeichnet haben, und ich habe mich nur gegen die Ausführungen des Herrn Abg. Jenz gewendet. (Rosenwirth: „Dann muß man auch die Nazimethoden verurteilen!“) Die Nazimethoden haben wir in Österreich weder zu beurteilen noch zu verurteilen, weil in Österreich keine Nazimethoden,

sondern Methoden der Regierung bestehen. (Heiterkeit. — Widerspruch der Christlichsozialen. — Dr. Eng e : „Wir wissen, daß die Nazi die Beamten hinaus-schmeißen!“ Gehen Sie zum Presserichter Reich l, der kennt die Nazimethoden schon!“) Wir wissen doch, wie es bei Ihnen mit den Beamten zugeht und daß der Beamte, wenn er nicht Ihrer Partei angehört, auch beim Advancement etwas stolpert. Ich bin der Meinung, daß man die österreichischen Beamten nicht in einen Topf werfen darf mit Hochverrättern, daß man ihnen nicht ohne Grund und ohne Beweis den Vorwurf machen darf, daß sie Hochverrat betrieben haben. Gerade in Ihrer Zeitung, dem heutigen „Ar-beiterwille“, ist eine Liste angeführt, wer alles ver-haftet worden ist, welcher Partei, welchem Stand und welcher Gruppe die einzelnen angehören, und wenn man das liest, so kann man, wenn man noch so Zweifel hegen würde an der Objektivität und an der Legalität der Beamten, nicht glauben, daß diese Leute samt und sonders Hochverrat betrieben haben, und wenn heute das Hochverrat ist, was früher gang und gäbe gewesen ist: das Begehren des Anschlusses an das Reich, so muß ich sagen, es ist eine merkwürdige Mentalität und ein merkwürdiges Umschwenken in der Gesinnung eingetreten. Wenn der Herr Abg. Z e n z gemeint hat, daß jemand mit Gewalt den An-schluß ausführen will, so hat er das sicherlich mißver-standen. Aber seine Ausführungen decken sich nicht mit dem christlichsozialen Parteiprogramm und dem, was darin steht. (Beifall beim Heimatblock.)

Os f ö l l e r : Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. R e i c h l hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich ebenso wie der Herr Abg. Z e n z den schwerwiegenden Fehler begangen hätte, daß ich mit der Tatsache der deutschen Willkür die österreichische Willkür ver-teidigt habe. Jeder der meine Rede objektiv angehört hat, wird mir bestätigen können, daß von einer Ver-teidigung der österreichischen Willkür keine Rede sein konnte, sondern daß ich ausdrücklich darauf hinge-wiesen habe, daß ohnedies bekannt ist, wie wir uns zum autoritären Regime in Österreich stellen, da wir darüber schon ohnehin genug gesprochen haben und daß mir heute die Zeit fehlt, das zu wiederholen. Es ist nicht so, daß ich die Willkür in Österreich verteidigt hätte, sondern ich habe nur abgeleitet, daß die Gleich-geschalteten in Österreich nicht das Recht haben, sich über die Willkür in Österreich zu beschweren, wenn es diese Willkür in einem ungeheuren Ausmaße, in einem Riesenausmaße, im gleichgeschalteten Lande Deutsch-land gibt. Ebenso ist es nicht richtig, wenn mir der Herr Abg. R e i c h l unterschiebt, ich hätte russische Zustände als paradiesische hingestellt. Es müßte auch dem Herrn Abg. R e i c h l sowie der ganzen Öffentlich-keit bekannt sein, daß in Österreich gerade die Sozial-demokraten die sogenannte bolschewistische Welle auf-gehalten haben, und zwar in einer Zeit, in der sie sich nicht mit den Mitteln der Diktatur gegen die russi-schen Mittel zur Wehr gesetzt haben, sondern auf dem Boden der demokratischen Freiheit in Tausenden von Versammlungen sich mit diesen Ideen auseinander-gesetzt und sie niedergedrungen haben. (R e i c h l : „Otto B a u e r in Linz!“ — Widerspruch der Sozialdemo-

kraften. — A u f s t : „Sie haben unser Parteiprogramm ja noch gar nicht gelesen!“) Herr Abg. R e i c h l, wenn Sie diesen Zwischenruf ernst meinen, so müßte ich Ihnen allen Ernstes den Vorwurf machen, daß Sie entweder das Protokoll über Linz noch nicht gelesen haben, oder Sie unterschieben bewußt, oder Sie haben es nicht verstanden. Das ist die antimarxistische Lüge, die daher stammt, daß manche Menschen, ja sogar Juristen, ein Parteiprogramm nicht zu lesen ver-stehen.

Wenn Herr Abg. R e i c h l für das freie Berufs-beamtentum eintritt, so möchte ich sagen, daß die Jahre 1919 und 1920, die die einzigen Jahre waren, in welchen die Sozialdemokraten in Österreich an der Re-gierung beteiligt waren und in welchen sie Einfluß auf die Gestaltung des Beamtenrechtes und der Be-foldungsverhältnisse hatten, wohl die besten Jahre für das freie Berufsbeamtentum in Österreich waren und daß heute, schon seit den Jahren, wo die Sozialdemo-kraften keinen Einfluß mehr haben, immer davon ge-redet wird, daß der revolutionäre Schutz beseitigt werden muß, und ein Stück dieses revolutionären Schutzes ist es auch, daß die Beamten in der Re-publik Österreich eine freiere und unabhängigere Stellung erhalten haben, als dies seinerzeit in der Monarchie der Fall war. Wenn der Herr Abg. R e i c h l meint, es seien die österreichischen Verhält-nisse nicht mit den deutschen zu vergleichen, und ich kenne die Verhältnisse in Deutschland nicht genug, so gebe ich zu, daß ich mit den Befoldungs- und An-stellungsverhältnissen in Deutschland nicht vertraut bin. Aber das ist heute nicht notwendig, denn unter der Hakenkreuzherrschaft ist jedes geschriebene Recht nur ein beschriebener Faden Papier. Es gibt heute kein Recht in Deutschland, und es ist eine Beleidigung jedes Rechtsgedankens, davon zu reden, daß in Deutschland überhaupt ernsthaft von irgend einem Recht gesprochen werden könnte, und ich möchte die Beamten in Deutschland sehen, die es wagen würden, sich in Deutschland in irgend einer Form gegen die H i t l e r -Regierung zu stellen, sie würden ohne Rück-sicht darauf, ob sie in einer pragmatisierten Stellung oder einer Vertragsstellung stehen, rücksichtslos auf das Pflaster geworfen, und nicht nur das, sondern sie würden wahrscheinlich schon an einem der nächsten Tage in einem Konzentrationslager in Deutschland sein. Ich glaube daher, Österreichs erste, freie Berufs-beamte, die auch freie Berufsbeamte bleiben wollen, haben keine Ursache, sich zu wünschen, gleichgeschaltet zu werden. Ich möchte auch darauf verweisen, daß zum Beispiel gerade in Wien, einer Stadt, die von Sozialdemokraten verwaltet wird, die Verhältnisse der Beamten am besten von ganz Österreich sind, und daß dieser autoritäre Kurs jetzt mit Einnahmeentziehungen gegen dieses Wien losging deshalb, weil dieses sozialistisch verwaltete Wien das böse Beispiel im bürgerlichen Sinne für ganz Österreich in Beamten-fragen gewesen ist.

Ich möchte nunmehr noch einiges ergänzen zu dem, was ich früher gesagt habe, zu der Legende von der Greuel-propaganda. Ich möchte daran erinnern, weil es schein-bar Menschen gibt, die nur gleichgeschaltete Zeitungen

lesen und die keine Ahnung davon haben, was in der Welt vorgeht, ob sie nichts davon gelesen haben, daß bei den sonst in anderen Ländern verhältnismäßig harmlosen Tagungen, wie der katholische Gesellenvereinstag in München, zwei Tote gewesen sind, deshalb, weil sie harmlose Gegner des dort herrschenden diktatorischen Systems waren, daß ein Geistlicher, Neumayer, von Salzburg über die Grenze verschleppt worden ist als Revanche für das, was sich in Österreich zugefahren hatte. Wissen Sie nichts von Dr. Bell, den man in Tirol über der Grenze erschossen hat nur darum, weil der Mann etwas über die Geldbeziehungen der Hakenkreuzler hätte erzählen können, weil er scheinbar informiert war, wie dieses dritte Reich in Szene gesetzt wurde und wie es zum Reichstagsbrand in Deutschland gekommen ist. Wissen die Herren nichts davon, daß es lange Zeit hindurch ausgefallen hat, als ob man über Nacht den Doktor Hugenberg aus der Regierung hinausgeschmeißen würde und daß diese Gleichschaltung abgestoppt worden ist und es ruhig geworden ist, seit man davon gehört hat, daß Hugenberg erzählt haben soll, daß er auch einiges darüber wisse, wie der Reichstagsbrand entstanden ist. (Mazner: „Mit dem Nord- und Brandgesindel solidarisieren Sie sich!“) Ist es nicht bekannt, daß damals zur Zeit des Reichstagsbrandes vor den Wahlen versprochen wurde, in Kürze werde das Gericht über van der Lübbe stattfinden, aber bis heute hat noch keine Gerichtsverhandlung stattgefunden, weil man erfahren hat, daß Hugenberg auch etwas wisse von den Dingen, und es wundert mich, daß man noch nichts von einem „Selbstmord“ Lübbes in Deutschland gelesen hat. Ist Ihnen der Fall Wasserbäck unbekannt, der als beglaubigter Presseattaché aus Rache dafür, daß Habicht ausgewiesen wurde, verhaftet und ausgewiesen wurde, um einen Druck auf das kleine Österreich auszuüben? Nun, für ein solch gleichgeschaltetes Deutschland werden wir uns nicht erwärmen können und würden es vorziehen, uns zurückzuziehen auch ohne Viermächtepakt. Wir würden uns schämen, den Anschluß an ein Deutschland anzustreben, das heute fast nur mehr ein großer Kerker ist, in dem heute die Leute in den Konzentrationslagern zu ersticken drohen, an ein Land, wo noch die Methoden der Blutrache herrschen, die sonst nur in Albanien üblich sind. (Walcher: „In Rußland nicht?“) Wir würden uns schämen, angeschlossen zu werden an ein Deutschland, in dem politische Grundsätze herrschend sind, die sonst zutreffend sein mögen in irgend einem Negerstaat in Innerafrika. (Pfortner: „Beleidigung der Neger!“) Wir schämten uns, den Anschluß aus freien Stücken herbeizuführen an dieses Deutschland, weil wir nur bereit sind, aus freien Stücken uns anzuschließen an ein Deutschland, das besteht aus freien Deutschen, aber nicht aus einem Volk von Knechten, an ein geknechtetes Deutschland. Niemals — kann man sagen — ist das einstige Deutschland so tief gesunken, als in der Zeit (Walcher: „Wo es nicht mehr sozialdemokratisch ist!“), in der die sogenannte nationale Revolution in Deutschland gesiegt hat. Nie noch war

die Isolierung Deutschlands in der ganzen Welt so vollkommen gewesen, als in der Zeit, als die angeblich Nationalen an der Spitze dieses Landes gestanden sind.

Wir haben anderseits gegenüber unserem autoritären Kurs selbstverständlich nach wie vor zu erklären, ja, wir sind für die Demokratie in unserem Lande, lassen uns aber selbst im Kampfe für die Demokratie nie auf eine Linie drängen mit den Gleichgeschalteten oder freiwillig Gleichgeschalteten, die in dem heutigen Deutschland ihr führendes Land sehen und die aus dem heutigen Deutschland ihre „geistigen“ Ideen beziehen.

Wir sind für die Einberufung des Parlaments, die Wiederherstellung der Demokratie und für die Rechte der Bevölkerung nicht zuletzt deshalb, weil gerade eine freie Demokratie erst recht die Möglichkeit hätte, sich zu wehren gegen faschistische Angriffe. Wir sind für eine freie Demokratie, aber auch für eine Demokratie, die wehrhaft ist, und wir sind der Meinung, daß der autoritäre Kurs in Österreich eine Gefahr für die künftige Entwicklung in Österreich bedeutet, daß er geradezu ein Wegbereiter werden kann für einen hundertprozentigen Faschismus in Österreich. Heute haben wir einen autoritären Kurs in Österreich gegen zwei Drittel der Bevölkerung, und es ist leicht möglich, auf dem Wege der Demokratie zu einer Zweidrittelmehrheit im Volke zu kommen, welche die Legitimation hätte, auf legalem, gesetzlichem Wege die Demokratie und die freie Entwicklung Österreichs zu sichern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ferner: Hohes Haus! Wir Landbündler vertreten unter unseren Wählern einen großen Teil von Menschen, die die deutsche Scholle bebauen, die im schweren Kampf in der heutigen Wirtschaftskrise, in der heutigen Zeit, im Schweiße ihres Angesichts die deutsche Scholle in Österreich verteidigen. Diese Bauern und unsere Mitarbeiter leisten täglich dem Vaterlande Dienste, wir leisten täglich dem Schutze unserer Heimat mit unserer schweren Arbeit, mit unserer Bescheidenheit, Sparsamkeit Dienste. Es ist keine Kleinigkeit, wenn heute der Bauer, der überschuldet ist, Sorge und Kummer für seine Scholle hat, für sein Hab und Gut nur sich Tag und Nacht plagt, um seinen Besitz, diese deutsche Scholle, dem Deutschtum zu erhalten. Wir protestieren dagegen, daß wir, die wir Landbündler sind, als Deutsche zweiter oder dritter Klasse gestempelt werden, wir lehnen es ab, daß wir vielleicht als nicht national, als Verräter des nationalen Gedankens gestempelt werden. Der Landbund ist national eingestellt, und ich kann feststellen, daß auch die christlichsozialen Bauern, die ja auch national eingestellt sind, nichts wissen wollen von einer Donaukonföderation, von einem Zusammenschluß mit Ungarn, mit Agrarstaaten, sondern auch sie haben immer im Herzen die Ansicht vertreten, daß wir uns nur an das große Deutsche Reich, an das große Mutterland, anschließen können, nicht nur aus nationalen Gründen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, weil wir vom Balkan, vom agrarischen Rumänien usw. nichts zu hoffen haben. Ein solcher Zusammenschluß hätte die Grenzen aufgemacht und wir würden mit landwirtschaftlichen Produkten, mit

bauern würden nacheinander fertig werden, weil sie sich nicht mehr halten könnten. Wir sehen, daß Deutschland heute noch aufnahmefähig ist für Fettschweine, Molkereiprodukte, Obst und für alle möglichen Konsumartikel in den großen Konsumzentren. Wir müssen aber auch sehen, daß Deutschland uns nur wenig Holz abkauft und das russische Holz vorgezogen hat, nicht nur jetzt seit der Hitler-Regierung, sondern auch schon früher. Deutschland mußte sich schon aus Freundschaft, aus Nationalbewußtsein sagen, wir müssen den österreichischen Bauern Holz abkaufen, wir müssen den Gebirgsbauern, die um ihre Existenz ringen, helfen, wir müssen ihnen in ihrem Kampfe um die Existenz helfen. Aber man kauft russisches Holz, und daraus ersehen wir die nationale Einstellung unserer Brüder im Deutschen Reich. Ich habe gesagt, nicht nur aus nationalen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen haben wir immer den Anschluß an das große deutsche Volk, an Deutschland, ersehnt. Aber ein Anschluß ist heute unmöglich und es ist schon viel darüber gesprochen worden. Mit einem Hitler-Deutschland, mit einem Deutschland mit derartiger Brutalität, mit einem Deutschland, wo in der Regierung die Deutschnationalen, die Stahlhelmler, mit Hitler zusammensitzen, wo das Sprichwort gilt „Und willst du nicht mein Bruder sein, so hau ich dir den Schädel ein“, mit einem solchen Deutschland können wir uns leider Gottes nicht zusammenschließen. Wir hoffen, daß die Zeit kommen wird, wo der Sozialismus von links gemäßigter sein wird, und wo auch der Sozialismus von rechts, der heute auch noch sehr viele politisch unreife Menschen in seinen Reihen hat, noch sehr viel Wasser in den Wein schütten und diesen überhitzten Radikalismus abbauen wird. Wir hoffen, daß wir doch einmal das Glück haben werden, in einem großen deutschen Reich zusammengeschlossen zu werden, aber mit den jetzigen Methoden in Deutschland können wir uns nie und nimmer zusammenschließen.

Hohes Haus! Uns wird es gerade von dieser Seite, von den Nationalsozialisten, vom steirischen Heimaufschuß, immer verübelt, daß wir heute noch in der Regierung sitzen. Glauben Sie, das ist eine so einfache Sache? Das ist ein parteipolitischer Selbstmord, möchte ich sagen, weil unsere Partei die ganze Verantwortung mitträgt. Aber wir stehen zu unseren Führern und Mandataren, wir sind pflichtbewußt genug, wir wissen, daß jede Revolution, jeder Umsturz usw. uns nur schadet, denn wir haben etwas zu verlieren, weil wir heute noch Grund und Boden unser Eigen nennen können. Und diese Menschen, diese Verräter, die heute alles daran setzen, Österreich nationalsozialistisch zu machen, die haben ja nichts zu verlieren, die können auswandern, die können über die Grenze gehen, denn die haben keinen Grund und Boden wie wir. Und aus diesem Grunde sind wir so pflichtbewußt, und wir müssen ausharren am Ruder dieses Schiffleins, wenn auch die Wogen noch so hoch gehen und das Ufer noch so ferne ist. Und es ist sehr traurig, daß die Großdeutschen dieses Schifflein verlassen haben (Mikola: „Sehr richtig!“) und anderen Platz gemacht haben, den Starhemberggleuten,

ihren politischen Gegnern. Wir können nicht anders, wenn die Großdeutschen uns verlassen haben und unser Bundeskanzler gezwungen war, auch die Starhembergleute in die Regierung hineinzunehmen, dafür können wir nicht. Uns wäre heute viel lieber, wenn neben den zwei Landbundministern noch zwei großdeutsche Minister sitzen würden. Es wären dann vier nationale Kämpfer und wir hätten es viel leichter. Aber wir haben das Schifflein trotzdem nicht verlassen, und unseren Führer, den Herrn Vizekanzler Winkler, können Sie doch nicht anzweifeln, daß er nicht national ist, weil er schon mit 16 Jahren in den Arrest gekommen ist wegen nationaler Ablehnung. (Rottenmanner: „Das war in Tschechien!“)

Daher möchte ich sagen: Der Bauer ist staatsfremd, daher müssen auch wir staatsfremd sein. Der Großteil der Bauern erkennt heute die Regierung an als eine starke Regierung, erkennt die Maßregeln der Regierung an, und wir fordern nur von der Regierung, daß sie noch ärger zugreift. („Bravo!“-Rufe bei den Christlichsozialen.) Schauen wir nach Deutschland, dort geht man noch viel ärger vor gegen diese Abenteurer, während unsere Regierung noch sehr mild vorgeht gegenüber diesem reichsdeutschen Terror. Es wird immer auch gesprochen von Rußland und uns das vorgeworfen? Was hat denn Hitler gemacht? Mit Rußland hat er einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen, wobei er zu 350 Millionen RM. Warenkredit noch 200 Millionen dazugeliehen hat, wo die Leute in Deutschland selbst kein Geld haben und hungern müssen. Das hat eine nationalsozialistische Regierung zuwege gebracht, mit den Bolschewiken in Rußland einen Freundschaftsvertrag zu schließen.

Und was uns außerdem noch sehr erbittert und wehe tut, das ist die Sache mit dem Viermächtepakt. In diesem hat Deutschland und die deutsche Regierung zugegeben, daß zehn Jahre nicht gerüttelt werden darf an den Friedensverträgen von St. Germain und Versailles. Die ganze Zeit haben wir jetzt gehört von den Nationalsozialisten, „diese Friedensverträge sind ein Fetzen von Papier, und wenn wir ans Ruder kommen und uns durchsetzen, dann werden wir sie zerreißen“. Und jetzt gehen Sie her und unterschreiben und erkennen diese Friedensverträge an auf zehn Jahre, wobei sie auch uns Österreicher nicht gefragt, sondern nur preisgegeben haben, denn sie haben zugegeben, daß diese Grenzen zehn Jahre nicht geändert werden dürfen, daß wir Österreicher allein bleiben müssen, daß wir keinen Anschluß durchführen dürfen. Man sieht also, was diese Regierung, diese Hitler-Regierung (Rottenmanner: „Vorsichtig sein!“), die sich soviel herausgenommen hat, soviel geschimpft und geplärrt hat über jene Verräter, über Brüning, Stresemann usw., die alle als Lumpen hingestellt hat, jetzt selbst macht, indem sie nach Canossa geht, daß sie jetzt zum Papst kommt und ihm ein Konkordat anträgt, das viel weiter geht als unseres. Warum? Weil sie es wirtschaftlich verstanden haben, das deutsche Volk in vier Monaten in den Abgrund, in ein wirtschaftliches Chaos zu stürzen, daher sind sie jetzt

gezwungen, derartige Verträge, wie den Viermächtepakt, in Rom abzuschließen.

Ich möchte noch sagen, daß wir hinter der Regierung stehen und von der Regierung fordern, noch viel schärfer und stärker zuzugreifen und daß wir uns absolut nicht nachsagen lassen, daß wir vielleicht Deutsche zweiter oder dritter Klasse sind. (Beifall beim Landbund.)

Hornik: Hoher Landtag! Der Herr Abg. Gföller hat dem steirischen Heimatschutz das Recht abgesprochen, sich über den autoritären Kurs der jetzigen Regierung zu beklagen, er hat ihm das Recht abgesprochen, in Beamtenfragen mitzureden. Und er hat letzten Endes eine Vorlesung darüber gehalten, was Diktatur, Gleichschaltung und Demokratie ist. Aber der Herr Abg. Gföller hat vergessen, daran zu denken, was sich in Deutschland vor dem jetzigen Regime zugetragen hat. Er hat vergessen zu erwähnen — oder sollte er das absichtlich nicht erwähnt haben? —, daß die deutsche Regierung nach einer Wahl, also auf ganz demokratischem und legalem Wege, die Mehrheit erreicht hat. (Gaf: „Nur 51 Prozent!“) Wenn 51 Prozent die Minderheit von Hundert ist, so ist das Ihr neues Einmaleins. (Zwischenruf Gföller.) Verteidigen Sie, Herr Abg. Gföller, das Einmaleins des Herrn Gaf? Diese Bettgenossenschaft ist alt und Ihrer würdig. Der Herr Abg. Gföller hat aber auch vergessen, daß der deutsche Reichstag mit Mehrheit, einschließlich der Abgeordneten des Zentrums, der deutschen Regierung eine Ermächtigung erteilt hat, Deutschland von jenen Elementen zu säubern, die zehn Jahre und noch länger Deutschland in Grund und Boden regiert und Deutschland verraten und verkauft haben. (Gaf: „Das ist nicht wahr!“) Sie trauen sich zu sagen, das sei nicht wahr? Herr Abg. Gföller hat vergessen, zu erwähnen — oder sollte er das gar absichtlich unterlassen haben —? ... (Mahnner: „Das haben wir schon einmal gehört!“) Ihnen muß man alles mehrmals sagen, er hat vergessen zu erwähnen, daß die deutschen Regierungen vorher, die demokratischen Regierungen, die sich auf die Verfassung soviel zugute taten, einen Gefinnungsterror ohnegleichen in Deutschland eingeführt haben und die Nationalsozialisten — gerade so wie es in Österreich sehr zum Bedauern des Abg. Gföller in viel zu geringem Maße gemacht wird (Walcher: „Der Abg. Ferner hat sich auch beklagt!“) —, ja, auch Abg. Ferner hat sich darüber beklagt, diese Leute, die einer anderen Gefinnung angehörten, eingekerkert haben. Ich stelle fest, daß in Deutschland die Nationalsozialisten unter der schwarz-roten Regierung eingesperrt worden sind nach Noten, die nationalsozialistische Partei aufgelöst worden ist, daß ihre Zeitungen, ihre Versammlungen verboten worden sind (Mahnner: „Das ist nicht wahr!“), daß die Uniform verboten worden ist. (Mahnner: „Sie haben keine Ahnung von der Geschichte der Nazi-partei!“) Das haben die Herren unter der demokratischen Verfassung in Deutschland gemacht, um die nationalsozialistische Bewegung niederzuknüppeln. Das ist keine Geschichtsfälschung, sondern bei Ihnen eine Erinnerungslücke oder Dummheit, wenn Sie es nicht

wissen. Es sei nicht wahr, daß die nationalsozialistische Partei verboten worden ist (Mahnner: „Die S. A. ist verboten worden, aber nicht die Partei!“), daß Versammlungen verboten worden sind? Sie wissen nicht mehr, daß man die Parteihäuser untersucht hat von oben bis unten, daß man gegen die nationalsozialistische Bewegung mit allem Terror vorgegangen ist? Da geht der Abg. Gföller her und beklagt sich, daß seine Parteileute, welche Lumpereien begangen haben, als Ausländer über die Grenze geschickt oder eingesperrt werden. Werden denn alle eingesperrt? Wer sitzt denn im Reichstag? Wie viele sozialdemokratische Abgeordnete gehen nicht frei und ungehindert herum? Wer sitzt also? Die Haderlumpen und Gauner sind eingesperrt und sitzen. (Mahnner: „Sie elender Verleumder!“ — Schranz: „Die Arbeitergelder gestohlen haben!“ — Unruhe.) Was sagt der sozialdemokratische Abg. Loebe, der jetzt die Leitung der sozialdemokratischen Partei in Deutschland übernehmen wird? Oder lassen sich die Sozialdemokraten als Freiheitskämpfer so schnell gleichschalten? Meine Damen und Herren, wenn sich die sozialdemokratischen Parteianhänger und besonders die sozialdemokratischen Führer in Deutschland so ruhig gleichschalten ließen, dann wären sie notorische Feiglinge oder Volksbetrüger von Anfang an gewesen, dann gehören sie wirklich in Konzentrationslager, weil sie die Leute auf die Barrikaden gehetzt haben, selbst aber bei den fetten Pfründen sitzen und in ihrem Bonzensett sonst ersticken würden. (Mahnner: „Das ist ja ein Wahnsinnsausbruch von Ihnen!“) Als Wahnsinn bezeichnen Sie das? Es ist in Wirklichkeit mit dieser Gleichschaltung nicht weit her. Die sozialdemokratische Partei kann sich in Deutschland ungehindert betätigen im Rahmen der für Deutschland notwendigen Erneuerung, unter Verzicht auf ihre bisherige ausländische oder verräterische Betätigung.

Mit Ihren Rechtstheorien ist es genau so wie mit Ihren Gewalttheorien: Im demokratischen Westen da fordern sie Recht auf demokratischer Grundlage nach Ihren Plänen, da wettern Sie über Klassenjustiz, und im diktatorischen Osten da erheben Sie die Klassenjustiz zur Staatsraison. (Dperschall: „In Ihnen spukt ja die Kohlenäure herum!“) Im Westen schreien Sie Jetter und Mordio gegen jede Gewalt und im diktatorischen Osten ist Gewalt das Mittel, mit dem man Regierungspolitik macht. (Widerspruch und Lärm bei den Sozialdemokraten. — Regner: „Er weiß ja nicht einmal, welcher Partei er angehört!“) Besonders ich weiß sehr genau, was Ihre Partei tut. Wenn Sie das so genau von uns wissen würden, dann würden Sie hier nicht solchen Kohl quatschen. (Regner: „Er hat gesagt, Sie quatschen!“) Ich bitte, keine Retourkutschen, Herr Landesrat. Retourkutschen zeigen von Ihrer geistigen Höhe, so daß es wirklich nicht der Mühe wert ist, sich damit auseinanderzusetzen.

Sie klagen über Gewalt im Reiche. Meine Herren, in Ihrem Linzer Parteiprogramm ist zwar die Anwendung der Gewalt etwas verklausuliert festgelegt, aber Ihr geistiger Führer, der Jude Dr. Otto Bauer, hat in seinen Erläuterungen zum Linzer Parteiprogramm

— und Dr. Bauer wird Ihnen doch authentisch sein — sehr eindeutig die Anwendung der Gewalt im marxistischen Staate dargelegt. Er hat die Gewalt als das Verteidigungsmittel der proletarischen Staatsmacht erklärt. Schon im ersten Stadium wird die Gewalt als Verteidigungsmittel im Staate der Sozialdemokraten, als das wichtigste Kampfmittel der Regierung hingestellt. Schon wenn Sie die Mehrheit erreichen sollten, ist zum Schutze dieser Mehrheit selbstverständlich Gewalt notwendig, nicht erst dann, wenn es sich um den Schutz des bereits den Sozialdemokraten überantworteten Staates handelt. Er schreibt, das Proletariat wird sich wehren wie jede Klasse, die eine Herrschaft erobert hat und sich in dieser Herrschaft bedroht fühlt. Und Sie machen Hitler den Vorwurf, daß er daselbe Recht in Anspruch nimmt, welches Sie programmatisch für sich selbst festgelegt haben? Sie wollen das Recht haben, sich zu wehren, dem andern aber, der die Macht legal erobert hat, wollen Sie das Recht verweigern, sich zu wehren. (Mazner: „Das ist ein Rossfäuscherkurstück!“) Sie haben nicht das Recht, meine Herren Demagogen, davon zu reden, nicht das Recht, auch nur ein Wort darüber zu sagen, und wenn Sie das tun, beschimpfen Sie Ihre Parteigenossen in Deutschland, die jetzt in Deutschland leben, arbeiten und wirken, entweder als Feiglinge oder als Verräter. (Regner: „Sie haben nicht das Recht, unsere Parteigenossen in Deutschland zu beschimpfen, Sie Betriebsspitzelorganisator! Erinnern Sie sich an den Herrn Schuster!“) Herr Abg. Gföller würde nach seinen Äußerungen lieber in einem Negerstaate leben, als in Deutschland. (Regner: „Seitdem ich Sie kenne, haben Sie viermal Ihre Partei gewechselt. Sie waren christlichsozial, großdeutsch, Heimatschützer und jetzt sind Sie Nationalsozialist!“) Was Sie nicht alles wissen. Sie leiden ja bereits an marasmus senilis. (Regner: „Sie an Charakterverkümmern!“) Ich kann Ihnen nur sagen, es ist keine Schande, von Jugend auf bis zum jetzigen Augenblick national gewesen und geblieben zu sein. (Regner: „Wenn Sie es wären!“) Da sind Sie der schlechteste Beurteiler, denn von dem, was national ist, haben Sie internationaler, gekaufter Betrüger gar keine Ahnung. (Regner: „Sie von den Unternehmern gekaufter Betriebsspitzelorganisator!“) Das tut Ihnen also weh. (Mazner: „Frecher Kerl, unerhört!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, Herr Abg. Hornik, keine Schimpfworte zu gebrauchen. Wegen des Ausdrucks Betrüger erteile ich Ihnen den Ordnungsruf.

Hornik (fortfahrend): Herr Landesrat Regner hat auch Schimpfworte gebraucht, die scheint man aber zu überhören. Der Herr Abg. Gföller lebte lieber in einem Negerstaate, als in Deutschland. Ich gönne ihm dieses Vergnügen, er möge gehen. Jedenfalls würde sich ein Negerstaat derartige Verrätereien, wie sie die sozialdemokratische Partei schon jetzt wieder begangen hat anlässlich der Hirtenberger Affäre, anlässlich der Lausanner Anleihe, anlässlich der Creditanstalt, nicht gefallen lassen. Sie werden, meine Herren, vielleicht auch leugnen, daß Sie die Beziehungen zu den französischen Sozialisten ausnützen,

um die sonderbare Selbständigkeit dieses Staates zu heben. Sie haben nichts getan, die sozialdemokratischen Volksbeglucker, daß das Volk einmal Arbeit bekommt. Sie haben das Gegenteil getan, daß der letzte Verdienst verloren ist. Mit Elegie und hohlem Pathos spricht Abg. Gföller von der Demokratie. Demokraten sind Sie auf Kündigung, Demokraten sind Sie solange, als Sie nicht den Mut und die Courage haben, die Diktatur einzurichten. Dann aber hört sich bei Ihnen die Demokratie auf, dann sind Sie Diktatoren jener jüdischen Sorte, die in die geschlagenen Wunden noch Salz und Pfeffer streuen. Soviel mit den Herren Sozialdemokraten!

Der Herr Abg. Jenz hat dargelegt, daß die jetzige Regierung nur in ganz kleinem Umfange eine Wiederholung jener Maßnahmen durchführt, die die Regierung im Deutschen Reiche durchgeführt hat. Herr Abg. Jenz, ich bitte um Entschuldigung, Herr Landesrat Jenz — es gibt auch Landesräte, die nicht Abgeordnete sind, es ist also Abgeordneter keine Verkleinerungsabsicht —, es ist nur verwunderlich, daß die jetzige österreichische Regierung gerade die von ihr bekämpften und als Zwangsmaßnahmen bezeichneten Handlungen der Reichsregierung nachahmt. Warum nicht die guten, warum nicht jene, mit denen sie einverstanden ist? (Zwischenruf.) Also Sie sind mit dieser Methode einverstanden, dann haben Sie kein Recht zu klagen, daß die Reichsregierung Ihnen ein schlechtes Beispiel gibt, keine Ursache darüber zu schelten, daß die Reichsregierung Zeitungen eingestellt hat. Daß aber die österreichische Regierung sich noch nicht an der deutschen Reichsregierung ein Beispiel genommen hat, das zur sittlichen Erziehung unseres Volkes so notwendig und förderlich wäre, ist wirklich beklagenswert. (Oberschall: „Dann dürfte man keine Zeitungen mehr schreiben!“) Da meldet sich bereits jener, der dieser Presse sehr nahesteht. Da ist zum Beispiel der „Abend“; der hat es glänzend verstanden, sich rechtzeitig auf den jetzigen Regierungskurs umzuschalten, sich regierungstreu und vaterländisch gleichzuschalten. Wer den „Abend“ vor drei Monaten gelesen hat und ihn heute liest, wird staunen über diese Wendung und Verwandlungskunst derartiger Herren. (Oberschall: „Da dürfen Sie sich nicht wundern über die Verwandlungskunst!“) Wenn man die Tagespresse, von der Wiener „Stunde“ angefangen über den „Tag“ bis zu irgend einem Asphaltblatt, bis zum „Telegraphen“, das österreichische „Morgenblatt“ eingeschlossen, liest, kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Ich würde wirklich sehr bitten, um die gute Absicht des Herrn Landesrates Jenz zu fördern, daß er mit seinen Parteigenossen in der Regierung ein ernstes Wort spricht, damit endlich auch da einmal Nachahmung eintrete. Es sind wirklich nur nationale Blätter, die man beschlagnahmt, verbietet usw., in allen anderen Zeitungen, wie in der „Arbeiterzeitung“, sind die weißen Flecke sehr spärlich gesät, im „Arbeiterwille“ fast gar nicht zu sehen. (Pfortner: „Zweimal unter Vorzensur!“) Ja, unter Vorzensur, das ist wohl bitter, und da haben Sie hier kein Wort dagegen gefunden, haben sich mit der Tatsache abgefunden und gleichgeschaltet. Prächtige

Lebensmitteln überschüttet werden. Unsere Gebirgs-Freiheitskämpfer seid Ihr! Aber auch die Gesinnungs-überwachung im Reiche wird von Ihnen beschimpft und bekämpft und so herrlich in diesem Staate nachgeahmt. Schnüffelerlässe sind zwar noch nicht publiziert, aber die Wirkungen zeigen sich schon. Da ist eine Beschwerde vorgebracht worden wegen eines Briefes eines steirischen Heimatschützers, der eine Aufforderung ans Deutsche Reich gerichtet hat, Österreich zu boykottieren. Der Herr Justizminister habe diesen Brief. Ich weiß nicht, ist der Herr Justizminister befragt, im Zuge der Untersuchung ... (Zwischenruf: „Also doch!“) Das hat der Herr Landesrat Jenz gesagt. Dinge bekanntzumachen, aber den Namen nicht zu nennen, das ist nur möglich gewissen Personen oder gewissen Parteien gegenüber und der Öffentlichkeit nicht. Das ist eine merkwürdige Art. (Jenz: „Sie kennen ihn auch, so sagen Sie ihn, Sie wissen ihn gerade so gut als ich!“) Ich kenne keinen steirischen Heimatschützer, der deswegen angezeigt oder eingesperrt wäre. Ich kenne ihn nicht und ich weiß auch nichts davon. Es würde mich bestimmt der Name und das Delikt interessieren. Bevor man derartige Verdächtigungen ausspricht, bevor man, gleich der Asphaltpresse in Wien, gleich dem „Abend“, „Tag“, einer „Freiheit“, Beschuldigungen erhebt, von Hochverrat und von Landesverrat spricht, bevor man das tut, muß man wohl die Untersuchung abwarten und das Ergebnis der Gerichtsverhandlung und erst dann das Recht sich nehmen, darüber zu sprechen. (Ferner: „Da sind wir nicht mehr so beieinander!“) Wir kommen bis hin schon noch zusammen.

Herr Landesrat Jenz hat auch erklärt, man müsse den Anschluß mit Wirklichkeitsinn beurteilen und fragen, welche Folgen es sich nach sich ziehen würde, wenn man den Anschluß jetzt ...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abg. Hornik, Ihre Redezeit ist vorüber!

Hornik (fortfahrend): ... erzwingen sollte, ohne Rücksicht darauf, was geschehen würde. Davon spricht kein Mensch, und weil Hitler nicht davon gesprochen hat vom Erzwingen eines Anschlusses, gehen Rot und Schwarz zusammen, Ferner kommt als Dritter im Bunde hinzu, und machen ihm einen Vorwurf wegen seines Schweigens. Von einem Erzwingen des Anschlusses hat kein Mensch gesprochen. Dann danke ich dem Herrn Landesrat Jenz noch für das Geständnis, daß wir nicht nur infolge des Friedensdiktates, sondern überhaupt durch die Maßnahmen der letztvergangenen Jahre nicht frei sind (Jenz: „Das habe ich nicht gesagt!“), daß wir nicht tun dürfen, was das Ausland nicht will. (Jenz: „Durch die Friedensverträge sind wir gebunden! Eine andere Äußerung habe ich nicht gemacht!“) Ich danke Ihnen sehr dafür, Herr Landesrat Jenz, ich bestätige Ihnen, daß Sie da recht haben. (Jenz: „Sie phantasieren ja bereits!“ — Heiterkeit bei den Christlichsozialen.) Ich phantasiere nicht, ich habe nur gut zugehört und mir Ihre Rede sehr gut gemerkt. (Jenz: „Aber nicht verstanden!“) Sie bilden sich ein, der heilige Geist erleuchte Sie leichter als mich, da mögen Sie bis zu einem gewissen Grade recht haben, weil Sie es vielleicht nötiger haben.

Zum Schlusse möchte ich nur eines bemerken. Es wird sehr viel auch vom Kampfe um die Freiheit und die Selbständigkeit Österreichs gesprochen. Wenn es ein Ergebnis des Kampfes um die Freiheit dieses österreichischen Staates ist, daß man im Konkordat ein selbständiges Bistum Innsbruck nur deswegen geschaffen hat, damit man nicht auf Südtirol endgültig verzichtet, für das Burgenland aber einen vicarius nullius an Stelle eines apostolischen Administrators bestellt, damit man es nicht einmal als Kaufpreis an Ungarn verwenden kann, dann, meine Herren, hätten Sie für die Freiheit dieses Staates etwas gemacht, sonst ihn aber verraten und verkauft.

Hartleb: Hoher Landtag! Es ist ein niederdrückendes Gefühl, wenn man sieht, wie so große Dinge, wie es der Anschluß ist, so arg politisch mißbraucht werden, wie man es in der letzten Zeit immer wieder beobachten mußte. Für uns ist der Anschluß eine große Sache, und wir Landbündler sind auch heute noch grundsätzlich für denselben. Wir Landbündler haben uns oft dagegen gewehrt, daß man die Religion zu politischen Zwecken mißbraucht, und wir wenden uns mit demselben Recht dagegen, daß man nationale Fragen zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht. Genau so, wie wir uns dagegen wehren, daß alle, die nicht christlichsozial sind, als schlechte Katholiken hingestellt werden, so müssen wir uns auch dagegen wehren, daß derjenige, der nicht Nationalsozialist ist oder es nicht werden will, als undeutsch oder als schlechter Deutscher hingestellt wird. Es gibt derzeit Hindernisse für die praktische Durchführung des Anschlusses. Wir wissen, daß das Genfer Protokoll eine Bindung bis zum Jahre 1942 bedeutet, wir wissen, daß das Lausanner Protokoll diese Bindung bis zum Jahre 1942 bestätigt hat und wir wissen, daß auch der Viermächtepakt, der vom deutschen Reichskanzler vor einigen Tagen unterschrieben wurde, dasselbe bestätigt hat, allerdings über das Jahr 1942 hinaus. Wir machen dem Reichskanzler Hitler keinen Vorwurf, daß er Realpolitik betreibt, daß er mit Tatsachen rechnet, daß er der Erkenntnis lebt, daß er nicht allein auf der Welt ist. Wir verwahren uns nur dagegen, daß diejenigen, die für das Lausanner Protokoll gestimmt haben, weil sie glauben, daß Österreich eine Anleihe braucht, als Verräter am Anschluß bezeichnet wurden, während man jetzt darüber schweigt. Man kommt unwillkürlich zu der Ansicht, daß das Motto: Wenn zwei das Gleiche tun, so ist es nicht das Gleiche! variiert werden könnte und man sagen könnte: Wenn dasselbe an dem einen Ort gemacht wird, so ist es nicht dasselbe, als wenn es an dem anderen Orte gemacht wird. Wenn die Landbündler in der Regierung für die Lausanner Anleihe eintreten, die eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, so ist es ein Verbrechen, ist es ein Verrat. Wenn aber Hitler das Protokoll unterschreibt mit der Verpflichtung, gegen den Anschluß aufzutreten, unter Umständen sogar mit Waffengewalt, dann ist es kein Verrat, dann ist es eine politische Notwendigkeit. Warum zweierlei Maß? Ich erkläre, wir Landbündler sind nach wie vor für den Anschluß, wir sind für den Anschluß an das deutsche Volk aus nationalen Gründen, aber, wie schon der Herr Abg. Ferner

gefragt hat, auch aus wirtschaftlichen Gründen. Wir sind aber nicht für den Anschluß an die Parteidogmen der nationalsozialistischen Partei. Wir sind nicht der Ansicht, daß es unbedingt zur nationalen Sache gehört, Nationalsozialist zu sein. Wir sind nicht der Ansicht, daß es unbedingt zur nationalen Sache gehört, eine Meinung zu haben mit jenen Schreibern, die heute in Deutschland die Macht an sich gerissen haben. Man kann schließlich und endlich deutsch sein, ohne Nationalsozialist zu sein, und wenn man alles, was in Deutschland geschieht, billigt und kein Wort dazu sagt, das selbe in Österreich aber verurteilt, so können wir das nicht verstehen. Gibt es in Deutschland keinen Gefinnungszwang oder ist das, was in Deutschland verübt wird, etwas anderes, als wenn es in Österreich verübt wird? Gefinnungszwang bleibt Gefinnungszwang, gleichgültig, wo er verübt wird und an wem er verübt wird. Das ändert an dem Zwange nichts. Wir verurteilen es, wenn in Österreich versucht wird, die Abwehr gegen die Übergriffe des Nationalsozialismus zu benützen, um einen Gefinnungszwang in der entgegengesetzten Richtung auszuüben. Ich fürchte mich nicht, das offen auszusprechen, wenn wir auch eine Regierungspartei sind. Es ist genau so zu verurteilen, wenn man auf österreichische Beamte einen Gefinnungszwang ausübt, als wenn man in Deutschland diejenigen als schlechte Beamte hinstellt, die nicht Nationalsozialisten werden wollen. Es kann niemand bestreiten, daß es draußen so ist, und wir können leider auch nicht bestreiten, daß die Versuche dazu in Österreich unternommen worden sind. Wir Landbündler werden uns wehren, nicht deshalb, weil wir keine oder nicht viele Beamtenstimmen zu verlieren haben, weil die Beamten von vornherein nicht in großer Zahl dem Landbund angehört haben, sondern weil wir uns sagen: Unrecht bleibt Unrecht, ob es sich in dieser oder jener Richtung hin auswirkt. Wir müssen es bedauern und verurteilen, wenn von einzelnen Mitgliedern der Regierung der Umstand, daß es notwendig ist, im Interesse des österreichischen Staates und im Interesse der österreichischen Wirtschaft Maßnahmen gegen die nationalsozialistische Politik und gegen die Methoden, die in dieser Politik angewendet werden, zu ergreifen, daß dieser Umstand dazu benützt wird, um davon zu reden, es müßte der österreichische Mensch entstehen, ein Mensch, der sich womöglich vom Deutschen überhaupt unterscheidet und der erst geschaffen werden müßte, weil man einen Unterschied braucht zwischen dem Deutschen und dem Österreicher. Das sind genau so Übergriffe und Auswüchse, aber man kann es verstehen, daß es zu solchen Dingen kommt, wenn man sieht, mit welchen Mitteln die Nationalsozialisten kämpfen.

Ich möchte nicht darauf eingehen, die Nachrichten aus Deutschland zu überprüfen, wo man Leute, die sich politisch betätigt haben, in Konzentrationslager schickt oder einkerkt. Wir beobachten das nicht nur bei Politikern, sondern auch bei Wirtschaftlern im Reich. Man braucht heute kein anderes Verbrechen zu begehen, als zu erklären: Ich bin kein Nationalsozialist und ich werde kein Nationalsozialist. Das genügt, um mit Verdächtigungen vorzugehen, gegen

die man sich bei den heutigen Rechtszuständen in Deutschland nicht zur Wehr setzen kann. Gerade in der letzten Zeit sind solche Fälle bekannt geworden. Absolut einwandfreie Menschen, die sonst nichts getan haben, als jahrzehntelang gearbeitet im Interesse des deutschen Volkes, werden verdächtigt und heruntergesetzt, weil sie nicht bereit sind, Nationalsozialisten zu werden. Das ist Gefinnungsterror in Reinkultur. Dagegen wenden wir uns, auch wenn wir nationale Bauern sind. Das ist aber für uns noch lange keine Ursache, um uns dafür herzugeben, jenen Dunkelmännern Gefolgschaft zu leisten, die glauben, aus den Zuständen in Österreich Kapital schlagen zu können, die glauben, die Herrschaft der Habsburger in Österreich wieder aufzurichten und im Trüben fischen zu können. Wir wenden uns dagegen und werden uns auch nach der Richtung wehren. Wir als Landbündler haben es doppelt schwer, weil wir eine nationale Partei sind, weil wir in der Regierung sitzen und weil wir uns zu wehren haben gegen die Unvernunft und gegen die Versteinertheit, mit der der Nationalsozialismus alle Probleme behandelt, aber auch gegen jene, die aus diesen Zuständen Nutzen ziehen wollen. Wir würden es auf das allerherzlichste begrüßen, wenn diese Zustände ein Ende nehmen würden, wenn in Österreich wieder von Deutschland als von einem befreundeten Staat gesprochen werden würde. Leider müssen wir sehen, daß nicht nur auf der österreichischen Seite Leute vorhanden sind, die den Glauben verbreiten wollen, daß es gut und richtig sei von Deutschland abzurücken, sondern wir müssen auch sehen, daß die Praxis in Deutschland gar nicht darnach angeht, eine Annäherung herbeizuführen.

Wenn beklagt worden ist, daß gegen die nationalen Kreise in Österreich heute mit Mitteln vorgegangen wird, die man in Österreich nicht gewohnt war, so ist das sicher zu bedauern. Aber wenn man auf der anderen Seite hört, mit welchen Mitteln derzeit in Österreich nationale Politik gemacht wird, dann, meine Damen und Herren, müßte man sagen: Die Regierung müßte sich selbst aufgeben, wenn sie die Augen zumachen oder den Kopf in den Sand stecken und zuschauen würde, wie diese Wühlarbeit, die gegen den Staat und die Wirtschaft gerichtet ist, weiter betrieben wird. Meine Damen und Herren, ist es ein Verbrechen oder ist es kein Verbrechen, wenn ein österreichischer nationalsozialistischer Führer in einem Briefe reichsdeutsche maßgebende Stellen auffordert, wirtschaftliche Maßregeln gegen Österreich zu ergreifen, um es in die Knie zu zwingen. Ist es ein Verbrechen oder nicht, wenn Dr. Steiner, ich habe den Mut, den Namen zu nennen, in einem Brief an Minister Dr. Frank schreibt, man soll den Fremdenverkehr nach Österreich absperren (Mikola: „Anerkört!“) und eine Ausreisefrage von tausend Mark einführen. In Österreich ist große Aufregung darüber, daß die Deutschen nicht hereinkommen, man beschimpft die Regierung und greift sie an, und aus den Kreisen, die sie angreifen, ist die Aufforderung an deutsche Stellen ergangen, diese Ausreisefrage einzuführen. Meine Damen und Herren, wenn das kein Hochverrat ist, dann gibt es überhaupt keinen Hochverrat. Das ist Hochverrat in Reinkultur

(Beifall beim Landbund und den Christlichsozialen), auch wenn ihn die Nationalsozialisten verübt haben. Da darf man sich nicht wundern, wenn man gegen die Partei, deren Führer solche Dinge machen, energisch vorgeht. Wenn die Herren noch so tun, als ob sie nichts wüßten und sich dumm stellen, so glauben Sie ja nicht, daß wir so dumm sind, das zu glauben.

Aber nicht nur die eine Sache, meine Damen und Herren, was beobachten wir sonst noch, womit gehen die Hitlerleute in den Alpenländern agieren? Ich habe eine Reihe von Versammlungsredern gehört, die in Bauernversammlungen sagten, wenn erst Hitler an der Macht ist, dann wird Deutschland in Österreich wieder Holz kaufen, das Gesetz ist schon ausgearbeitet, das die Deutschen zwingen wird, in Österreich Holz zu kaufen. Manche Redner waren so unvorsichtig, zu behaupten, nur in Obersteier dürfte dann gekauft werden. Damit hat man gehofft, die Stimmen der am Holz interessierten Leute zu fangen. Was aber haben wir erlebt? Die deutsche Regierung unter Hitler hat die Zusagen, die die Regierung Brüning und die Regierung Papen schriftlich der österreichischen Bundesregierung bereits im vorigen Jahre gemacht haben, wie die Handelsvertragsverhandlungen in bezug auf Holz stattfanden, nicht nur nicht eingehalten, sondern hat bis jetzt überhaupt die Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich sabotiert. Sie, die deutschen Unterhändler, haben Zeit gehabt, mit Polen zu verhandeln, mit Jugoslawien, mit den Bolschewiken, Hitler hat nicht nur all das den Russen gegenüber in seinem neuen Vertrag wieder eingeräumt, das ihnen die andere deutsche Regierung schon eingeräumt gehabt hat, sondern hat ihnen noch mehr zugestanden, er hat ihnen auch noch Gelder zugestanden, Hunderte von Millionen Mark, damit das russische Holz nach Deutschland gebracht werden kann. Österreich, das noch im Jahre 1928 112.000 Waggon Holz nach Deutschland geschickt hat, ist herunter mit seiner Ausfuhr auf kaum 2000 Waggon. Wir beliefern nicht einmal mehr 3 Prozent der deutschen Holzeinfuhr, während die russische Holzeinfuhr rapid steigt. Das ist die praktische Bekämpfung des Kommunismus durch den Nationalsozialismus, das ist die Praxis, gegenübergestellt der Theorie. Theoretisch heißt es gegen die Bolschewiken und in Wirklichkeit macht man mit den Russen Verträge und läßt die Österreicher in ihren Wäldern verhungern. So ist es. Was haben wir erlebt bei der Butter. Österreich hat in den letzten Jahren durchschnittlich gegen 200 Waggon Butter nach Deutschland verkauft. Deutschland ist nun zur Kontingentierung von Butter geschritten. Wir würden kein Wort sagen, wenn Österreich im selben Ausmaße sein Kontingent bemessen bekommen hätte wie die anderen Staaten, aber daß man die Österreicher schlechter behandelt — und zwar vor der Frank-Reise, das möchte ich ausdrücklich feststellen — als Rußland und Dänemark, daß man Österreich mit 48 Waggon kontingentiert, abspeist, zur selben Zeit, wo man dem gleich großen Dänemark 400 Waggon bewilligt und Rußland gegen 2000 Waggon, das verstehen wir nicht. Ähnliche Dinge gibt es noch mehrere.

Ich bin immer auf dem Standpunkte gestanden, daß sich das nationale Wirken nicht darauf beschränken kann, „Heil!“ zu rufen und fortwährend das Wort „national“ im Munde zu führen, sondern daß es sich vor allem darum handelt, bei den Taten eine nationale Einstellung zu zeigen, und es wäre wirklich nicht verwunderlich, wenn die hypernationale deutsche Regierung bei ihrer nationalpolitischen Tätigkeit in erster Linie daran denken würde, daß Österreich ein deutsches Land ist und ein deutsches Volk beherbergt, zu dem man fallweise Brüder sagt, die man aber nicht nur dann braucht, wenn es gilt, Ware zu verkaufen, denen man manchmal auch etwas abkaufen soll. Es ist nicht so, daß die Deutschen mit uns keine Geschäfte gemacht haben. Die deutsche Handelsbilanz uns gegenüber war in den letzten Jahren um zirka 200 bis 300 Millionen Goldmark aktiv, das heißt, wir haben den Deutschen um 200 Millionen Mark mehr an Ware abgekauft, wie sie uns, und trotzdem gehen sie her und wollen uns weiter schädigen, drosseln einseitig nur gegen Österreich den Reiseverkehr und behandeln uns bei den Handelsvertragsverhandlungen so schlecht wie niemand anderen, wollen ihr parteipolitisches Ziel damit erreichen, daß sie Österreich wirtschaftlich drangsalieren. Das ist auch Terror, das ist Mißbrauch der Regierungsgewalt in Deutschland durch die nationalsozialistische Partei, und wenn wir uns gegen diesen Mißbrauch der Regierungsgewalt wenden (Hornik: „Dann machen Sie es in Österreich genau so!“), so ist das keine Fronde gegen das Reich und ist keine Fronde gegen das deutsche Volk, sondern es ist ein Auslehnen, ein berechtigtes Auslehnen gegen die Art und Weise, mit der die Nationalsozialistische Partei vorgeht. Diese glaubt, nicht nur im Inlande alles unter Gesinnungszwang und alles unter Druck stellen zu können, sondern sie glaubt, auch dem schwachen Österreich gegenüber dieselben Methoden anwenden zu können. Und dann gehen die Emissäre derselben Partei, gleichgültig ob österreichischer oder reichsdeutscher Herkunft, her und schimpfen gegen die österreichische Regierung und reißen diese Regierung herunter, weil sie nicht in der Lage ist, 100prozentig Abhilfe zu schaffen gegen die Schäden, die von der Nationalsozialistischen Partei herbeigeführt worden sind. Das, meine Herren, muß offen ausgesprochen werden. Wir haben keine Ursache, uns vor den Nationalsozialisten zu fürchten, wir haben ein gutes Recht, gegen diese Methoden auch solche anzuwenden, die bisher in Österreich nicht üblich gewesen sind. Je eher die Nationalsozialisten zur Erkenntnis kommen werden, daß es mit Terror nicht geht, desto eher werden die Methoden, die heute angewendet werden, wieder entbehrlich sein. Wir werden diesen Tag begrüßen, es begrüßen, wenn wieder auf beiden Seiten soviel Einsicht eingekehrt ist, daß wenigstens verhandelt werden kann. Derzeit ist die Überheblichkeit im Reiche derart groß und sind die Kräfte in Österreich, die diesen Zustand begrüßen, stark genug, um auch Verhandlungen zu verhindern. Hoffen wir, daß dies bald ein Ende nimmt. Niemand darf glauben, daß dieser Zustand dem deutschen Volk zur Ehre gereicht, gleichgültig, ob er in Deutschland oder in Österreich sitzt, es ist eine Schande für das ganze

deutsche Volk, der heutige Zustand ist aber auch für beide Teile eine schwere wirtschaftliche Schädigung. (Beifall beim Landbund.)

Präsident: Der nächste Redner ist Herr Doktor Hübler.

Dr. Hübler: Ich glaube, Herrn Abg. Gudenus ist vor mir gemeldet.

Gudenus: Nachdem es sich nur um die Rektifizierung einer Retourkutsche des Abg. Hornik handelt, verzichte ich auf das Wort, es steht nicht dafür.

Dr. Hübler: Hohes Haus! Ich möchte kurz zu einem Punkt sprechen, der mir wesentlich erscheint. Es ist heute in der ganzen Frage, die uns Großdeutsche am meisten interessiert, in der Anschlußfrage und Anschlußgesinnung, darauf hingewiesen worden, daß der Viermächtepakt, den der deutsche Reichskanzler abgeschlossen hat, auf zehn Jahre den Anschlußgedanken unmöglich gemacht, ja verraten hat. Ich möchte, nachdem die Zeit schon weit vorgeschritten ist, nur etwas Wesentliches aus einer gutachtlichen Äußerung vorlesen. Es heißt hier in einem Vergleich zwischen Lausanner Protokoll und Viermächtepakt (liest): „Erstens: Was das Lausanner Protokoll anlangt, so verschweigt man den springenden Punkt, nämlich jenen Absatz des in seiner Wirkungskdauer verlängerten ersten Genfer Protokolls, welches Österreich ausdrücklich verpflichtet, „seine wirtschaftliche Unabhängigkeit“ zu wahren. Der Schiedsgerichtshof im Haag hat nun, wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit, ausdrücklich ausgesprochen, daß diese Klausel Österreich Verpflichtungen auferlegt, die weit über die Bindungen des Friedensvertrages hinausgehen. Sonach steht fest, daß das Lausanner Protokoll im Gegensatz zum Viermächtepakt, in dem die deutsche Reichsregierung tatsächlich nur schon bestehende Verpflichtungen bekräftigt, über die bisherigen Verpflichtungen hinausgehende neue Bindungen enthält.

Zweitens: Was den Viermächtepakt anlangt, ist zunächst zu bemerken, daß nicht nur der Verzicht auf gewaltsame Änderungen der Grenzen, sondern auch der Anspruch des Deutschen Reiches auf Revision des Friedensvertrages darin bekräftigt ist. Schon dieser Umstand macht es widersinnig, in dem Viermächtepakt einen Verzicht auf den Anschluß zu sehen. Im übrigen hat die Frage der Grenzgarantie mit der Frage des Anschlusses nicht das mindeste zu tun. Denn hier handelt es sich um die Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes, der wirklichen Unabhängigkeit Österreichs, welche begrifflich das Recht, diese Unabhängigkeit aufzugeben, in sich schließt; ein Anschluß gegen den Willen Österreichs ist niemals auch nur eine Minute lang von irgend einer Seite erwogen worden.“ Es ist da ein Zwischenruf gemacht worden: „Das ist aus dem „Grazzer Tagblatt“!“ Ich teile mit, daß das eine Äußerung des Staatsrechtslehrers an der Universität Wien, des gewissen christlichsozialen Bundesrates Prof. Dr. Karl Gottfried Hugelmann ist, eines Mannes, der durch seine Volksbundarbeiten über seinen Parteikreis hinaus sich bedeutenden Ansehens in Österreich und über Österreichs Grenzen

hinaus erfreut. Man muß eine solche Stimme hören, um gerecht urteilen zu können.

Im übrigen nur zwei bemerkenswerte Feststellungen. Wenn man heute von Anschlußgesinnung spricht, verstehe ich darunter die Überzeugung der untrennbaren Schicksalsverbundenheit Österreichs und Deutschlands, die selbstverständlich unabhängig sein muß von politischen Konstellationen haben und drüben. Ich habe betont, daß wir Großdeutsche unter einem sozialdemokratischen Reichskanzler mit Sozialdemokraten zusammen für die Anschlußfrage gearbeitet haben, wir haben unter Reichskanzler Brüning die gleiche Anschlußpolitik betrieben und wir vertragen und verstehen es nicht, daß nun, wo ein nationaler Kanzler das Zepher der Regierung führt, deshalb die Anschlußfrage Hochverrat sein soll. (Gföller: „Weil es keine deutsche Freiheit mehr gibt!“) Im übrigen möchte ich nur etwas gerade auch auf den letzten Zwischenruf sagen. Wir haben gesehen, daß, als wir eine dringliche Anfrage, die sich gegen die Methoden der Bundesregierung gerichtet hat, einbrachten, wir die heftigste Gegenwehr bei der linken Seite des hohen Hauses gefunden haben. Vielleicht ist das die Vorbereitung für die künftige Front, die in der Wiener „Arbeiterzeitung“ mehr oder minder verhüllt angedeutet ist, und der Besuch der sozialdemokratischen Führer beim Bundespräsidenten deutet auch darauf hin. Vielleicht steht die nationale Bewegung im Herbst einer Front gegenüber, wo rechts Minister Fey und links Doktor Eisler steht und in der Mitte die Deutschmeisterkapelle spielt. Das ist alles möglich. Wir sind überzeugt, daß die nationale Bewegung in Österreich schweren Tagen entgegengeht. Sie hat 1897 die Wadeni Tage überstanden, sie wird auch diese Tage überstehen. Man möge Leute einsperren, Zeitungen verbieten und durch Anzeigen neuerdings die Gefängnisse füllen, wenn man den deutschen Menschen in Österreich nicht abschafft, nicht ausrottet, werden Sie den deutschen Gedanken, den nationalen Gedanken, den Anschlußgedanken wie so viele Sachen nicht umbringen.

Machold: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner, Kollege Dr. Hübler, hat geschlossen damit, daß er, wie ich glaube, ganz unrecht hervorgehoben hat, daß wir gegen die gestellten Anträge in besonders heftiger Weise Stellung genommen haben. Das geschieht, wie mein Kollege Gföller schon begründet hat, nicht wegen der Anträge im Meritum, sondern wegen derjenigen, die hinter diesen Anträgen stehen. Es ist müßig, auf diese Bemerkungen des Herrn Dr. Hübler zu antworten, die darauf hinauslaufen, als würden wir in die Regierung drängen. Es ist wahr, wir waren wiederholt beim Bundespräsidenten und auch in der letzten Zeit, aber nicht vielleicht deshalb, um uns etwa für eine Regierungskoalition anzubieten, sondern um uns um die der Bevölkerung abhanden gekommenen Rechte und Freiheiten des Parlaments zu kümmern, um die Wiedereröffnung des Parlaments zu verlangen. Andere Gründe und Motive sind dabei bestimmt nicht vorhanden gewesen.

Nun, meine Damen und Herren, zu den im steirischen Landtag erörterten Fragen: Der steirische Heimatschutz, der erwiesener- und selbst zugestandenermaßen ein Teil der Nationalsozialistischen Partei ist, hat eine dringliche Anfrage oder zwei dringliche Anfragen eingebracht und führt darin Klage über die Behandlung seiner Parteigenossen. Was wir dazu im allgemeinen zu sagen haben, ist schon gesagt worden, ich möchte nur einiges ergänzen: Meine Damen und Herren! Es ist noch nicht lange her, sondern es war vor ganz kurzer Zeit, da hat dieselbe Regierung Dollfuß ihre ganze Macht, ihren ganzen Machtapparat, aufgewendet, um gegen die sozialdemokratische Partei vorzugehen. Sie hat den Republikanischen Schutzbund aufgelöst, sie hat eine große Anzahl unserer Parteigenossen in das Landesgericht oder in die Polizeigefängnisse gesteckt. Man hat die Leute viele Wochen darin gelassen, obwohl die meisten unschuldig waren. Sie wurden dann zum Teil abgeurteilt, zum Teil harren sie noch der Verurteilung, denn diese Aktionen sind noch gar nicht abgeschlossen. Waffensuchungen, Verhaftungen, Anklagen, Aburteilungen u. dgl. sind an der Tagesordnung. Die Waffensuchungen wurden bei uns in sehr großem Stil vorgenommen, unsere Arbeiterheime, Parteisekretariate, unsere Druckereien, die Konsumvereine, alles hat man untersucht und demoliert und von oben bis unten umgedreht. Sehen Sie, meine Damen und Herren: Hat sich da irgend einer von den bürgerlichen Parteien über diese sehr einseitigen Gewaltmaßnahmen der bürgerlichen Regierung aufgehalten? Haben nicht alle Ihre Parteien, insbesondere die Fragesteller, das sehr begrüßt? Lesen Sie Ihre Zeitungen nach: Bejubelt haben sie die Regierung, weil sie sich endlich zu einem „energischen Schritt gegen die Marxisten“ verstanden hat. Schauen Sie, das muß im Zusammenhang mit der Erörterung dieser Frage wohl aufgezeigt werden, daß diese Regierungsmaßnahmen, die sich ausschließlich gegen unsere Partei gerichtet haben, weil sie eine Oppositionspartei ist und weil die Regierung eine ihr unangenehme Oppositionspartei treffen wollte, daß diese Regierungsmaßnahmen sich als einseitige politische Maßnahmen und als eine Drangsalierung der sozialdemokratischen Partei darstellen. Da hat sich niemand gefunden, der das als nicht berechtigt bezeichnet hätte! Niemand hat das erklärt. Nein, meine Damen und Herren, der steirische Heimatschutz hat damals in seiner Presse — ich habe eine Reihe von solchen Notizen durchgesehen — das als eine Sache bezeichnet, die schon längst hätte gemacht werden sollen. Ich kann sagen, in der damaligen Zeit und auch heute noch ist eine Unmenge, eine Flut von Denunziationen, von Angebereien bei der Exekutive durchgeführt worden, und eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Denunziationen stammt aus diesen Kreisen, die sich heute aufhalten über die Maßnahmen der Regierung Dollfuß. (Gföller: „Noch in den letzten Tagen!“)

Nun zu Deutschland ein paar Worte: In Deutschland unterdrückt die Nationalsozialistische Arbeiterpartei ja alle gegnerischen Parteien, die sich nicht unterordnen und gleichschalten lassen. In Deutschland hat die ganze Presse ein anderes Gesicht bekommen,

ja, sie ist geradezu vernichtet. Es gibt gar keine Presse in Deutschland mehr, die nicht zu dieser jetzigen nationalsozialistischen Regierung schwört. In Deutschland gibt es nun in den Ämtern nur mehr Menschen, die sich ausschließlich zur hakenkreuzlerischen Bewegung bekennen; andere Menschen sind nur wegen ihrer politischen Gesinnung hinausgeworfen worden, die Arbeiter aus ihren Fabriken, die Angestellten aus ihren Kontoren. Ich sage das nur, um die Verhältnisse in Deutschland klarzustellen und ein bißchen zu ergänzen, weil sich die Antragsteller doch zugehörig fühlen zu denjenigen, die jetzt in Deutschland die Regierung bilden. Die politischen Gegner in Deutschland sind gefangen, werden gefoltert, sind in Schutzhaft und in den Konzentrationslagern. Wie hoch diese Anzahl ist, weiß man nicht; ich glaube, daß sie weit höher ist, wie Herr Landesrat Jenz meint, der sie mit 60.000 beziffert hat. Das Denunziantum blüht, jeder Mensch, der irgend einen Gegner weghaben will, denunziert ihn. Denunziantum, Untersuchungshaft und Konzentrationslager, das sind die Auswüchse der nationalsozialistischen diktatorischen Herrschaft. In anderen sehr zahlreichen Fällen werden die Leute mißhandelt, es sind auch viele schon ermordet worden. Schauen Sie, meine Damen und Herren, diese Partei und auch diejenigen in Österreich, die zu dieser Partei schwören, haben kein moralisches Recht sich über die Maßnahmen dieser Regierung aufzuhalten, die sich gegen sie wenden. Wahrlich, man kann sich des Eindruckes nicht erwehren: Sie sind ja jetzt nur deswegen dagegen, weil die anderen das machen und weil Sie selbst nicht in der Lage sind, das zu machen.

Nun, meine Damen und Herren, zu diesen Regierungsmaßnahmen auch ein paar Worte: Wenn wir zurückblicken auf die Ereignisse in Deutschland, so müssen wir uns erinnern, daß in Deutschland auch schon einmal eine Terrorwelle war, damals, wie die vorletzten Wahlen im Juli 1932 nicht so ausgegangen sind, wie die Nationalsozialisten es erwartet haben. Damals hat in Deutschland eine unbändige Terrorwelle eingesetzt, man hat einfach alles unter Druck stellen wollen und auch gestellt. Man kann sich nicht des Eindruckes erwehren, als ob das, was in Deutschland damals geschehen ist, in kleinerem Maßstab nun auch in Österreich durchgeführt werden soll. Man kann das ja bestreiten, was geschehen ist, oder je nach der politischen Einstellung anders darstellen, aber es besteht die Tatsache, daß solche Terrorakte jetzt auch in Österreich eingesetzt haben. Begonnen haben sie am Sonntag mit dem Attentat auf den Landesrat Dr. Steidle in Innsbruck, das unbestritten ist. Auch die anderen Terrorakte der letzten Zeit liegen doch so klar und deutlich zutage, daß sie absolut keine Phantasien sind. Es sind in Wien eine ganze Reihe von Brandkörpern zur Explosion gebracht worden. Man hat bei verschiedenen Zeitungen die Fensterscheiben eingeschlagen, hat mit Tränengasbomben in Geschäften gearbeitet, hat ein Bombenattentat gegen einen jüdischen Geschäftsmann durchgeführt, es sind Bomben in ein jüdisches Geschäftshaus gelegt worden usw. Alles das sind Tatsachen und ich enthalte mich jeder weiteren Kritik. Nun, meine Damen und Herren, ich muß schon sagen,

ganz gleichgültig, welche Regierung wir haben, ob aus dieser oder einer anderen Parteienzusammensetzung, es ist eine selbstverständliche Pflicht der Staatsgewalt, daß sie das Volk und jeden einzelnen, ganz gleichgültig, wer immer er sei, gegen solche terroristische Verbrecher schützt.

Aber damit kein Zweifel in unserer Auffassung und Gesinnung besteht, muß ich sagen, daß ich als Demokrat trotzdem es nicht begrüße, daß unter dem Eindrucke einer gewissen Hysterie wegen solcher Terrorakte weit über das Ziel geschossen wird. Es werden da in einer gewissen Anwandlung von Hysterie Sachen gemacht, die nicht notwendig sind. Es wurde von Herrn Abg. Dr. Hübler die Wiener Presse angezogen, und ich muß sagen, daß seine Ausführungen einer gewissen Berechtigung nicht entbehren. Man kann nicht zugeben, daß diese Presse immer nach dem Standrecht schreit und alles mögliche verlangt, was in unserer Verfassung nicht begründet ist, daß sie nach dem Belagerungszustand schreit, die Auflösung der Nationalsozialistischen Partei begehrt usw. Wenn das alles so ist, und ein Teil der Wiener Presse hat das tatsächlich gemacht, so muß ich sagen, daß das falsch ist und ich es nicht verstehen kann und daß letzten Endes das auch nicht das richtige Mittel zur Bekämpfung des Faschismus ist. Meine Damen und Herren, die Geschichte lehrt uns, daß man die gewalttätigen faschistischen Methoden nicht mit ähnlichen Aktionen und Methoden oder gar Maßnahmen bekämpfen kann. Ich glaube auch nicht, daß man eine Gesinnungsgemeinschaft dadurch aufhebt oder sie bekämpfen kann, indem man die Formation auflöst, weil ja die betreffenden Menschen doch beisammen bleiben. Das sind nach meiner Meinung nicht die richtigen Methoden. Ich bitte, der Schutzbund ist auch aufgelöst und heute besteht er halt doch, wenn auch in einer anderen Form. Die Leute dürfen keine Blusen mehr tragen, dürfen nicht in Formationen auf die Straße, aber ihre Gesinnung hat man den Menschen doch nicht wegnehmen können. Ich glaube, daß das nicht die richtigen Methoden sind, um gegen derartige Terrorakte wirkungsvoll vorzugehen. Es gibt nur eine einzige Methode, wenn man wirklich ein offener Demokrat ist, und das ist diejenige der Wiederherstellung des demokratisch-politischen Forums. Dieses Forum ist uns genommen worden, die Demokratie und die republikanische Freiheit in Österreich ist uns genommen worden, und wie man gerade erst dann das richtig einschätzt, was man verloren hat, so werden Zehntausende und Zehntausende von Menschen in Österreich dieses politische Forum nun weit mehr einschätzen, als das früher der Fall war. Man müßte uns in Österreich dieses politische Forum wiedergeben, das Parlament uns wiedergeben, man müßte erst wieder auf den Boden der Verfassung zurückfinden. Das allein ist die einzig richtige Methode gegen derartige Dinge, wie sie sich in der letzten Zeit, in den letzten Wochen hier in Österreich ereignet haben und wie wir sie erleben mußten.

Meine Damen und Herren, in Deutschland hat die Nationalsozialistische Partei das deutsche Volk wirklich in eine Rolle gebracht, die man diesem deutschen Volk

doch absolut nicht antun sollte, in einen Zustand gebracht, der einen innerlich empört. Es ist ein erniedrigender Zustand, in dem sich das deutsche Volk heute befindet. Man mache das Gegenteil in Österreich! Man stelle ein freies Österreich her, man stelle der Unfreiheit eine Stätte der wirklichen demokratischen Freiheit gegenüber. In Deutschland, meine Damen und Herren, entscheidet ein Diktator, ein Zwingherr. Er entscheidet allein, wenn man davon absieht, daß in vielen Fragen die Masse der Unterläufer entscheidet. Aber er entscheidet letzten Endes doch über das Schicksal des deutschen Volkes. Man mache das in Österreich anders. Man stelle in Österreich demgegenüber das Selbstbestimmungsrecht des Volkes wieder her. Man müßte es erweitern, ergänzen! Ungefähr wie in der Schweiz die Volksbefragung bei uns einführen, das Volk bei den wichtigsten Entscheidungen über sein Schicksal mitreden und mitstimmen lassen. Ich glaube, wenn man das tun würde, wenn man die Bevölkerung in einer freien Volksabstimmung über das, was ihr Lebensinteresse ist, entscheidend mitwirken ließe, wäre das ein Bollwerk gegen den Faschismus, den man durch unzulängliche Regierungsmethoden bekämpfen will. Die deutsche Arbeiterklasse, die Beamenschaft, ist geknebelt, man stelle in Österreich den freien Arbeiterstand, die freie Angestelltenschaft, wieder her, raube ihnen nicht die sozialen Errungenschaften. Das wäre in Österreich auch wieder eine Maßnahme, um einen großen, wichtigen Teil der Bevölkerung für unseren Staat zu gewinnen. Heute sind in Deutschland wertvolle Kulturgüter zerstört, auf dem Scheiterhaufen verbrannt worden. Wir müssen den aus Deutschland ausgewiesenen Betriebsräten, Gelehrten und Künstlern bei uns in Österreich eine Stätte ihrer Wirksamkeit schaffen. Wenn bei uns in Österreich die Presse, die Literatur, wenn die Versammlungen von den Fesseln befreit würden, dann könnten wir mit einem wirklichen Erfolg, mit einem weit besseren Erfolg als wie durch die gegenwärtigen Regierungsmethoden den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen. Es muß in Österreich wieder möglich werden, offen reden und schreiben zu können. Heute aber hindert die Regierung den Kampf gegen den Faschismus. Wir haben aus der Interpellationsbeantwortung des Herrn Landeshauptmannes gehört, daß alle Flugchriften und Werbeschriften, auch wenn sie sich nicht gegen die Regierung, sondern gegen Hitler wenden, konfisziert werden. Jedes freie Wort ist unmöglich, man kann nichts schreiben. Geben Sie uns wieder das Versammlungsrecht, verlangen wir es einmütig von der Bundesregierung, dann werden wir den Menschen erzählen können, was die Nationalsozialisten in 13jähriger Agitation den Menschenmassen versprochen haben und was man jetzt von all diesen Versprechungen einlösen kann.

Herr Landesrat Menzner hat einen Zwischenruf gemacht wegen der Juden in Deutschland. Niemals in der Weltgeschichte hat eine Regierung eine so schmachvolle Niederlage erlebt, wie die Hitler-Regierung beim Judenboykott. Durch 13 Jahre wurde den Menschen erklärt, wenn wir an die Regierung kommen, dann werden die Juden verschwinden, und

nachdem man dazugekommen ist und in allen Städten mit größtmöglicher Agitation den Judenboykott einleitete, ist dieser am ersten Tage schmächtig zusammengebrochen.

Es wurde heute auch schon darauf hingewiesen, wie schandvoll die Friedensverträge für Deutschland sind, an denen nur die Novemberverbrecher schuld gewesen sind. Über zehn Jahre wird den Menschenmassen erzählt von dem Kampf gegen diesen schandvollen Friedensvertrag, vom Kampf gegen den Erbfeind Frankreich, das ist der Hauptprogrammpunkt der Nationalsozialistischen Partei in Deutschland. In der Praxis schaut es anders aus. In der Reichstagsrede hat sich Hitler in feierlicher Weise zu diesen Friedensverträgen bekannt. Man hat aber durch die Unterzeichnung des Viermächtepaktes die Situation nicht verbessert, sondern verschlechtert. Man hat in Deutschland versprochen, wenn die Nationalsozialisten ans Ruder kommen, dann wird dies dem Ansehen nach außen hin nützen.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Machold (fortfahrend): Die Wirtschaft wird gehoben werden, es wird Brot für die Menschen da sein usw. Aber schauen Sie sich heute an, was nach dem Regierungsantritte der Nationalsozialisten eingetreten ist. Die Lebensmittelpreise sind gestiegen, die Handelsbilanz, die Mark geht herunter, die Währung fällt nach außen hin, so schaut es in Wirklichkeit aus. Wenn sie hier in Österreich die Demokratie und die Freiheit wieder herstellen, so wäre das eine ganz andere Werbe- und Erziehungskraft für die Menschen, als die nationalsozialistische Herrschaft, die ja, wie man annehmen kann, auch nicht ewig dauern wird. Wenn die Menschen erst zur Erkenntnis kommen werden, was unbedingt notwendig ist, da ja die bitteren Enttäuschungen kommen werden, dann kann man sicher rechnen, daß, wenn wir in Österreich die Freiheit, die Demokratie und das Parlament haben, daß man auf diesem Wege den faschistischen Methoden wird entgegengetreten können.

Der Herr Präsident mahnt mich an die Redezeit, die ich genau so einhalten muß wie jeder andere und will ich demnach meine Ausführungen beenden.

Ich möchte zu den gestellten Anträgen kurz folgendes sagen. Die Anträge, wenn sie auch nach außen hin schön ausschauen, können nicht getrennt werden von den Begründungen, die man diesen Anträgen gibt. Wenn man diese Begründungen des Herrn Abg. Hornik nimmt, in welchen er sich merkwürdigerweise wenig gegen die Regierung gewendet hat — ich habe das Gefühl wie so viele andere hier im Hause, daß man sich einer außerordentlichen Mäßigung im Hause befleißigt hat und die Angriffe viel weniger gegen die Regierung, als gegen die Sozialisten gerichtet hat —, wenn ich also diese Fülle von Demagogie mir vergegenwärtige, die hier verzapft worden ist, diese Beschimpfungen, so würde ich es unter der Würde der sozialdemokratischen Partei finden, auch nur den An-

schein erwecken zu wollen, als ob wir mit diesen Parteien irgend wie im Zusammenhange stehen würden. Aus diesen Erwägungen werden wir für diese gestellten Anträge nicht stimmen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hartleb: Hoher Landtag! Ich habe mich deshalb zum Worte gemeldet, weil die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Hübler in bezug auf das Lausanner Protokoll, wenn sie unwidersprochen bleiben, tatsächlich einen falschen Eindruck hervorrufen müßten. Herr Abg. Dr. Hübler hat einen Zeitungsartikel, den Professor Hugelmann geschrieben hat und in welchem er sich mit dem Wortlaut der Protokolle von Genf, Lausanne und des Viermächtepaktes auseinandersetzt, als Grundlage seiner Ausführungen genommen. Hugelmann stellt sich in jenem Zeitungsartikel, der über das Lausanner Protokoll handelt, auf den Standpunkt, daß in Lausanne Verpflichtungen eingegangen worden sind, die weit über das hinausgegangen sind, was durch das Genfer Protokoll bereits an Bindungen vorhanden gewesen ist. Ich bin der Meinung, daß der grundlegende Fehler, den Dr. Hugelmann und Dr. Hübler begehen, darin besteht, daß man nicht aus Lausanne das Anleiheprotokoll herausreißen und so tun darf, als ob nur dieses zur Verhandlung gestanden wäre. Das Anleiheprotokoll war nur ein kleiner Teil der Lausanner Verhandlungen, das Wichtigste war, daß die Meistbegünstigung durchlöchert und gestaffelt wurde, Präferenzverträge zu machen. Wenn wir früher den Wunsch geäußert haben, man solle uns besser behandeln wie andere Staaten, hat man uns die Meistbegünstigungsklausel vor Augen gehalten und gesagt, wir müssen jede Begünstigung, die wir Österreich gewähren, auch allen anderen gewähren und deshalb dürfen wir es nicht machen. Nun haben Lausanne und Stresa eine Bresche geschlagen und erklärt, es dürften nicht nur mit den mitteleuropäischen Staaten gegenseitige Präferenzverträge, sondern auch mit westeuropäischen Staaten einseitige Präferenzen geschlossen werden. Der damalige Reichskanzler Brüning hat am ersten oder zweiten Tage nach der Sitzung erklärt, daß Deutschland in weitestgehendem Maße von diesem Rechte Gebrauch machen wird und daß ein Zustand geschaffen worden ist, der eine wirtschaftliche Annäherung möglich machen wird und erlaubt, Verträge abzuschließen, die nur Österreich und Deutschland zugute kommen. Nachdem dieser Tatbestand festgestanden ist, ist erst das österreichische Anleiheprotokoll von Lausanne im Parlament zur Verhandlung gestanden. Es wäre ein schwerer Fehler und ich muß dies vor aller Öffentlichkeit erklären, wenn man über einen solchen Zeitungsaußsatz hier spricht, ohne zu erwähnen, daß eine Gegenmaßregel zu gleicher Zeit ergriffen worden ist, die viel nützlicher ist, als der Satz schaden kann, der sagt, daß auch eine wirtschaftliche Annäherung nicht stattfinden kann. Diese Richtigstellung habe ich für notwendig gehalten.

Präsident: Die Wechselrede ist hiemit beendet, ich schreite zur Abstimmung über den Resolutionsantrag und werde über die einzelnen drei Punkte getrennt abstimmen lassen.

(Der Resolutionsantrag Menszner wird in getrennter Abstimmung über die einzelnen Punkte abgelehnt.)

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es gelangt zur Verhandlung Punkt 15 der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 87, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der anfangs 1932 vorgenommenen Überprüfung der Gebarung der Landeshauptstadt Graz im Jahre 1930.

Berichterstatter ist Herr Abg. A u s t.

Berichterstatter A u s t: Hohes Haus! Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der anfangs 1932 vorgenommenen Überprüfung der Gebarung der Landeshauptstadt Graz im Jahre 1930, vorgenommen und unterbreitet dem Landtag folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der in der Landtagsbeilage Nr. 87 niedergelegte Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der anfangs 1932 vorgenommenen Überprüfung der Gebarung der Landeshauptstadt Graz im Jahre 1930 wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte das hohe Haus, diesem Antrage des Gemeinde- und Verfassungsausschusses zuzustimmen.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 16 der Tagesordnung ist der **mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlagen, Beilage Nr. 93, betreffend den Rechnungsabluß des steiermärkischen Landesfonds und der anderen Fonds des Landes für das Jahr 1931, und Beilage Nr. 104, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Überprüfung der Gebarung des Landes Steiermark für das Jahr 1931 auf Grund des Rechnungsabchlusses und Bemerkungen der Landesregierung zu diesem Bericht.**

Berichterstatter ist Herr Abg. H a r t l e b.

Berichterstatter H a r t l e b: Hoher Landtag! Ich hatte eigentlich die Absicht, den Rechnungsabluß so wie es sich wohl gehören würde, etwas gründlicher hier im Hause zu behandeln. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit aber würde ich vorschlagen, daß wir davon Abstand nehmen, die Beilagen Nr. 93 und 104, um die es sich hier handelt, getrennt zu besprechen, sondern ich möchte nur den Bericht, den der Rechnungshof nach Überprüfung des Rechnungsabchlusses des Landes Steiermark verfaßt hat und die Äußerung, die die Landesregierung zu diesem Berichte an den Landtag abgegeben hat, kurz besprechen. Zur gänzlichen Verlesung des Berichtes des Rechnungshofes, glaube ich, wird zu viel Zeit notwendig sein. Ich halte es aber für zweckmäßig, doch wenigstens die allgemeine Einleitung zur Verlesung zu bringen und später bei den Details nur das allernotwendigste anzuführen.

(Verliest aus Beilage Nr. 104, Seite 1 und Seite 2.)

Ich lasse dann die Aufstellung, die der Rechnungshof über die Kassagebarung gemacht hat, aus und gehe

weiter. Es wird gesagt (liest aus Beilage Nr. 104 von Seite 3: „Der vorstehend ermittelte Kassareft ...“ bis Seite 6: „... Spannungsausgleiches erfolgt ist“).

Der Rechnungshof gibt dann wieder eine Aufstellung, die einen Vergleich mit dem Jahre 1930 ermöglicht. Die Verlesung dieser Tabelle ist, glaube ich, nicht unbedingt notwendig. Ich gehe daher zu den weiteren Bemerkungen des Rechnungshofes. (Liest aus Beilage Nr. 104 von Seite 8: „Zum Besitze an Wertpapieren und zu den ...“ bis Seite 11: „... in der Höhe von 241.472 S 31 g.“)

Der Rechnungshof bespricht dann noch eine Reihe von anderen Dingen, die ich nur erwähnen möchte. Die Gebarung der im Landes-Krankenhaus Graz untergebrachten chemisch-pharmazeutischen Werke des Landes, dann die anderen Fonds, wie den Landes-Eisenbahnfonds, Feuerwehrfonds, Johann-Quadalberf-Flois-Stiftung, Dollaranleihefonds, Sonderrücklage an restlichen Bundesbeiträgen zum Personalaufwand der Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern, den steiermärkischen Forstkulturfonds und den Kriegsofferfonds.

Zu den Bemerkungen, die der Rechnungshof zu diesen einzelnen Fonds und dann zu einzelnen Details des Rechnungsabchlusses gemacht hat, hat die Landesregierung fast ausnahmslos Äußerungen abgegeben, die zum Teil besagen, daß der Rechnungshof mit Recht Ausstellungen vorgenommen hat, daß aber in der Zwischenzeit die Landesregierung bemüht gewesen ist, dort, wo etwas zu beanstanden war, Abhilfe zu schaffen, zum Teil war aber die Landesregierung gezwungen, darauf hinzuweisen, daß die Dinge nicht so liegen, wie der Rechnungshof sagt, und hat Erläuterungen zu den Beanstandungen gegeben, die dazu dienen, den Landtag darüber aufzuklären, warum man es nicht so machen kann, wie die Organe des Rechnungshofes es ausgesprochen haben. Im Finanzausschuß wurden sowohl die Äußerungen, die der Rechnungshof abgegeben hat, als auch die Gegenäußerungen, die die Landesregierung abgegeben hat, im Detail beraten und besprochen, und hat der Finanzausschuß keinen Anlaß gehabt, gegen die Aufklärungen der Landesregierung Stellung zu nehmen oder die Ansichten der Landesregierung nicht zu teilen. Der Rechnungshof sagt zum Schluß (liest): „Die Berichtsausführungen abschließend, beehrt sich der Rechnungshof, darauf hinzuweisen, daß eine Reihe von im vorstehenden Berichte eingestreuten Anregungen, insbesondere solche, die Ersparungen zum Gegenstande haben, im Interesse der Landesfinanzen einer dringlichen Behandlung bedürfen. Dieser Hof bittet daher, der Landtag wolle den vorstehenden Bericht einer baldigen Schlußfassung unterziehen.“

Dem Finanzausschuß ist erst in der vorletzten Sitzung des Landtages diese Vorlage zugegangen, die sowohl die Stellungnahme des Rechnungshofes, als auch die Äußerungen der Landesregierung enthält. Der Finanzausschuß ist seiner Aufgabe, diese Vorlage rasch zu prüfen, nachgekommen und ist heute bereits in der Lage, dem Landtage über diese Beratungen zu berichten.

Bemerken möchte ich nur zu einer Sache etwas und das ist die Frage der Kosten, die das Land Steiermark zu bezahlen hat in den Fondsspitalern in Wien. Es ist vom Finanzausschuß schon früher wiederholt an die Landesregierung die Aufforderung gerichtet worden, die Landesregierung möge sich bemühen, eine Herabsetzung der Verpflegskosten für jene Pfleglinge zu erreichen, die in den Fonds-Krankenhäusern in Wien untergebracht sind und für welche Steiermark die Verpflegskosten zu bezahlen hat. Es würde eine solche Herabsetzung nicht nur im Interesse des Landes, sondern vor allem im Interesse der Gemeinden liegen, die vielfach zu Leistungen auf diese Weise gezwungen werden, die über ihre Kräfte gehen. Die Verpflegskosten betragen in den Fondsanstalten in Wien heute noch 15 S pro Tag und gehen weit über das hinaus, was bei anderen Anstalten eingehoben wird. Der Finanzausschuß hat daher meiner Anregung zugestimmt, daß ich als Berichterstatter über den Rechnungsabluß die Gelegenheit benützen soll, um die Landesregierung trotz der bisherigen Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen doch noch einmal aufzufordern, die Verhandlungen nicht eher ruhen zu lassen, bis nicht eine angemessene Herabsetzung der Verpflegskosten in den Fondskrankenanstalten in Wien erzielt ist. Es wurde dabei allerdings darauf verwiesen, daß ein Ausweg darin liegt, daß das Land vor allem bestrebt sein soll, in allen jenen Fällen, wo es sich um transportable Kranke handelt, wo die Krankheit nicht so ist, daß der Betreffende nicht transportiert werden kann, im allgemeinen zu frachten, die Kranken lieber in steiermärkische Krankenhäuser abzutransportieren, weil hier die Kosten wesentlich niedriger sind, als wie in den Wiener Krankenhäusern. Wie uns im Finanzausschuß mitgeteilt wurde, handhabt die Landesregierung schon seit einiger Zeit diese Praxis, und der Finanzausschuß hat nur Wert darauf gelegt, seine einheitliche Meinung festzustellen, daß die Landesregierung auch in Zukunft, wenn es nicht möglich ist, in Wien erträgliche Gebührensätze zu erzielen, dieser Sache verstärktes Augenmerk zuwenden soll.

Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, auf weitere Einzelheiten des Rechnungsabchlusses einzugehen und

kann daher die Anträge, die bereits im Finanzausschuß einstimmig angenommen worden sind, auch hier wieder stellen. (Rottenmanner: „Nicht einstimmig, mit Mehrheit!“) Sie waren dagegen? (Rottenmanner: „Ja!“) Ich stelle fest, daß die Anträge mit allen gegen eine Stimme angenommen worden sind.

Die Anträge lauten (liest):

„1. Der Rechnungsabluß des steiermärkischen Landesfonds und der anderen Fonds des Landes für das Jahr 1931 wird genehmigt.

2. Der zu diesem Rechnungsabluß vom Rechnungshof gemäß Artikel 127 des Bundesverfassungsgesetzes erstattete Bericht und die daran geknüpften Mitteilungen der Landesregierung werden zur Kenntnis genommen.

3. Dem Rechnungshof wird für seine ausführliche Berichterstattung und der Landesbuchhaltung für die zeitgerechte Fertigstellung des Rechnungsabchlusses der Dank ausgesprochen.“

Ich bitte den hohen Landtag, diese Anträge anzunehmen. Bemerken möchte ich hiezu, daß der Rechnungshof ausdrücklich ausgesprochen hat, daß die Buchhaltung in tadelloser Ordnung ist.

Rottenmanner: Ich bitte um getrennte Abstimmung.

Präsident: Sie beantragen also Abstimmung über jeden einzelnen Punkt. (Rottenmanner: „Ja!“)

(In getrennter Abstimmung werden dahin die Punkte 1 und 2 mit der erforderlichen Mehrheit, Punkt 3 dagegen einstimmig angenommen.)

Hiemit ist die gegenwärtige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung des hohen Hauses findet statt in 5 Minuten mit folgender Tagesordnung:

Bericht der Gemeinde- und Verfassungsausschusses zu Beilage Nr. 108, Vorlage der steiermärkischen Landesregierung, Gesetz, betreffend die Einhebung von Gemeindezuschlägen zur Landesgrundsteuer und Landesgebäudesteuer durch die Marktgemeinde St. Lambrecht und die Gemeinde Gößenberg im Jahre 1933.

(Schluß der Sitzung um 22 Uhr 10 Minuten.)